



Plenarprotokoll

97. Sitzung

Donnerstag, 29. Oktober 2020

Gemeinsame Beratung

- a) **Regierungserklärung zum Thema „In der Krise zusammenhalten - Corona-Pandemie erfolgreich bewältigen!“**.....

7434

Drucksache 19/2518

- b) **Für Schleswig-Holstein - In der Krise halten wir zusammen!**.....

7434

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2492

- Kein Lockdown 2.0 in Schleswig-Holstein!**.....

7434

Alternativantrag des Abgeordneten Jörg Nobis (fraktionslos) und der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2534

- c) **Corona-Pandemie wirksam eindämmen**.....

7434

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2506

Daniel Günther, Ministerpräsident. 7434
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 7438
Tobias Koch [CDU]..... 7444

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7447	Alternativantrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN und FDP	
Christopher Vogt [FDP].....	7451	Drucksache 19/2529	
Jörg Nobis [fraktionslos].....	7456		
Doris Fürstin von Sayn-Wittgen- stein [fraktionslos].....	7457	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	7470
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	7457	Martin Habersaat [SPD].....	7472
Werner Kalinka [CDU].....	7458	Anette Röttger [CDU].....	7474
Gemeinsame Beratung		Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7475
a) Bericht zur Lage an den Schulen im Corona-Herbst.....	7459	Christopher Vogt [FDP].....	7477
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2486		Christopher Vogt [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	7479
b) Pädagogische Bewältigung des Corona-Winters.....	7459	Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/2487 hat durch die Berichterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2488		2. Überweisung des An- trags Drucksache 19/2489 und des Alternativantrags Drucksache 19/2529 an den Bildungsausschuss	7479
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	7459		
Martin Habersaat [SPD].....	7462	Sorgen der Landwirtschaft ernst nehmen - Wildgänse in Schleswig- Holstein auf erträglichen Bestand reduzieren.....	7479
Tobias von der Heide [CDU].....	7464		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7465	Antrag des Abgeordneten Volker Schnurrbusch (fraktionslos) Drucksache 19/2493	
Anita Klahn [FDP].....	7467		
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	7469	Volker Schnurrbusch [fraktionslos]	7479, 7483
Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/2486 hat durch die Berichterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden		Klaus Jensen [CDU].....	7480
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2488.....	7470	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	7481
Gemeinsame Beratung		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7482
a) Studieren in Corona-Zeiten.....	7470	Oliver Kumbartzky [FDP].....	7482
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2487		Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	7484
b) BAföG schnell und grundsätz- lich überarbeiten.....	7470	Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2493.....	7485
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2489		Polizei besser schützen - Tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte konsequent verfolgen und bestrafen	7485
Studierende in der Corona-Pan- demie unterstützen.....	7470	Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer (fraktionslos) Drucksache 19/2494	

Mehr Respekt für unsere Einsatzkräfte - Akzeptanz und Wertschätzung für die Arbeit unserer Einsatzkräfte stärken!	7485	Birte Pauls [SPD].....	7498
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7499
		Dennys Bornhöft [FDP].....	7500
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2528		Beschluss: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.....	7501
Claus Schaffer [fraktionslos].....	7485	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/2308 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	7501
Tim Brockmann [CDU].....	7486		
Kathrin Bockey [SPD].....	7486		
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7487		
Jörg Hansen [FDP].....	7488	Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 09/2017 bis 03/2020	7501
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	7489	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2350	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2494 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/2528.....	7490	Monika Heinold, Finanzministerin	7501
		Ole-Christopher Plambeck [CDU].	7502
		Beate Raudies [SPD].....	7504
		Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7505
Sportland Schleswig-Holstein mit Leben füllen	7490	Beschluss: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.....	7506
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2499		Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/2350 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	7506
Barbara Ostmeier [CDU].....	7490		
Kathrin Bockey [SPD].....	7491	Reden zu Protokoll	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7492	Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 09/2017 bis 03/2020	7507
Jörg Hansen [FDP].....	7493	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2350	
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	7494	Annabell Krämer [FDP].....	7507
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2499.....	7495		
Palliativ- und Hospizsituation in Schleswig-Holstein	7495		
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2308			
Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	7495		
Andrea Tschacher [CDU].....	7496		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1, 37 und 44 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zum Thema „In der Krise zusammenhalten - Corona-Pandemie erfolgreich bewältigen!“**

Drucksache 19/2518

b) Für Schleswig-Holstein - In der Krise halten wir zusammen!

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2492

Kein Lockdown 2.0 in Schleswig-Holstein!

Alternativantrag des Abgeordneten Jörg Nobis (fraktionslos) und der Abgeordneten der AfD

Drucksache 19/2534

c) Corona-Pandemie wirksam eindämmen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/2506

Ich muss kurz etwas erklären: Ein Antrag ist noch auf dem Weg, er ist aber rechtzeitig eingegangen. Ich werde dies anschließend nachtragen. Ich will das hier nur schon einmal angemerkt haben.

Wir beginnen. - Das Wort zur Regierungserklärung hat der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Coronalage in unserem Land ist ernst. Die Fallzahlen allein bei uns in Schleswig-Holstein sind von Dienstag auf Mittwoch auf das Doppelte angestiegen. Die Inzidenz bei uns in Schleswig-Holstein liegt bei 46. Auch aus diesem Grund war es richtig, dass wir uns gestern darauf verständigt haben, ein bundesweit einheitliches Regelwerk zu verabreden.

Das hat die Rückendeckung unseres Expertenrates bekommen. Gesundheitsminister Heiner Garg, die

(Ministerpräsident Daniel Günther)

stellvertretende Ministerpräsidentin Monika Heinold und ich haben gestern, bevor die Entscheidung getroffen wurde, bewusst mit unserem Expertenrat gesprochen. Ich will sehr deutlich sagen: Bei dem Weg, den wir gehen und den ich schon am Dienstag angekündigt habe, geht es darum, möglichst viel Leben zu ermöglichen, möglichst viele Kitas und Schulen offen zu halten, die Wirtschaft laufen zu lassen und zu ermöglichen, dass Menschen ihre Angehörigen in Pflegeeinrichtungen besuchen können.

Wir haben das alles in einem sorgfältigen Abwägungsprozess gestaltet. Wir haben am Dienstag schärfere Schritte angekündigt. Aber es war gestern, als wir uns die herrschende Dynamik angeguckt haben, klar, dass wir in Deutschland insgesamt zwischen Bund und Ländern solidarisch sein müssen. Die Situation ist dramatisch. Das RKI hat festgestellt, dass mittlerweile drei von vier Fällen nicht mehr nachverfolgt werden können, um festzustellen, woher die Infektion kommt. Wir befinden uns auf dem Weg in eine nationale Gesundheitsnotlage. Wir merken das an Engpässen, die schon in anderen Ländern in Krankenhäusern, aber auch bei uns in Deutschland bestehen.

Ja, ich sage es an dieser Stelle sehr deutlich: Die Lage ist in Schleswig-Holstein besser. Das liegt an den Menschen in unserem Land, die sich an die Regeln halten. Es halten sich übrigens auch viele Betriebe an diese Regeln. Das liegt an den Menschen, die auf vielen Ebenen Verantwortung tragen. Das liegt an denjenigen, die in unseren Gesundheitsämtern einen großartigen Job leisten. Ich sage auch ein bisschen mit Stolz: Ich glaube, das liegt auch daran, dass wir in Schleswig-Holstein insgesamt mit Parlament und Regierung gemeinsam einen guten Job machen. Und ja, das liegt auch daran, dass wir im Gesundheitsministerium mit Heiner Garg und Matthias Badenhop eine hervorragende Führung haben, die uns gut durch diese Krise führt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben in Schleswig-Holstein einen Vorsprung von vielleicht zehn Tagen. Ich will einräumen, dass unser Expertenrat, als wir gestern mit ihm darüber gesprochen und ihm die Vorschläge vorgelegt haben, die auf Bundesebene vereinbart werden sollen, auch gesagt hat, dass er in Schleswig-Holstein derzeit nicht alle Maßnahmen in der Dramatik für erforderlich hält. Ich sage aber auch: Wenn man sich auf Bundesebene verständigen will, wenn man der Auffassung ist, und das hat der Expertenrat gesagt,

dass wir einheitliche Regelwerke brauchen, dann wird es nicht funktionieren, wenn wir bei uns in Schleswig-Holstein einige Maßnahmen nicht mitmachen.

Deswegen sage ich ganz deutlich, und das sage ich für alle Koalitionspartner: In dem, was wir heute beschließen, sind für alle Zumutungen enthalten. Darunter sind Dinge, von denen man sich nicht hätte vorstellen können, dass wir sie im Moment entscheiden müssen. Aber ich sage auch sehr deutlich: Wir stehen zu unserer staatspolitischen Verantwortung, und das ist der Grund dafür, dass wir das gemeinsam mittragen können, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Natürlich haben wir dabei auch Kompromisse machen müssen. Ich sage aber sehr deutlich: Es gab einen Bereich, bei dem wir nicht bereit gewesen sind, Kompromisse zu machen. Ich sage sehr deutlich: Ja, wenn wir so harte Maßnahmen treffen müssen, dann ist uns das für den Bereich der Gastronomie sehr schwergefallen, weil wir diese zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich nicht für vertretbar gehalten haben, denn dort wird in Schleswig-Holstein eine großartige Arbeit geleistet. Dort sind viele Menschen unterwegs, die extrem verantwortungsbewusst gehandelt haben. Deswegen hatten wir uns am Dienstag auch dazu entschieden, zu sagen: Nein, wir wollen die Gastronomie offen halten.

Ich sage an der Stelle aber auch: Wenn 15 andere Länder Gastronomie und Hotels schließen, dann kann es für unser Land nicht richtig sein, diese als einziges Land offen zu halten. Kein Mensch versteht es, wenn Hotels und Gaststätten in Ahrensburg geöffnet sind und in Hamburg geschlossen. Kein Mensch versteht, wenn sie in Lübeck geöffnet, in Mecklenburg-Vorpommern aber geschlossen sind. Ich sage sehr deutlich: Es hätte auch niemandem in diesem Bereich geholfen, wenn wir so entschieden hätten, denn entweder hätte es dadurch einen Run auf Schleswig-Holstein gegeben, was wir in diesen Zeiten nicht hätten verantworten dürfen, oder, und das halte ich für wahrscheinlicher, es wäre durch dieses Signal dennoch zu Leerständen gekommen, und dann hätten unsere Betriebe in Schleswig-Holstein nicht von den Leistungen profitiert, die wir verabredet haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen: So schwer es uns gefallen ist, so richtig ist es doch, dass wir das so gemacht haben. Aber

(Ministerpräsident Daniel Günther)

wir haben uns untereinander immer wieder abgestimmt und gesagt: Da, wo wir keine Kompromisse machen, ist, dass den Einrichtungen, die in den nächsten vier Wochen geschlossen sein müssen, nicht vollumfänglich geholfen wird. Ich sage sehr deutlich: Wir haben gemeinsam mit Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern nicht locker gelassen, weil wir die klare Zusage haben wollten. Teilweise musste die Bundeskanzlerin mit den Bundesministern aus der Sitzung gehen, um zu verhandeln, damit unsere Forderung wirklich durchsetzen konnte. Das ist jetzt im Beschluss auch eindeutig festgehalten: Alle, die von der Schließung betroffen sind, bekommen 75% des Umsatzes von November 2019 als Entschädigung ausgezahlt. - Ich finde, das ist eine gute Maßnahme, die wir an dieser Stelle treffen. Sie wird unglaublich vielen Betroffenen helfen. Diese Regelung gilt für Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern. Für Betriebe mit über 50 Mitarbeitern ist fest zugesagt, dass es zwischen 60 und 75% des Umsatzes gibt. Das ist eine richtige Maßnahme.

Ich sage auch sehr deutlich - weil ich mich dafür eingesetzt habe -: Es wird nicht nur den Betrieben geholfen, die unmittelbar von der Schließung betroffen sind, sondern es wird auch ein Programm für Betriebe geben, die mittelbar betroffen sind, weil sie eben nur Kunden haben, die von der Schließung betroffen sind. Der Bund wird in dieser Woche ein Programm vorlegen. Ich finde, das ist im Sinne der Betriebe in unserem Land ein großartiger, wichtiger Verhandlungserfolg. Dieser war unabdingbar; sonst hätten wir dem nie zugestimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Das gilt für alle Bereiche, die wir schließen. Ich sage das auch, weil ich in vielen Bereichen selbst, das heißt persönlich, unterstützend tätig gewesen bin. Für mich ist es nicht angenehm, dass in den Kinos in den vergangenen Wochen noch ein Spot lief, in dem ich mich für das Kino stark gemacht und die Menschen aufgerufen habe, dort hinzugehen. Ich verstehe auch manche Enttäuschung.

Allen Kinobetreibern in unserem Land sage ich aber auch: Wäre es - ganz realistisch gesehen - in diesen Zeiten, im November 2020, überhaupt möglich gewesen, 75 % des Umsatzes aus 2019 zu erreichen? - Deswegen, glaube ich, ist auch dieser Schritt verantwortbar. Wir können erhobenen Hauptes auch denjenigen gegenüber treten, für die wir diese Leistungen erreicht haben. Das ist ein Kraftakt. Der Bund schätzt, dass es 10 Milliarden € sein

werden. Ich glaube, es wird eher mehr Geld werden, das wir zur Verfügung stellen müssen, weil an dieser Stelle niemand leer ausgehen darf, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Es geht um vier Wochen. Wir müssen die Kontaktbeschränkungen minimieren und haben festgelegt: maximal zehn Personen.

Da wir auch über die Unverletzlichkeit der Wohnung miteinander sprechen, sage ich: Wir alle sind uns darin einig, dass das ein hohes Gut ist. Die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass es jetzt nicht darum geht, einfach Kontrollen in den Privatwohnungen zu machen; das werden wir in Schleswig-Holstein nicht tun.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber ich sage an dieser Stelle auch: Diese Einschätzung zur Unverletzlichkeit der Wohnung teilt das Coronavirus ausdrücklich nicht. Deswegen sage ich sehr deutlich: Das ist keine Einladung dazu, in Privatwohnungen Feiern durchzuführen.

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Genau das wird passieren!)

Mein herzlicher Appell ist, sich dort genauso diszipliniert zu verhalten und jetzt nicht zu sagen: Wenn wir nicht in die Gastronomie dürfen, feiern wir stattdessen zu Hause. - Das wäre genau die falsche Antwort darauf. Kontaktbeschränkung heißt: So wenig Besuche wie möglich! Das ist meine Bitte.

Ich weiß, dass das hart ist, wenn wir über vier Wochen reden. Aber so bitter es ist: Im Monat November 2020 ist der Lieblingskel einmal nicht derjenige, der zu Besuch kommt. - Das müssen wir alle im Moment respektieren.

Wir müssen uns bei alledem, was wir machen, vier Wochen lang erheblich disziplinieren, damit wir im Dezember sagen können, dass wir das Infektionsrisiko gehemmt haben. Deswegen ist meine herzliche Bitte: Halten Sie sich, wenn es verantwortbar und der Kontakt nicht zwingend notwendig ist, bei Kontakten zu anderen Menschen zurück! Das ist im Moment bedauerlicherweise das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unsere Schließungen betreffen den Freizeit- und Amateursport. Überall dort, wo es um Berufsaus-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

übung geht, erlauben wir das, auch beim Profisport - natürlich ohne Zuschauer.

Im Bereich der Gastronomie bleibt es dabei, dass der Liefer- und der Abholservice gewährleistet sind.

Freizeiteinrichtungen dürfen in diesen vier Wochen nicht öffnen. Es dürfen keine Veranstaltungen durchgeführt werden, die rein der Unterhaltung gelten.

Auch im Einzelhandel wird es wieder Einschränkungen geben. Die 10-m²-Regelung kennen wir in Schleswig-Holstein; sie wird entsprechend wieder greifen.

Die Maskenpflicht in Schulen werden wir genauso wie alle anderen Maßnahmen, die ab dem 2. November 2020 greifen, für vier Wochen umsetzen.

Alles wird jetzt genau auf diesen Zeitraum konzentriert, damit es möglichst besser wird. Diese Maßnahmen sind notwendig, damit wir möglichst viel offen halten können. Ich weiß, dass das für uns alle, auch für uns Parlamentarier in Schleswig-Holstein, viel schwieriger zu erklären ist als in anderen Bundesländern. Dort, wo die Inzidenzen bei weit über 100 liegen, gibt es eher Druck aus der Bevölkerung: Schlagt einen viel härteren, restriktiveren Kurs ein!

Viele Menschen in Schleswig-Holstein schätzen ihre Lage noch so ein: Na ja, es ist halt in den anderen Ländern besonders schlimm; bei uns ist das nicht angekommen. - Aber ich glaube, wir alle haben eine Verantwortung dafür, dass wir gar nicht erst in die Situation kommen, in der andere Bundesländer sich schon befinden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Ich möchte nicht, dass unsere Kapazitäten irgendwann an die Grenze stoßen. Wir müssen den Menschen in unserem Land helfen, meine Damen und Herren.

Ich weiß, dass im Moment für alle Parlamentarier vieles eine Zumutung ist, was die gesamten Abläufe und die Beteiligung angeht. Ich kenne die Rede von der „Stunde der Exekutive“. Als Abgeordneter, der ich auch bin, will ich sagen: Wir sollten dabei auch ein Stück mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen. Ich finde, in Schleswig-Holstein machen wir, Parlament und Regierung, viel gemeinsam. Wir können auch als Abgeordnete unglaublich stolz auf so viele Initiativen sein, die hier eingebracht worden sind. Wie viele der Maßnahmen, die wir getroffen haben, waren am Anfang parlamentarische Initiativen, die dann umgesetzt wurden!

Ich will auch das sehr deutlich sagen: Wo gab es das in einem anderen Bundesland, dass der Oppositionsführer am Anfang am Kabinettstisch saß und, wie gestern, in den Beteiligungsrounds dabei war? Heute beraten wir über einen gemeinsamen Antrag zum Haushalt, das heißt, nicht nur die Jamaika-Koalition, sondern auch SPD und SSW sind Antragsteller.

Deswegen sage ich: Seien Sie, seien wir alle stolz auf das, was wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier in dieser Krise leisten! Ja, seien wir auch stolz darauf, dass wir bei uns eine Opposition haben, die in diesen Zeiten sagt: Auch staatspolitische Verantwortung ist wichtig!

Lieber Herr Stegner, lieber Lars Harms - er hört zu -: Ganz, ganz herzlichen Dank an dieser Stelle! Ich glaube, dieses Signal ist für das Vertrauen in der Bevölkerung von unschätzbarem Wert. Ganz, ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sind besser aufgestellt als im März 2020. Das will ich deutlich sagen, weil mancher im Moment das Gefühl hat: Habt ihr eigentlich etwas daraus gelernt?

Wir haben neue Möglichkeiten, unter anderem Schnelltests, die demnächst in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern bevorzugt genutzt werden; dadurch kann Isolation verhindert werden. Wir sind bei der Entwicklung der Impfstoffe weiter. Wir sind vorbereitet, auch auf den Intensivstationen. Wir haben mehr Intensivbetten als zur damaligen Zeit. Die Testkapazitäten sind ausgeweitet worden. Die persönliche Schutzausrüstung ist da.

Ich sage an dieser Stelle: Wir sind so gut vorbereitet, weil es in unserem Land so viele Menschen gibt, die an dieser Aufgabe mitarbeiten: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflegeeinrichtungen, in Krankenhäusern und in unseren Gesundheitsämtern. Ich will auch die Landesbehörden nennen, wo viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich freiwillig melden, um dort, wo sie gebraucht werden, Verantwortung zu tragen.

Deswegen bin ich den vielen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern unendlich dankbar dafür, dass sie im Moment vieles von dem ertragen, was wir ihnen an Beschlüssen zumuten müssen.

Wir haben miteinander verabredet, dass wir gegen diese Krise nicht ansparen wollen. Das wird heute auch ein Kraftakt werden. Ich rede von weiteren

(Ministerpräsident Daniel Günther)

4,5 Milliarden € die aufgebracht werden müssen; das ist eine Belastung für die Zukunft.

Und ja, jede Maßnahme, die wir jetzt noch treffen, ist auch für jeden Abgeordneten, der hier sitzt, eine weitere Zumutung. Aber wir brauchen das als Gesundheitsschutz für die Bürgerinnen und Bürger.

Deswegen ist meine herzliche Bitte - vor uns stehen vier harte Wochen -: Je disziplinierter wir in den nächsten vier Wochen bei all dem, was wir zumuten, auch mitmachen, desto größer ist die Chance, dass wir uns gemeinsam in einem Monat hier wieder treffen und sagen werden: Wir haben es mit diesen Maßnahmen hinbekommen, dass das exponentielle Wachstum gebrochen ist, dass wir wieder in der Lage sind, die Einschnitte in vielen Bereichen wieder zurückzunehmen.

Ich finde, es gehört auch zur Solidarität untereinander, dass alle im Moment mithelfen. Alle müssen wissen: Jeder, der sich an diese Regeln nicht hält, belastet damit diejenigen, die in der Krise besonders betroffen sind. Und jeder, der im Moment vielleicht nicht aus Solidarität und aus Patriotismus mitmachen will, sollte immer daran denken: Er muss im Moment auch diejenigen schützen, die ihm lieb sind, weil auf persönliche Treffen mit Freunden verzichtet werden muss. Es ist im Moment ein Gebot der Solidarität, auf all das zu verzichten.

Meine Damen und Herren, leben wir das in diesen vier Wochen vor, Sie als Abgeordnete, wir als Landesregierung. Wir haben hier eine unfassbare Aufgabe vor uns. Wahrscheinlich war Schleswig-Holstein noch nie in einer solch großen Krisensituation wie heute. Aber ich bin überzeugter denn je: Wir haben die Kraft, aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen, weil wir uns im bildlichen Sinne unterhaken, weil wir gemeinsam Solidarität üben.

Ich weiß: Jedem Einzelnen, der hier sitzt, fällt es schwer, heute diese Entscheidungen mitzutragen. Aber ich appelliere an Sie und bitte jeden Einzelnen von Ihnen: Machen Sie das auch im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung für die Gesundheit, aber auch für die Zukunft von Deutschland, von Schleswig-Holstein; machen Sie diesen Weg gemeinsam mit.

Ganz, ganz herzlichen Dank für alle Unterstützung, ganz, ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Und meine Bitte an alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner: Unterstützen Sie diesen Kurs. Wir werden ihn nicht alleine schützen können. Wir brauchen Sie an unserer Seite. Danke für Ihr Vertrauen.

(Lang anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag „Für Schleswig-Holstein - in der Krise halten wir zusammen!“, Drucksache 19/2492, ist noch ein Alternativantrag des Abgeordneten Jörg Nobis und der Abgeordneten der AfD in der Drucksache 19/2534 eingegangen.

Lassen Sie mich jetzt bitte noch einmal die vollständige Fehlliste vortragen. Erkrankt sind die Abgeordneten Wolf Rüdiger Fehrs, Serpil Midyatli, Professor Dr. Heiner Dunckel, Sandra Redmann, Ines Strehlau, Marlies Fritzen, Joschka Knuth. - Wir wünschen ihnen allen gute Genesung.

(Beifall)

Der Abgeordnete Hamerich hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist.

Der Abgeordnete Baasch und der Abgeordnete von Pein haben nach § 47 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie ebenfalls an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert sind.

Die Abgeordneten Waldinger-Thiering, Harms und Dirschauer - den Hintergrund kennen Sie - haben ebenfalls nach § 47 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wort hat nun der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Corona gehört seit einem Dreivierteljahr zu unserem Leben. Vieles, was seitdem tagtäglich gilt, wäre uns im letzten Jahr noch als Science-Fiction erschienen. Manches hat sich seit dem Frühjahr geändert, Grundlegendes allerdings nicht. Denn wir haben auch heute weder ein Allheilmittel noch einen Impfstoff gegen das Virus. Es bleibt dabei, dass der Erreger hochgefährlich ist, auch wenn wir ihn nicht sehen und seine Auswirkungen auf Menschen höchst unterschiedlich sind.

Darum sind und bleiben der Gesundheitsschutz und die Eindämmung der Pandemie unsere oberste Pflicht. Obwohl uns Expertinnen und Experten seit Monaten vor einer zweiten Welle im Herbst gewarnt haben, waren wir wohl alle überrascht, wie

(Dr. Ralf Stegner)

stark uns das Virus wieder im Griff hat und wie schnell die Infektionszahlen in den vergangenen Tagen gestiegen sind.

Es ist wie im Frühjahr nicht in erster Linie die Zahl der aktuellen Infektionen, die uns Sorgen machen muss, sondern das dramatische Wachstum: Am Montag hatten wir doppelt so viele Infektionen wie noch eine Woche zuvor. Und auch die Zahlen in Schleswig-Holstein sind immer noch niedriger als anderswo. Dennoch ist auch hier die Entwicklung besorgniserregend.

Wenn es keine Änderung gibt, wird diese Entwicklung unser Gesundheitswesen in absehbarer Zeit an den Rand der Belastbarkeit bringen. Das gilt für die Gesundheitsämter, vor allem aber auch mit Blick auf die Krankenhäuser und die Intensivpflegekräfte.

Wohin es führt, wenn die Nachverfolgung von Infektionen und damit die systematische Quarantäne nicht mehr konsequent gelingt, sehen wir in unseren europäischen Nachbarländern. Das alles muss uns eine Warnung sein. Wir alle haben die Schreckensbilder von Bergamo bis New York noch im Gedächtnis.

Wir sind noch mitten in der Pandemie. Die Lage ist überaus ernst, und wir müssen die Dynamik unterbrechen, wenn wir gravierende Folgen für die Menschen, unsere Gesundheitsversorgung, für Wirtschaft und Arbeitsplätze und für unser ganzes Leben vermeiden wollen. Genau das ist unsere politische Verantwortung als Abgeordnete in diesem Haus.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wissen jetzt auch dank der Forschungsergebnisse erheblich mehr als noch im Frühjahr. Abstand halten, Maske tragen, Hygieneregeln befolgen und regelmäßiges Lüften bleiben das A und O. Nichts davon ist für sich genommen ein Allheilmittel, aber in der Kombination hat es einen großen Effekt. Und es fängt bei jedem von uns an.

Darum ist es nur konsequent, wenn wir hier umsetzen, was wir auch von den Schülerinnen und Schülern sowie von den Lehrkräften oder von den Beschäftigten im Einzelhandel erwarten, und im Plenarsaal Maske tragen.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es geht um den Infektionsschutz, aber es geht auch um unsere besondere Vorbildfunktion. Wir sehen in dieser Woche beim SSW - es ist großartig, wie vor-

bildlich sich die Kolleginnen und Kollegen vom SSW verhalten haben -, wie real die Gefahr ist.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber es wird nicht reichen, die Regeln konsequent einzuhalten und unser Leben ansonsten fortzuführen, als ob nichts wäre. So wenig wir das wollen, so überdrüssig wir dessen sind, so sehr uns das emotional gegen den Strich geht: Jeder wird seine eigenen Kontakte erheblich einschränken müssen, damit wir gut über den Winter kommen. Ich bin überzeugt: Das kann, muss und wird unserer Gesellschaft gemeinsam gelingen.

Das Letzte, was wir jetzt brauchen, ist eine herbeigeredete Spaltung der Gesellschaft,

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zum Beispiel, indem Generationenkonflikte beschworen werden: Es sind nicht die Alten, wegen derer das Leben stillsteht. Und es sind nicht die Jungen, deren Partys die Zahlen in die Höhe treiben. Der Ministerpräsident hat es gesagt: Bei 75 % aller Infektionen wissen wir inzwischen nicht mehr, woher sie genau kommen.

Ja, Generationen sind vielleicht unterschiedlich betroffen. Und so, wie die Jungen bei Fridays for Future das Engagement der Älteren einfordern, so ist es bei Corona vielleicht genau umgekehrt.

Aber jetzt geht es um gesellschaftliches Miteinander und um Solidarität, Solidarität gegenüber denen, für die das Virus besonders gefährlich ist, Solidarität aber auch gegenüber denen, die bisher den großen Teil der Last der Pandemiebekämpfung getragen haben.

Da geht es um die Menschen in besonders betroffenen Berufen, von der Pflege bis zum Einzelhandel, von den Rettungskräften bis zu den Erzieherinnen. Und es geht um die Menschen in den Heimen.

Aber machen wir uns nichts vor: Es bleibt eine ungeheuer schwierige Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz, was Bewohner, Besucher und Beschäftigte betrifft, und dem Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht unserer Eltern und Großeltern und deren berechtigter Angst vor Einsamkeit und Trennung von den Lieben.

Albert Schweitzer hat gesagt:

„Humanität bedeutet, dass niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird.“

(Dr. Ralf Stegner)

Auch die Pandemie rechtfertigt nicht - und das war das Schlimmste an den Verhältnissen im Frühjahr -, dass Menschen alleine sterben mussten. Das war grausam; das dürfen wir nie wieder zulassen, das widerspricht aller Humanität.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht aber auch um die Familien, in deren Interesse wir alles unternehmen müssen, damit Kitas und Schulen geöffnet bleiben können. Viele haben über ihre Kräfte und ohne Urlaub und Erholung enorm viel auf sich nehmen müssen. Das lässt sich nicht beliebig wiederholen. Die Pandemiefolgen betreffen ganz oft diejenigen, die es ohnehin schwer haben, deren Wohnsituation schon in normalen Zeiten alles andere als gut ist, die prekär beschäftigt sind und weder auf Ersparnisse noch Kurzarbeitsregelungen zurückgreifen können, oder deren Hartz-IV-Regelsatz weder den Pandemiefall noch die Kosten für Masken oder Desinfektionsmittel einschließt.

Das gilt aber auch für Alleinerziehende, die die gesamte Herausforderung der Betreuung stemmen müssen. - Sie alle müssen jetzt in der zweiten Welle viel stärker in den Blick genommen werden. Auch das ist unsere Verantwortung in diesem Parlament.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich gestern einstimmig auf harte Einschnitte verständigt, die glücklicherweise Schulen und Kitas ausnehmen, aber für weite Teile der Gesellschaft einem Lockdown gleichkommen. Der Euphemismus mit dem Begriff „Lockdown light“ taugt dabei relativ wenig.

Die bundesweite Einigung ist begrüßenswert; denn es geht in der Tat um einen nationalen Kraftakt, den es zu bewältigen gilt und zu dem Kleinstaaterei auch dann nicht passt, wenn das Infektionsgeschehen regional unterschiedlich ist. Das trifft viele hart, gerade auch diejenigen, die einen hohen Aufwand betrieben haben, um mit Hygienekonzepten und viel Kreativität mit der Pandemie umzugehen. Ich will mich ausdrücklich bei ihnen für ihr Engagement bedanken.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich habe viel Verständnis für diejenigen gerade in der Gastronomie und bei den Sportvereinen, die das jetzt kritisch hinterfragen, zumal sich das Infekti-

onsgeschehen mutmaßlich hauptsächlich woanders abgespielt hat. Deshalb sind die vorgesehenen Entschädigungsleistungen durch den Bund - 75 % der Erträge des Vorjahresmonats - gut, essenziell notwendig und die Grundvoraussetzung dafür, dass man dem überhaupt zustimmen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dennoch wird das viel Enttäuschung mit sich bringen, das kann ich gut verstehen. Wichtig ist, dass das Geld jetzt schnell, gut und unbürokratisch fließt, damit es auch wirklich allen hilft. Ob die geschätzten 10 Milliarden € ausreichen, darf man wirklich bezweifeln, wenn wirklich alle Betriebe und Einrichtungen, die behördlich geschlossen werden beziehungsweise indirekt betroffen sind, tatsächlich entschädigt werden. Darauf müssen wir bestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Gerade darum gilt, dass wir uns gemeinsam anstrengen müssen, um diesen Lockdown so kurz wie möglich zu halten. Dazu gehört, die ebenfalls vereinbarten Kontaktbeschränkungen konsequent einzuhalten. Im öffentlichen Raum wird man das kontrollieren können, und wir wollen auch, dass es keine privaten Feten gibt und die privaten Kontakte deutlich reduziert werden. Das erfordert die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Was wir jedoch nicht wollen und keinesfalls dulden dürfen, ist eine grundgesetzwidrige polizeiliche Kontrolle in Privaträumen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Jörg Nobis [fraktionslos]: Herr Lauterbach sieht das aber anders!)

- Ich bin da aber anderer Meinung. Wir wollen auch nicht den Einsatz besonders „wachsamer Nachbarn“.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Appell gilt schon, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger: Halten Sie sich bitte an die Kontaktbeschränkungen! Das ist ein Akt der Solidarität mit den Mitmenschen. Auch wenn ich die Wendung „Social Distancing“ schrecklich finde, gilt doch: Distanz ist die neue Nähe.

Schleswig-Holstein hatte am Montag bereits eigene Verschärfungen beschlossen. Herr Ministerpräsident, wir haben die von Ihnen angekündigten Punkte nicht kritisiert, weil wir sie in der Sache moderat und richtig fanden, über den Zeitpunkt haben wir uns allerdings schon gewundert. Spätestens nach der Einigung gestern Abend muss man festhalten,

(Dr. Ralf Stegner)

dass dieser Sonderweg Schleswig-Holsteins nicht klug gewesen ist; denn die Absprachen im Bund gehen deutlich über die Ankündigungen hinaus. Damit war das sicherlich einmal mehr kein Beitrag zur Klarheit der Kommunikation gegenüber den Menschen im Land. Ihre Kehrtwende, Herr Ministerpräsident, war aus staatsmännischer Verantwortung zwingend notwendig, aber das macht Ihren Alleingang vom Montag nicht besser. Ich denke, er erschwert die Akzeptanz, und die Gastronomie oder die Amateursportler sind zu Recht sauer.

(Beifall SPD)

Wir dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Fokussierung auf den Gesundheitsschutz in Anbetracht der neuen Regeln diejenigen nicht vergessen, die noch keine Antworten auf die vielen offenen Fragen der letzten Monate bekommen haben. Was ist mit der Absicherung der Soloselbstständigen, die ohne eigenes Verschulden noch immer kaum Umsätze haben? - Da gibt es viele Forderungen und Ankündigungen, aber es fehlen nach wie vor praktikable Lösungen. Und der Verweis auf Hartz IV taugt wenig, wie wir aus der Praxis wissen.

(Beifall FDP)

Wo ist die Hilfe für die besonders betroffenen Branchen wie den Veranstaltungsbereich? Welche Antworten geben wir denjenigen, die zu Recht kritisieren, wenn wir Schüler in der Schule fein säuberlich in Kohorten teilen, sie dann aber auf dem Schulweg wieder alle gemeinsam in überfüllte Busse stecken?

(Beifall SPD)

Ich muss Ihnen da ganz ehrlich sagen: Bei aller Gemeinsamkeit, aber mir fehlt jedes Verständnis, dass die Jamaika-Koalition unsere Initiativen für den Schulbusbereich unter Verweis auf die kommunale Zuständigkeit zurückgewiesen hat. Das Thema wird wiederkommen, und damit müssen wir uns beschäftigen. Wir sollten auch mit den Betroffenen, auch mit der Omnibusbranche, die durchaus etwas anzubieten hat, reden.

Damit hängt eng zusammen, dass wir konsequent in allen Schulen, wo es nötig ist, Luftreinigungsanlagen aufstellen werden. Das ist nach Meinung aller Fachleute technisch machbar, dauerhaft sinnvoll und muss auch finanzierbar sein. Wer Milliarden für die Lufthansa hat, muss auch dieses stemmen können, denn hier sind gute Lösungen für Kitas, Schulen, Restaurants und auch kleine Veranstaltungsräume erforderlich, erst recht, wenn die Nachverfolgung von Infektionsketten und die damit ver-

bundenen Quarantäneschutzmaßnahmen kaum noch funktionieren.

(Beifall SPD)

Die heutige Redezeit reicht nicht aus, um alle Probleme anzusprechen, das ist ja klar. Wir müssen aber Verständnis für diejenigen haben, die stark unter den Einschränkungen leiden. Wir müssen uns der Diskussion mit allen stellen, die hinterfragen, ob nicht das eine oder andere über das Ziel hinauschießt. Aber Gewaltenteilung und Föderalismus funktionieren bei uns sehr wohl. Unser Staat ist handlungsfähig, wie wir gerade mit Blick auf die USA sehen können. Es braucht auch klare Kante gegenüber denjenigen, die sich selbst und andere wider besseres Wissen in Gefahr bringen, weil sie auch jetzt noch mit aller Kraft ihren Egoismus ausleben wollen. Damit meine ich selbsternannte Querdenker, die eigentlich Nichtdenker heißen müssten. Damit meine ich auch AfD-Abgeordnete, die per Unterlassungserklärung ihr Recht erstreiten wollen, andere anstecken zu dürfen. Damit meine ich sogenannte Promis, die ihre Reichweite in den sozialen Netzwerken missbrauchen, um abstruse Verschwörungstheorien zu verbreiten, die es eigentlich nur auf geschlossenen Abteilungen in der Psychiatrie geben sollte.

(Beifall SPD und FDP)

Das alles braucht es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dafür habe ich null Verständnis. Lassen Sie mich in aller Klarheit auch sagen: Die Meinungsfreiheit ist in Weißrussland bedroht, aber gewiss nicht in der Bundesrepublik Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Um den Blick auf unser Land zu richten: Mein Verständnis für diejenigen Maskengegner, die Cyber-Guerilla-Attacken gegen den Landeselternbeirat fahren und sogar vor persönlichen Beschimpfungen oder Bedrohungen nicht zurückschrecken, tendiert wirklich gegen Null. Das geht gar nicht.

(Beifall SPD, CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gelegentlich habe ich in den letzten Monaten die verwunderte Frage gehört, wie denn Oppositionsrolle und Unterstützung der Regierung zusammengehen - gerade bei dem mir fälschlicherweise zugeschriebenen Naturrell.

(Heiterkeit)

(Dr. Ralf Stegner)

Wie im Frühjahr gilt auch jetzt: Es ist wirklich nicht die Zeit für parteipolitische Profilierung. Meine Fraktion steht auch in der Opposition zu ihrer Verantwortung für Schleswig-Holstein und dafür, die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens in der Krise sicherzustellen. Das ist eine Bewährungsprobe für uns alle. Es war ein gutes Zeichen, dass wir als Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus in einem Kraftakt diesen milliardenschweren Nachtragshaushalt auf den Weg bringen. Für die Fundamentalkritik des Landesrechnungshofs oder des selbsternannten Bundes der Steuerzahler habe ich in dieser außergewöhnlichen Situation keinerlei Verständnis.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn das, was wir hier alle miteinander tun, ist keineswegs, Geschenke zu verteilen, wie es heißt, sondern wir übernehmen Verantwortung dafür, dass unser Land wieder gut aus der Krise kommt. Das ist unsere Aufgabe, und die nehmen wir gemeinsam miteinander wahr. Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen zu, darauf sollten wir auch gemeinsam stolz sein.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Mit der Zweidrittelmehrheit einen solchen Haushalt zu beschließen, gab es in der Geschichte unseres Landes in dieser Form noch nie. Das ist auch im Ländervergleich etwas Besonderes. Über die Details wird morgen die Kollegin Raudies in der Haushaltsdebatte sprechen.

Ich will in aller Kürze sagen, warum wir uns beteiligt haben. Es wird ein Schulbauprogramm geben, das endlich diesen Namen verdient; denn wenn die Fenster im maroden Altbau nicht mehr aufgehen und die Sanitäreinrichtungen abbruchreif sind, ist Infektionsschutz, ehrlich gesagt, Augenwischerei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir tun etwas für bezahlbaren Wohnraum, wir setzen ein gutes Signal, indem wir die Kurzzeitpflege ausbauen, die für viele Menschen im Land eine große Erleichterung ist, damit Ältere nicht erst im Krankenhaus und dann gegen ihren Willen statt nach Hause dauerhaft in ein Pflegeheim müssen. Das ist eine humanitäre Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Wir investieren in die Krankenhäuser. Das ist wichtig, weil wir flächendeckend starke Gesundheitsversorgung sichern müssen. Wir dürfen aber nicht ver-

gessen, dass wir gerade bei den Pflegekräften auf Intensivstationen einen erheblichen Personalbedarf haben. In diesem Zusammenhang habe ich die letzte Tarifrunde im öffentlichen Dienst als ein gutes Signal für dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege empfunden.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass von engagierten Parlamentarierinnen und Parlamentariern - nicht zuletzt vom Bundestagspräsidenten - eine Debatte darüber angestoßen wurde, wie wir bei der Pandemiebekämpfung von der Dominanz der Regierungen wegkommen. Der Krisenmodus muss auch bezüglich der exekutiven Befugnisse zeitlich begrenzt werden. Die Konferenz der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin findet sich aus guten Gründen nicht im Grundgesetz wieder; Bundestag, Bundesrat und Landtage allerdings schon. Regierungen müssen aber schnell handeln können, und es ist Aufgabe der Verwaltung, die Exekutive im Detail zu regeln. Aber auch in Pandemiezeiten müssen die entscheidenden Debatten in den Parlamenten stattfinden, und die Kontrolle der Regierung bleibt die vornehmste Aufgabe des Parlaments.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Das bietet dann auch den Raum für die Form von kontroversen Debatten, die von einigen vermisst werden. Mit Blick auf den Herrn Präsidenten möchte ich sagen: Wir sind nicht immer einer Meinung, aber das Führen kontroverser Diskussionen ist uns in diesem Haus gemeinsam außerordentlich gut gelungen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Ich begrüße den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion, das Infektionsschutzgesetz so zu überarbeiten, dass das Parlament wieder stärker beteiligt wird und wir von der Generalklausel wegkommen. Bei wesentlichen Entscheidungen muss der Bundestag das letzte Wort haben. Und auch hier in Kiel sollten wir fraktionsübergreifend sehr genau darauf achten, was der Regierung überlassen wird und was in den Bereich des Parlaments gehört.

Ich finde es auch richtig, Herr Ministerpräsident, dass Sie gewürdigt haben, dass im Frühjahr viele wichtige Impulse, zum Beispiel zu den Spielplätzen oder den Elternbeiträgen für die Kitas, aus dem Parlament gekommen sind.

Auf Dauer müssen natürlich auch die zentralen Entscheidungen wieder hierher verlagert werden. Auch

(Dr. Ralf Stegner)

die Information der Opposition, Herr Ministerpräsident, darf wieder intensiver werden - jetzt, wenn die Herausforderungen wieder zunehmen.

Die Anforderung an die Regierenden ist in diesen besonderen Zeiten hoch. Und wenn tagtäglich schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden, passieren auch Fehler. Das ist entschuldbar, und ich glaube, wir gehen als Opposition damit auch angemessen um. Es entbindet uns aber nicht von unserer Aufgabe, Probleme zu benennen, die mehr als ein Ausrutscher sind; das ist die Aufgabe der Opposition, und das sind wir den Menschen im Land schuldig.

Deshalb möchte ich ein paar Worte zum Beherbergungsverbot verlieren, auch wenn wir jetzt ein bundesweites Beherbergungsverbot haben, was so nicht beabsichtigt war. Ich möchte Ihnen sagen, gerade noch im Rahmen parlamentarischen Sprachgebrauchs: Das war schon ziemlicher Mist mit dem Beherbergungsverbot im Land. Ich möchte nicht in der Sache diskutieren, ob das klug war, die Gäste nur mit Test ins Land zu lassen oder nicht und der gebeutelten Gastronomiebranche noch etwas mitzugeben, aber - meine Fraktion hat sich dazu auch geäußert und andere Bundesländer haben es auch gemacht - es war doch ein wenig konfus, wenn der Ministerpräsident das eine und der Wirtschaftsminister das andere sagte. Das erschwert die Akzeptanz für Pandemiemaßnahmen. Das Gericht hat Ihnen am Freitagabend ja auch die Entscheidung abgenommen.

Es geht übrigens nicht darum, den Menschen im Land die Politik besser zu erklären, denn die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sind weder besonders begriffsstutzig noch unmündig. Es geht um nachvollziehbare Maßnahmen mit schlüssiger Begründung, die sich auf solide Fakten stützen. Und genau darum ist es ein Problem, wenn wir Unterschiedliches an unterschiedlicher Stelle sagen. Es ist auch ein Stück weit unfair gegenüber denjenigen in Verwaltung und Landesregierung, die in den letzten Monaten einen sehr soliden, zum Teil sogar exzellenten Job gemacht haben. Ich möchte stellvertretend ausdrücklich die Rolle des Gesundheitsministeriums im Einklang mit den Gesundheitsämtern vor Ort anerkennen und mich, Herr Minister Garg, für diese Arbeit ganz besonders bedanken.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Seit gestern haben wir nun eine Einigung von Bund und Ländern, die diesmal hoffentlich länger hält als

bislang. Es kann nicht das Ziel sein, dass die Kanzlerin sich im Nachgang von Ergebnissen distanzieren muss, wobei man mit Blick auf die heutigen Zahlen sagen muss, dass sie das letzte Mal recht hatte. Es kann auch nicht sein, dass man sich Einigkeit zusichert und noch während der Konferenz die Alleingänge in den Ländern beginnen.

Bundeseinheitliche Kriterien und situativ und regional angepasste Maßnahmen der Regierung und Verwaltung - kontrolliert von den Parlamenten -: Darum geht es. Im Übrigen gilt das erst recht für die norddeutsche Zusammenarbeit. Unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Metropolregion ist es schlichtweg nicht zu vermitteln, wenn auf der einen Straßenseite in Schleswig-Holstein das eine gilt und auf der anderen Straßenseite in Hamburg das andere. Es hat da ein bisschen gerumpelt in den letzten Monaten. Ich wünsche mir insgesamt möglichst viel Gemeinsamkeit.

(Beifall SPD)

Es ist übrigens auch nicht die Zeit für persönliche Profilierung. Herr Kollege Koch, vielleicht hilft an der Stelle die Vertagung der Personalfragen bei der Union. Wir brauchen nämlich keinen Wettbewerb um die schnellste, härteste, konsequenteste Corona-Show - das ist Krisenmanagement im schlechten Sinne.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wir brauchen bundesweite Standards und eine gemeinsame Strategie, nach denen sich die regionalen Maßnahmen richten: für Veranstaltungen, für Masken, für Tourismus, im Zweifelsfall auch für die Bußgelder gegen diejenigen, die vorsätzlich anderen schaden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht glamourös, das ist Erfolg versprechend.

Die Einigung von gestern ist auch eine Chance. Der bevorstehende Monat, der November 2020, wird grau und still werden, noch grauer und stiller als sonst. Das wird eine harte Geduldssprobe für uns alle. Es liegt am Ende nicht an uns, sondern an den Bürgerinnen und Bürgern, ob wir es schaffen, die Infektionsdynamik drastisch zu bremsen. Das können wir nur gemeinsam schaffen. Dafür braucht es eine vernünftige Kommunikation. Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Effektivität sind und bleiben die Kriterien, die es braucht, um die Akzeptanz der Bevölkerung zu wahren. Es geht um Rücksicht, es geht um Vorsicht, es geht um Umsicht, es geht um Einsicht.

Eine breite Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Maßnahmen gegen die Pandemie. Eine große

(Dr. Ralf Stegner)

Mehrheit hier im Parlament macht das. Das ist nicht selbstverständlich. Lassen Sie es uns nicht verspielen, dann werden wir die Krise meistern. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Die Coronalage ist ernst!“ Mit diesen Worten hat der Ministerpräsident seine Rede begonnen, und so möchte auch ich gern starten. Die Lage ist vor allem weitaus ernster als sie es im Frühjahr gewesen ist. Das ist uns in Schleswig-Holstein vielleicht noch nicht so richtig bewusst, weil die Entwicklung in den letzten Wochen so unglaublich schnell erfolgt und weil unser Infektionsgeschehen nach wie vor deutlich niedriger ist als im übrigen Bundesgebiet.

Wenn wir aber einmal den Vergleich zum Frühjahr ziehen, dann hatten wir am 13. März 2020, als wir das öffentliche Leben weitgehend heruntergefahren haben, als wir Schulen und Kitas geschlossen haben, gerade einmal 46 bestätigte Corona-Fälle im ganzen Land Schleswig-Holstein. Heute sind es aktuell 1.929 Fälle, und damit 50-mal so viele wie im März 2020. Und die Kurve geht steil nach oben, auch bei uns in Schleswig-Holstein.

Waren es zu Beginn der zweiten Welle vor allem jüngere und damit gesündere Menschen, die sich mit dem Coronavirus infizierten, so hat das Virus mittlerweile auch die Alten- und Pflegeheime wieder erreicht - mit aller Dramatik, die damit verbunden ist.

Es ist deshalb nicht allein die hohe Zahl der positiven Testergebnisse, die besorgniserregend ist, auch die Zahl der im Krankenhaus behandelten Patienten geht wieder nach oben. Wir können froh sein, dass wir aufgrund der aufgestockten Anzahl von Intensivbetten und von Beatmungsgeräten noch ausreichend Platz bei uns in Schleswig-Holstein haben. In anderen Regionen des Bundesgebietes sieht auch das schon wieder deutlich kritischer aus. Das alles lässt sich im Übrigen nicht allein damit erklären, dass jetzt mehr getestet wird als im Frühjahr und dass dabei eine Fehlerquote von 1 bis 2 % besteht. Diese Fehlerquote gilt schließlich für positive und negative Test gleichermaßen. Es wäre deshalb ab-

surd zu glauben, dass die hohe Zahl von positiven Testergebnissen allein auf dieser Fehlerquote beruht. Vielmehr ist wirklich davon auszugehen, dass bei den über eine Million negativen Testergebnissen pro Woche bundesweit weitere 10.000 bis 20.000 Erkrankte unerkannt bleiben und das Virus anschließend ohne Quarantänemaßnahmen und ohne Kontaktnachverfolgung im Land verbreiten.

Meine Damen und Herren, die gesundheitliche Lage ist deshalb um ein Vielfaches besorgniserregender als im Frühjahr. Eine Kontaktnachverfolgung ist in weiten Teilen der Bundesrepublik nicht mehr zu bewältigen. Die Pandemie ist bereits außer Kontrolle geraten. Eine Überlastung des Gesundheitssystems mit fehlenden Intensivbetten und Beatmungskapazitäten ist damit nur noch eine Frage von wenigen Wochen, wenn wir nicht eingreifen. Deshalb muss jetzt konsequent und entschlossen gehandelt werden.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, die gestern beschlossenen Maßnahmen kommen dabei dem Lockdown vom Frühjahr sehr nahe. Das ist überaus schmerzlich. Wir hätten uns sicherlich alle gewünscht, dass wir einen zweiten derartigen Einschnitt vermeiden können. Daran haben wir in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten hart gearbeitet. Gerade, weil diese Hoffnung jetzt enttäuscht wird, möchte ich aber doch auf einige wesentliche Unterschiede gegenüber dem Frühjahr hinweisen, die allesamt dazu dienen, die negativen Folgen dieser Einschränkungen möglichst zu minimieren.

Schulen und Kitas bleiben weiter offen. Alle mit einer Schließung verbundenen Belastungen für die Familien bei der Kinderbetreuung werden damit vermieden. Und auch die Lerndefizite werden verhindert, die wir im letzten Schuljahr in der Zeit des sogenannten „Homeschooling“ erlebt haben. Ich finde, dass das ein ganz entscheidender Unterschied ist, mit dem wir eine wichtige Lehre aus den Erfahrungen des Frühjahrs ziehen.

Zweiter großer Unterschied: Alle Geschäfte bleiben weiterhin geöffnet. Das reduziert die wirtschaftlichen Folgen erheblich und ist mit der zwischenzeitlich eingeführten Maskenpflicht im Einzelhandel, die es im März und April 2020 ja noch nicht gab, auch vertretbar.

Drittens bleibt eine Vielzahl von Aktivitäten weiterhin erlaubt, die im März 2020 zunächst einmal allesamt verboten waren. Individualsport, Gottesdienste, Büchereien, Physiotherapie und Volkshoch-

(Tobias Koch)

schulen bleiben jetzt zulässig beziehungsweise geöffnet.

Das sind alles Bereiche, die wir im April/Mai 2020 als Erstes wieder geöffnet haben, weil wir ganz schnell gemerkt haben, dass es hier Probleme gibt, dass die Regelungen nicht wirklich sinnvoll oder unverhältnismäßig waren. Auch hier ziehen wir also Lehren aus den gemachten Erfahrungen.

Bevor wir deshalb jetzt von einem zweiten Lockdown sprechen, sollten wir uns schon bewusst sein, dass es diese erheblichen Unterschiede gibt. Andere europäische Länder erfahren dagegen derzeit einen Lockdown, der noch weit über das hinausgeht, was gestern beschlossen wurde und was wir im Frühjahr erlebt haben.

Für 46 Millionen Franzosen gilt derzeit eine Ausgangssperre zwischen 21 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Während dieser Zeit dürfen sie nicht auf die Straße gehen, sie dürfen nicht joggen, nicht mit dem Hund Gassi gehen, sondern müssen alle Aktivitäten so rechtzeitig beenden, dass sie pünktlich um 21 Uhr wieder zu Hause sind. Was derartige Eingriffe für die menschliche Psyche, für Themen wie häusliche Gewalt, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung bedeuten, kann noch niemand wirklich absehen.

(Zurufe)

- Auch das. Und jetzt kommt mit dem Lockdown in Frankreich alles zusammen. Bei solch harten Maßnahmen haben wir es mit einer ganz anderen Dimension zu tun als mit dem, was wir heute diskutieren. Damit wir solche Ausgangssperren in Deutschland hoffentlich nie erleben, müssen wir jetzt schnell und entschieden gegensteuern. Sonst sind wir in ein paar Wochen genau dort, wo Frankreich, Spanien und die Niederlande bereits heute angelangt sind.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, seit Beginn der Coronakrise versuchen Bund und Länder, die damit verbundenen finanziellen Folgen für die Menschen, für Arbeitnehmer und Betriebe, so gut es geht, auszugleichen. Die dafür eingesetzten finanziellen Mittel liegen bereits jetzt im dreistelligen Milliardenbereich. Das zieht einen sprunghaften, massiven Anstieg der Staatsverschuldung nach sich.

Meine größte Sorge bleibt, dass sich das bei einem erneuten Lockdown nicht beliebig wiederholen lassen würde, weil auch die Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand begrenzt sind. Dass der Bund nach dem gestrigen Beschluss nun für alle

Unternehmen, für Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die temporär geschlossen werden, einen finanziellen Ausgleich von 75 % des Umsatzes vornimmt, hätte ich im Vorfeld nicht für möglich gehalten.

(Beifall CDU - Jörg Nobis [fraktionslos]:
Das sind doch auch die Schulden von morgen!)

Auch wenn der Ausgleich für die größeren Betriebe mit mehr als 50 Mitarbeitern nur bei 60 bis 75 % liegen sollte, auch diese Prozentsätze beziehen sich auf den Umsatz und nicht auf Kosten oder Gewinn. 75 %, 60 % des Umsatzes - ich bin mir sicher, dass es den allermeisten betroffenen Restaurants, Hotels, Kinos, Freizeiteinrichtungen, Fitnessstudios, Massagepraxen mit dieser Regelung am Ende finanziell besser gehen wird, als es ohne Lockdown im November der Fall gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, wie groß die finanziellen Anstrengungen zur Bewältigung der Coronapandemie sind, zeigt auch der Beschluss über das Notkreditprogramm von 4,5 Milliarden € für unser Bundesland, den wir am morgigen Freitag treffen werden. Diesen Kraftakt zur Bewältigung der Coronakrise macht ein historischer Schulterschluss zwischen Regierung und Opposition möglich.

Es ist die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung, die uns zu einer Zweidrittelmehrheit für diese Notkreditaufnahme zwingt, und das ist gut so. Das zeigt, wie sinnvoll die Schuldenbremse auch jetzt in der Krise ist. Lieber Lars Harms, danke für deinen damaligen Vorschlag, als wir diese Verfassungsänderung vorgenommen haben.

(Zurufe)

- Der Vorschlag kam damals vom Kollegen Lars Harms, als wir die Verfassung 2010 geändert haben. Der Vorschlag, in Notlagen mit Zweidrittelmehrheit Ausnahmen zu beschließen, kam tatsächlich vom SSW.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ganz anders ist dagegen die Situation in Hessen: In Hessen klagt die Opposition vor dem Staatsgerichtshof gegen das Corona-Sondervermögen der Landesregierung. Ein derartiger Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang ist mitten in der Krise das Allerletzte, was man gebrauchen kann. Deshalb lässt sich gar nicht hoch genug wertschätzen und würdigen, dass wir in Schleswig-Holstein gemeinsam einen anderen Weg gehen.

(Tobias Koch)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir für die Menschen bei uns im Land das Beste erreichen, indem wir uns verständigt haben, dass wir gemeinsam Verantwortung für die Bewältigung der Krise übernehmen. Wir geben damit Sicherheit, wir lindern Notlagen, und wir bekämpfen die Wirtschaftskrise, indem wir Investitionen absichern und weitere Investitionen auf den Weg bringen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, so sehr man bei dem Schulterchluss zwischen Regierung und Opposition zu Superlativen neigt, so sehr ist diese Vereinbarung in den letzten vier Wochen schon wieder ein Stück weit von der dynamischen Entwicklung, von der Realität, überholt worden. Die Zahlen des Notkreditprogramms basieren alle auf der September-Steuerschätzung 2020, die für das kommende Jahr eine deutliche wirtschaftliche Erholung vorhergesagt hat. Ein erneuter Lockdown war dabei nicht vorgesehen. Jetzt steht zu befürchten, dass weitere Kreditaufnahmen erforderlich werden könnten. Umso wichtiger ist die Geschlossenheit, die wir hier gezeigt haben.

Meine Damen und Herren, noch viel schlimmer wäre es allerdings, wenn wir die Pandemie jetzt nicht in den Griff bekämen. Die finanziellen Folgen einer solchen Situation, wie wir sie in anderen europäischen Ländern bereits erleben, wären noch viel verheerender. Deshalb müssen wir auch aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen das ungebremste Infektionsgeschehen schnellstmöglich stoppen. Es ist fünf vor zwölf - allerdings nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern fünf Sekunden vor zwölf.

Vor gerade einmal vier Wochen hatte die Bundeskanzlerin vor 19.200 Neuinfektionen pro Tag in der Weihnachtszeit gewarnt. Jetzt haben wir diese Größenordnung fast erreicht, und bis Weihnachten sind es noch zwei Monate hin. Wer in dieser Situation die Appelle der Bundeskanzlerin als Verzweiflungstat kritisiert, der hat die ganze Dramatik immer noch nicht begriffen. Wenn die Bundeskanzlerin etwas zur Verzweiflung treibt, ist es vermutlich ein solches politisches Agieren mitten in der Krise.

Angela Merkel war die ganze Zeit über immer am vorsichtigsten von allen. Angela Merkel hat stets genau vor der Entwicklung gewarnt, die wir jetzt erleben. Jedes Mal wurden ihre Vorschläge aber in der Ministerpräsidentenkonferenz abgeschwächt und ins Unverbindliche verwässert, sodass anschließend jedes Bundesland machen konnte, was es wollte.

Die Bundeskanzlerin wolle nicht rechthaberisch wirken, schrieb die „Bild“-Zeitung am Montag im Nachgang zur Videokonferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden. Auch das spricht für Angela Merkel. Vielleicht sollten wir Männer einfach einmal eingestehen, dass sie die ganze Zeit über recht gehabt hat.

(Beifall CDU - Beate Raudies [SPD]: Ja, es ist immer gut, wenn Männer auf Frauen hören!)

Was haben wir stattdessen erlebt? - Vor zwei Wochen verkündete Nordrhein-Westfalen „harte“ Maßnahmen; private Feiern im öffentlichen Bereich wurden auf maximal 50 Teilnehmer begrenzt. Bis Ende Oktober 2020 blieben allerdings Feiern mit bis zu 150 Personen zulässig, wenn diese vor dem 10. Oktober 2020 angemeldet worden waren.

Bei uns in Schleswig-Holstein waren private Feiern in geschlossen Räumen mit mehr als 50 Personen während der gesamten Coronakrise zu keinem einzigen Zeitpunkt zugelassen. Musste das in Nordrhein-Westfalen wirklich sein?

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Fragen Sie Herrn Laschet!)

Noch schlimmer war die Situation allerdings in Berlin. Dort titelte die „Berliner Zeitung“ am 1. September 2020: „Berlin verschärft Corona-Regeln für private Feiern“. Worin bestand diese „Verschärfung“? Ab einer Teilnehmerzahl von 50 Personen wurde ein Hygienekonzept gefordert. Da fasst man sich wirklich an den Kopf! Ein Hygienekonzept musste in Schleswig-Holstein bei Feiern bis zu 50 Personen vorgelegt werden und nicht erst darüber hinaus. Für die Teilnehmerzahl von privaten Feiern galt in Berlin auch nach dieser „Verschärfung“ die Obergrenze von 750 Teilnehmern in geschlossen und von sage und schreibe 5.000 Teilnehmern in offenen Räumen. Wer bitte schön braucht in Coronazeiten private Feiern mit 5.000 Teilnehmern? Was hat sich Rot-Rot-Grün in Berlin bloß dabei gedacht, welchen Großfamilien wollte man damit Rechnung tragen? Dann darf man sich anschließend nicht wundern, wenn die Infektionszahlen steigen und Berliner Stadtteile zu Hotspots werden.

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Türkische Hochzeiten! - Unruhe)

Wenn wir in Schleswig-Holstein Quarantänemaßnahmen für Touristen aus Berlin einführen wollen, führt das zu öffentlichen Diskussionen, nur weil davon möglicherweise auch Robert Habeck betroffen

(Tobias Koch)

gewesen wäre. Für diese Diskussionen hatte ich schon damals überhaupt kein Verständnis.

Schleswig-Holstein gehört zu den drei Bundesländern mit dem niedrigsten Infektionsgeschehen. Gleichzeitig ist unser Regelwerk eines der strengsten der ganzen Republik. Das ist doch kein Zufall, das hängt doch miteinander zusammen!

Wir haben in den letzten Monaten im Land eine ganze Menge richtig gemacht; darauf können wir stolz sein. An dieser Vorgehensweise sollten wir deshalb weiter festhalten.

Wenn wir heute dennoch von einem bundesweiten Lockdown betroffen werden und darunter zu leiden haben, erscheint uns das allen verständlicherweise ein Stück weit ungerecht. Deshalb müssen die politischen Verantwortlichkeiten dafür klar benannt werden. Ich fand es tatsächlich schwer erträglich, dass es gestern ausgerechnet der Regierende Bürgermeister von Berlin war, der die Entscheidung mit der Bundeskanzlerin zusammen verkünden konnte. Man kann natürlich auch sagen: Es hat genau den Richtigen getroffen.

Was wir an verantwortungslosen und übertriebenen Lockerungsmaßnahmen in der Sommerzeit in anderen Bundesländern erlebt haben, darf sich nicht wiederholen. Wenn diese Lehre nicht gezogen wird, stehen wir auch nach dem Lockdown im November 2020 in ein paar Monaten wieder an der gleichen Stelle wie heute.

(Zuruf Jörg Nobis [fraktionslos])

Das große Plus der gestrigen Einigung ist die Einstimmigkeit der Entscheidung.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum ersten Mal haben sich alle Bundesländer gemeinsam auf dieses Handeln verständigt. Das mag uns - wie gesagt - in Schleswig-Holstein ein Stück weit ungerecht erscheinen, weil die Maßnahmen angesichts unserer vergleichsweise niedrigen Infektionszahlen teilweise unverhältnismäßig hart ausfallen. Aber gerade wir in Schleswig-Holstein haben in der Vergangenheit immer wieder über den Flickenteppich der unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern geklagt. Wir haben immer für möglichst einheitliche Regelungen im Bundesgebiet gestanden. Allein das ist schon ein großer Wert der gestrigen Einigung. Ich will hoffen, dass alle 16 Landesregierungen diese Entscheidung wirklich umsetzen und nicht wieder alle möglichen Ausnahmen einbauen.

In Schleswig-Holstein sind wir da immer mit gutem Beispiel vorangegangen: Sperrstunden in der Gastronomie, begrenzte Teilnehmerzahl für private Feiern, ausgeweitete Maskenpflicht, reduzierte Veranstaltungsgrößen, Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum. All das haben wir nach der letzten Ministerpräsidentenkonferenz Mitte Oktober umgehend beschlossen und zusätzlich noch eine Maskenpflicht im Schulunterricht eingeführt.

Wenn sich schon damals alle Bundesländer auf ein Testgebot vor touristischen Hotelübernachtungen verständigt und es umgesetzt hätten, hätte das nicht nur vor Gericht eine größere Überzeugungskraft entfaltet, sondern dann wäre uns vielleicht auch das touristische Beherbergungsverbot erspart geblieben, so wie es jetzt tatsächlich kommen wird. Der Herr Oppositionsführer hat die damalige Regelung kritisiert und einfache und leicht verständliche Regelungen gefordert.

Die Auflage, sich einmal testen zu lassen, bevor man in Urlaub fährt, war eine einfache und leicht verständliche Regelung. Da gibt es überhaupt keinen Grund, sich zu freuen, dass es letzte Woche gekippt wurde, denn schon da war klar: Alles, was anschließend an Regeln kommen würde, würde nur noch schärfer sein und das Hotelgewerbe noch härter treffen. So ist es nun leider gekommen.

Am Ende kommt es bei allen Regeln aber immer darauf an, dass sich die Bevölkerung selbst so verantwortungsbewusst wie möglich verhält. Wir brauchen jetzt Vernunft und Zusammenhalt unserer ganzen Gesellschaft, um diese dramatische Lage zu meistern. Die diesbezüglichen Appelle der Bundeskanzlerin und des Ministerpräsidenten sind deshalb absolut richtig. Nicht die Politik allein, sondern nur wir zusammen können diese Krise meistern. Dafür brauchen wir Akzeptanz und Vertrauen. Als Politik sollten wir gemeinsam werben, denn nur so wird es uns gelingen, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir blicken mit Sorge auf das Ende des Jahres, denn sie

(Eka von Kalben)

kommt nicht überraschend und sie steht nicht mehr bevor, sondern sie ist da: die zweite Coronawelle. Eigentlich sind wir es leid, darüber zu diskutieren, und gleichzeitig tun wir es: in der Politik, am Frühstückstisch, auf dem Spielplatz, in der Schule, bei der Arbeit, überall und gefühlt von morgens bis abends.

Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine eindringlichen Worte in der Regierungserklärung. Dank und Appell sind nötig, und sehr viele Menschen in diesem Land halten sich an Regeln und Appelle. Doch nimmt die Zahl der Kritikerinnen und Kritiker zu. Pandemiemüdigkeit breitet sich aus. Menschen haben Zweifel an den Maßnahmen, manche verstehen sie nicht, manche lehnen sie ab. Damit meine ich ausdrücklich nicht die Menschen, die das Virus beziehungsweise die Pandemie als eine Weltverschwörung ansehen. Fragen haben auch viele Menschen, die verstanden haben, dass Covid-19 eine gefährliche Krankheit ist und die solidarisch sein wollen. Unsere Aufgabe als Politik ist es, diese Fragen ernst zu nehmen, sie aufzugreifen und zu beantworten, die Zweifel ernst zu nehmen und abzuwägen.

Ich möchte gern drei Hauptdiskussionspunkte, auf die ich immer wieder treffe, ansprechen. Erstens: das Verstehen der Zahlen und Fakten. Zweitens: die Akzeptanz für die getroffenen Maßnahmen. Drittens: das Thema der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Parlamente.

Selten haben sich Menschen so intensiv mit Fragen der Wissenschaft auseinandergesetzt, mit medizinischen Studien und damit, wie sie funktionieren, mit den Aussagen von Virologinnen und Virologen und mit statistischen Phänomenen.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Sehr zur Freude vom Kollegen Dolgner.

(Heiterkeit)

Die Zahlen des Robert-Koch-Instituts werden wieder täglich mit großer Sorge verfolgt, und gespannt schaut der eine oder die andere auf die Zahl der neuen Ansteckungsfälle pro sieben Tage: Steigen sie über 35 oder über 50 oder mittlerweile noch deutlich mehr? - Man sieht, dass ich diesen Teil meiner Rede vor ungefähr vier Tagen geschrieben habe. Es hat sich alles schnell entwickelt. Es ist jetzt schon fast absurd, von den 35er-Zahlen zu sprechen.

Doch können wir uns häufig wenig unter den abstrakten Zahlen vorstellen. In meinem Dorf wäre bei einer Inzidenz von 50 statistisch gesehen ein

Mensch infiziert, in Quickborn zehn. Das klingt erst einmal nicht viel. Wenn man aber davon ausgeht, dass die zehn schon andere angesteckt haben und das nicht mehr nachverfolgt werden kann, dann wird es eben doch viel. Rein rechnerisch steht Quickborn nur ein Intensivbett in Elmshorn zur Verfügung. Insofern muss man sich manchmal wirklich klarmachen, was es bedeutet.

Natürlich sind Zahlen nur Anhaltspunkte. Was fließt wo in die Statistik ein, zum Beispiel bei den Todeszahlen? In Brüssel zum Beispiel wurden sämtliche Menschen, die im Pflegeheim gestorben sind, wenn es dort einen Ausbruch gab, auch als Todesfälle mit Ursache Covid-19 gezählt. Insofern muss man gucken: Wie viel wurde getestet? Was bedeutet der R-Faktor wirklich?

Zweiflerinnen und Zweifler versuchen, deutlich zu machen, dass uns die Wissenschaft anlügt und die Zahlen nicht stimmten. Es geht hier aber nicht einfach um Zahlen, sondern um Infizierte, Erkrankte und Verstorbene. Es geht um Menschen.

Mich persönlich prägen die Bilder aus Norditalien oder New York, wo ein Kliniksystem und perverserweise sogar ein Begräbnissystem kollabierte. Mich prägen die Interviews mit Menschen, die als Infizierte oder Pflegende die erste Welle und jetzt die zweite Welle miterleben, und mit den Pflegenden, die sich selbst infiziert haben. Es gibt Interviews mit Menschen, die jetzt zum ersten Mal sagen mussten: Wir haben zum ersten Mal in einer Klinik in Deutschland einen Patienten abweisen müssen und an eine andere Klinik verlegen müssen, weil wir die Kapazität nicht mehr haben. Da sind mir die R-, K- oder I-Werte dann herzlich egal. Corona ist eben nicht die jährliche Grippe, sondern eine weltweite, gefährliche Pandemie. Wer das infrage stellt, gefährdet das Gemeinwohl.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Bernd Heinemann [SPD])

Unter denjenigen, die sich zumindest in dieser Frage einig sind, gibt es einen regen Austausch über die Sinnhaftigkeit von Maßnahmen. Das wäre der zweite Punkt: Welche Maßnahmen sind zumutbar und welche nicht? Dieser Diskurs ist gut. Wir leben nämlich in einer Demokratie, und im Gegensatz zu denen, die meinen, das werde alles nur in Hinterzimmern entschieden, sage ich: Nein, die Maßnahmen werden öffentlich und in den Medien diskutiert, und das ist gut so. Sie werden auch von Gerichten überprüft - manchmal zur Freude, manchmal zur weniger großen Freude der Politik. Aber auch das ist gut so. Wir leben in einem Rechtsstaat,

(Eka von Kalben)

und es ist gut, dass die Gerichte die Entscheidungen kontrollieren. Seit gestern haben wir nun einen neuen Maßnahmenkatalog, einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, der in Schleswig-Holstein umgesetzt werden wird.

Lassen Sie mich unabhängig von den einzelnen Maßnahmen etwas sagen: Das verrückte an den Coronamaßnahmen ist ein typisches Paradoxon, was wir auch schon an anderer Stelle kennengelernt haben, nämlich der gleichzeitige Wunsch nach möglichst viel Einheitlichkeit und Individualität.

Zum einen wünschen sich die Menschen Einheitlichkeit, um die Maßnahmen überhaupt zu verstehen: Mit wie vielen Leuten und Haushalten darf ich mich in Hamburg treffen und mit wie vielen in Pinnerberg? - Alle Menschen am Hamburger Rand wissen, dass man Freunde und Verwandte auf der anderen Seite hat.

(Martin Habersaat [SPD]: „Auf der anderen Seite“! - Heiterkeit SPD)

Die finden diese Uneinheitlichkeit schon sehr nervig, wenn man sich zum Beispiel im Wald trifft.

Deshalb wurde der Auftritt der Bundesländer bisher auch als sehr chaotisch wahrgenommen. Selbst wenn Beschlüsse gefasst wurden, wurden sie an verschiedenen Stellen wieder infrage gestellt. Es gab einen Wettbewerb der Länder sowohl in die eine als auch in die andere Richtung. Das ist alles andere als hilfreich.

Andererseits gibt es auch einen Wunsch nach Individualität, weil es für die Bürgerinnen und Bürger vollkommen unverständlich ist, wenn in Nordfriesland oder in der Altmark, wo es niedrige Inzidenzen gibt, die gleichen Beschränkungen gelten wie in Hotspots in Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Bayern. Mittlerweile sind diese Hotspots natürlich sehr viel mehr geworden.

Meiner Meinung nach ist dieses Paradoxon nur damit zu lösen, dass wir zwar nicht unbedingt einheitliche Maßnahmen brauchen, aber einheitliche Kriterien. Das hätten wir uns auch vom Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz gewünscht. Im Grunde war das, was wir uns hier im Land mit den 35er- und 50er-Maßnahmen vorgenommen hatten, genau das, was wir uns für eine bundeseinheitliche Linie gewünscht hätten.

Ich glaube, Herr Koch hat die sehr schwierige Lage auch bei uns im Land eben sehr eindringlich dargestellt. Da ist immer die Frage: Wie eindringlich stellt man das dar? Macht es mehr Angst oder nicht? - Ich finde es wichtig, den Menschen zu sa-

gen: Wir sind in einer schwierigen Lage. Deshalb ist es gut, dass wir an dieser Stelle jetzt einmal diesen Weg mit diesen schwierigen vier Wochen gehen.

Meine dringende Bitte auch an Sie ist: Nutzen wir diese Zeit, diese vier Wochen, um jetzt wirklich eine Langfriststrategie zu suchen, die auf Inzidenzen beruht und wo wir dann an bestimmten Punkten sagen können: Hier muss jetzt ein Lockdown sein und in anderen Bereichen, wo bessere Werte vorliegen, nicht.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Die Bekämpfung der Pandemie erzeugt viele Risiken und Nebenwirkungen, und zwar nicht nur wirtschaftlicher Art. Existenznöte, Einsamkeit, Zukunftssorgen, das Tragen von Masken und die Distanz, die wir eingehen - das alles macht auch etwas mit der Gesellschaft. Jemand sagte neulich, Zwinkern sei das neue Lächeln. Ich würde einmal sagen: Das klappt nur mäßig, und Ellenbogenpuffen ist auch kein Ersatz für eine Umarmung.

(Beifall Minister Dr. Bernd Buchholz)

Deshalb ist es so wichtig, dass wir immer wieder erklären, begründen und auch hinterfragen, welche Maßnahmen wirklich nötig sind.

Eines ist auch klar: Maßnahmen, die fehlerfrei sind, gibt es nicht. Maßnahmen, die alle akzeptieren, gibt es auch nicht. Und Maßnahmen, die für jeden Einzelfall befriedigend sind, wird es vermutlich auch nicht geben. Auch bei dem, was jetzt errungen wurde, wird es immer wieder Unlogiken geben, es wird immer wieder Beispiele geben, aber wir können eben nicht für jeden Einzelfall und jedes Beispiel Verordnungen erlassen - oder: die Landesregierung kann das nicht -, sondern es gibt eben allgemein verbindliche.

Zur Frage des Beherbergungsverbots, des Schließens der Gastronomie sowie aller Freizeiteinrichtungen möchte ich an dieser Stelle noch einmal erwähnen: Es geht hier auch nicht nur um die Gastronomie und die Hotels. Es geht darum, dass wir einen Monat lang den gesamten Kulturbetrieb schließen, der sich gerade wieder ein bisschen berappelt hat. Das ist eine ganz dramatische Maßnahme, insbesondere für alle die, die sich wirklich mit ausgeklügelten Hygienekonzepten auf den Weg gemacht haben.

Da helfen natürlich die großzügigen Angebote des Bundes, 75 % der Umsätze zu übernehmen. Ich bin

(Eka von Kalben)

immer noch der Meinung, dass das ein Tippfehler war, aber das werden wir sehen, wenn wir die Vorschläge des Bundes dazu haben. Bei aller Liebe: Ich kann nicht verstehen, dass man Umsätze unabhängig von den Kosten erstattet, aber egal, das werden wir sehen.

(Beifall FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Unabhängig davon gehe ich davon aus - Herr Günther hat eindeutig die Zusage von der Bundeskanzlerin bekommen, das hat er immer wieder betont -, dass es eine Erstattung geben wird, und zwar nicht nur für die Wirtschaft, was auch nötig ist, sondern auch für die Kultur und für die Vereine, die von diesen Maßnahmen massiv betroffen sein werden.

Deshalb unterstützen wir bei allen Bauchschmerzen und allen Schwierigkeiten den Weg der MPK. Dass die Länder sich nicht einigen konnten, die Feiern im privaten Rahmen - Herr Günther, das muss ich leider doch noch erwähnen - zu beschränken, ist allerdings schon sehr, sehr ärgerlich. Gerade diese Feierlichkeiten haben wesentlich zur zweiten Welle beigetragen. Deshalb ist es wirklich ätzend, dass wir uns zwar solidarisch zeigen und auch umsetzen, was nötig ist, aber einige Länder bisher die wahren Ansteckungsherde nicht so stark beschränken wie wir. Ich erwarte von allen Bundesländern - Herr Koch, da spielt, ehrlich gesagt, die politische Farbe keine große Rolle, und ich finde, die sollten wir in dieser Debatte auch nicht so breittreten -, dass auch an dieser Stelle klare Vorgaben gemacht werden. Nur auf Freiwilligkeit zu setzen und zu sagen, es sei besser, nicht mit 50 Leuten zu feiern, halte ich an dieser Stelle für zu wenig.

Manche Virologinnen und Virologen und andere Berufene fordern, die Strategie zur Bekämpfung des Virus zu ändern - weg von den Begriffen wie Containment und Flatten the Curve und solchen Sachen hin zur Strategie der Protection. Das heißt also de facto weniger Beschränkungen für diejenigen, bei denen die Krankheitsverläufe vermutlich - zumindest statistisch - nicht so schlimm verlaufen, also für die Jungen und Gesunden, und dafür mehr Kapazitäten - finanziell und auch in Form von Testressourcen - für diejenigen, die geschützt werden müssen, weil sie eine höhere Wahrscheinlichkeit für schwere Verläufe haben. Das klingt effizient: weniger Einschränkungen, weniger Wirtschaftsflaute und vielleicht eine schnellere Durchseuchung und damit ein schnelleres Ende des Dramas. Aber ist das wirklich so einfach? Was ist mit den Menschen, die sich um die sogenannten vulnerablen Gruppen kümmern? Die Pflegenden? Auch die müssten massiv isoliert werden, auch die,

die in häuslicher Pflege ihre Angehörigen betreuen. Was bedeutet es denn für die Teilhabe von Menschen mit Vorerkrankungen und alten Menschen? Getrennt einkaufen, kein Treffen mit denjenigen, die einen sorglosen Umgang mit dem Virus haben? - Isolation und Vereinsamung! Was ist mit denen, die zwar keine anerkannte Vorerkrankung, aber trotzdem Angst haben? Können wir dann noch die Aufgaben garantieren, die nötig sind? In der Schule, in der Kita, im Gesundheitswesen? Im sonstigen öffentlichen Dienst, aber auch in der Privatwirtschaft? Und woher wollen wir wissen, dass die Jungen und Gesunden das Virus ohne Spätfolgen überstehen, dass sie überleben?

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Denn auch dafür gibt es genügend traurige Gegenbeispiele. Ich habe bereits gesagt, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie, wie sie jetzt vorgenommen werden, Risiken und Nebenwirkungen hatten und haben. Vermutlich werden nicht nur heute, sondern auch zukünftig viele Menschen aufrechnen, was sinnvoll war und was nicht. Aber wie sollen wir denn vermiedene Tote und vermiedene Erkrankungen gegenrechnen? - Das ist doch absurd: Wir sind deshalb in einer relativ guten Lage, weil wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein gute Maßnahmen ergriffen haben. Deshalb ist das von denjenigen, die die Maßnahmen kritisieren, eine falsche Rechnung.

Es gibt keine einfachen Antworten, deshalb müssen wir immer wieder bereit sein, Erkenntnisse zu überprüfen, zu revidieren und neue Entscheidungen zu treffen. Auch dabei hilft die Debatte im Parlament. Es hilft die Debatte in der Öffentlichkeit, in den Medien, zwischen Expertinnen und Experten mit der Bevölkerung in den sozialen Netzen. Es hilft viel Transparenz. Deshalb sollten wir als Parlament zum Beispiel auch überlegen, ob wir nicht die Expertinnen und Experten, die die Regierung beraten, auch in den Landtag einladen, in einen unserer Ausschüsse, damit dem Eindruck, einige wenige fällten unüberlegte Entscheidungen, etwas entgegengestellt werden kann.

Manche Menschen haben mehr Angst vor den Folgen der Maßnahmen, der Wirtschaftskrise, den psychischen Folgen als vor der Krankheit selbst.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Ja!)

Viele Menschen sorgen sich darum, wie lang die Pandemie noch andauern wird. Aber es gibt eben auch viel Hoffnung im Land: die Möglichkeiten von Tests, die Aussicht auf einen wirksamen Impfstoff und auch durch das Wissen, dass vergangene

(Eka von Kalben)

Pandemien wie die Pest und die Spanische Grippe auch vorbeigegangen sind - und das zu Zeiten, in denen die Menschen noch nicht über das Wissen und die medizinischen Möglichkeiten von heute, im 21. Jahrhundert, verfügt haben.

Wenn wir diese Pandemie überstanden haben werden, werden uns positive Veränderungen bleiben: mehr Sensibilität für unfaire Arbeitsbedingungen, ob in der Pflege, bei den Erntehelferinnen und -helfern oder in der Fleischindustrie, mehr Interesse und Anerkennung von Forschung und Wissenschaft aus der breiten Bevölkerung, luftigere Arbeitsräume und Schulräume und die stärkere Beachtung einfacher Hygieneverhaltensregeln. Hände waschen und Niesetikette helfen nämlich nicht nur gegen Covid-19. Mehr Digitalisierung ist gut für die Teilhabe von Menschen im ländlichen Raum und fürs Klima.

Als letzter, vielleicht wichtigster Punkt: Wir werden nach den vier Wochen und insgesamt nach der Pandemie eine ganz andere Wertschätzung für Gemeinsamkeit und Gemeinschaft haben - in Familie, Kultur, im Sport oder im Gottesdienst.

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Mehr Schulden werden wir auch haben!)

Ich bin sehr froh darüber, wie gut wir in Schleswig-Holstein die Coronakrise bisher gemeistert haben. Ich hoffe, dass es uns auch weiterhin gelingt, zum einen, indem wir möglichst gute Maßnahmen beschließen, und zum anderen, indem wir unsere Entscheidungen transparent und für alle Menschen in Schleswig-Holstein verständlich kommunizieren; denn wir brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung, um diese Krise zu überstehen. Wir sind nicht hilflos. Das ist gut. Wir haben es selbst in der Hand. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der FDP-Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zweite Welle der Coronapandemie fordert weite Teile Europas und zunehmend auch Deutschlands erheblich heraus. In Schleswig-Holstein stehen wir Dank des klugen und entschlossenen Handelns der Regierung und auch vieler Bürgerinnen und Bürger immer noch deutlich besser da als die allermeisten anderen Regionen in Deutsch-

land und Europa, aber auch bei uns gibt es dringenden Handlungsbedarf. Es war allen Realisten unter uns immer klar, dass die Infektionszahlen im Herbst wieder ansteigen würden, wenn die Temperaturen sinken und wir wieder mehr drinnen sind.

Die Zahlen steigen aber viel zu schnell an und sind zu früh zu hoch. Es geht mittlerweile leider wieder darum, ob die Krankenhauskapazität, vor allem die Anzahl der Intensivbetten, auch in einigen Wochen noch ausreichen werden, ob wir katastrophale Zustände verhindern können, wie wir sie in einigen Ländern sehen mussten: in Italien, in Frankreich, jetzt beispielsweise auch in Belgien. Das wollen wir unbedingt verhindern. Wir sollten auch offen und ehrlich kommunizieren, dass dies jetzt unser Problem ist. Deswegen sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern keine Angst machen, aber sehr deutlich über die Lage aufklären und darüber, wie problematisch sich die Lage auswirken könnte.

(Beifall FDP)

Auch bei uns steigen die Zahlen von Infizierten erheblich an, und die Einschlüge kommen sozusagen spürbar näher. Teilweise merkt man das auch im persönlichen Umfeld. Wir kennen wieder oder erstmals Menschen, die erkrankt sind. Das war im Frühjahr zumindest in Schleswig-Holstein zeitweise nicht der Fall.

Der Altersdurchschnitt der Infizierten steigt, was besonders problematisch ist. Der großen Dynamik beim Infektionsgeschehen müssen wir wirksam begegnen. Wir müssen jetzt dringend auf die Bremse treten. Kollege Koch, ich sehe es ein bisschen anders als Sie. Zumindest bei uns kann man noch nicht davon sprechen - hoffentlich kommt das auch nicht -, dass die Pandemie außer Kontrolle geraten ist. Genau das müssen wir jetzt verhindern. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall FDP)

Entscheidend für das Brechen der Welle ist, dass wir alle die nicht wirklich notwendigen sozialen Kontakte für eine gewisse Zeit wieder deutlich zurückfahren. Das ist schmerzhaft. Wir plädieren seit Monaten für Maßnahmen, die möglichst zielgenau, verhältnismäßig, logisch und rechtssicher sind. Das ist offen gestanden keine einfache Übung, aber das muss die Richtschnur unseres Handelns sein.

(Beifall FDP)

Ich kann und will es am heutigen Tage nicht verhehlen: Einen erneuten Lockdown wollten wir unbedingt verhindern.

(Christopher Vogt)

Ich habe das am Dienstag auch sehr deutlich gesagt: „Einen Lockdown verhindert man nicht, indem man diesen verhängt“, wie es damals bereits einige deutlich vorgeschlagen hatten.

Wir hatten bereits Anfang der Woche Maßnahmen für Schleswig-Holstein beschlossen und verkündet, was der Oppositionsführer kritisiert hat. Damit ist zumindest deutlich geworden, was wir in dieser Phase gemacht hätten, wenn wir nicht bundesweit handeln würden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Normalerweise freut sich eine Opposition über Transparenz. Sie haben jetzt die zu große Transparenz, die wir teilweise walten lassen, kritisiert. Das kann man machen.

Auf Bundesebene hat man nun einen teilweisen Lockdown verhängt. Unsere Maßnahmen wurden schon als hart wahrgenommen - auch in den eigenen Reihen. Was jetzt kommt, ist noch deutlich härter. Eine bundesweite Abstimmung - um das deutlich zu sagen - halten wir für erforderlich, aber es hätte durchaus andere, differenziertere Möglichkeiten für eine klare bundesweite Aktion gegeben, zum Beispiel mit einem erneuten Stufenmodell, das regionale Unterschiede im Infektionsgeschehen angemessener berücksichtigt und zum Beispiel Hotels und Gaststätten zumindest aktuell im Norden noch verschont hätte.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das ganz offen, denn es macht keinen Sinn, dass ich das verhehle. Wir müssen sehen, dass wir in vielen Bereichen - leider nicht in allen - klüger sind, mehr über das Virus, die Virusausbreitung gelernt haben als im Frühjahr.

Viele Gastronomen, viele Hotel- und Pensionsbesitzer haben sich wirklich vorbildlich verhalten, übrigens auch aus eigenem Interesse heraus.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Menschen haben mir gesagt: Ich habe doch kein Interesse daran, dass mein Restaurant, mein Hotel irgendwann als Negativbeispiel in der Zeitung auftaucht. - Beim Beherbergungsverbot wurde teilweise gesagt: „Guck doch einmal nach Timmendorfer Strand“. - Ja, man sollte einmal genauer hinschauen. Es war Personal, das das Virus eingetragen hat. Man hat sehr schnell und besonnen reagiert. Das finde ich wirklich vorbildlich. Das zeigt, dass die

Reaktion funktioniert hat. Das muss man auch einmal deutlich sagen. Das ist kein Negativbeispiel, sondern ein Positivbeispiel.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Experten sagen uns eigentlich, dass die Pandemiebekämpfung trotz der Lichtblicke beispielsweise bei der Entwicklung von Impfstoffen ein Marathonlauf bleiben wird. Deshalb ist ein zweiter Lockdown wirklich hart. Viele Menschen, darunter auch ich, hatten gehofft, dass dies nicht notwendig sein würde. In der dunklen Jahreszeit ist das natürlich auch noch etwas anderes als im Frühjahr, als wir noch Glück mit dem Wetter hatten, als man sich draußen aufhalten konnte.

Besonders wichtig ist uns, dass Schulen und Kitas dieses Mal geöffnet bleiben sollen. Das ist von elementarer Bedeutung für die Kinder und Jugendlichen und natürlich auch ihre Eltern. Die jungen Familien haben im Frühjahr die Hauptlast des Lockdowns getragen. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auch der Einzelhandel - abseits des Lebensmittel-einzelhandels - soll unter Auflagen geöffnet bleiben. Das finden wir richtig. Wir sollten auch verschiedene Fehler aus dem Frühjahr vermeiden. Das sind vermeintlich kleine Stellen. Das wurde eben teilweise schon angesprochen. Für viele Menschen ist das enorm wichtig.

Ich meine zum Beispiel die Beerdigungen. Ich habe gerade gestern aus meinem Familienkreis erfahren, dass jemand gestorben ist. Eine Beerdigung mit zehn Leuten ist wirklich schwierig, weil Kinder und Enkelkinder nicht dabei sein können. Deswegen sollten wir dort anders reagieren. Wir sollten bei den Geburten anders reagieren, die Väter sollten dabei sein können. Wir sollten auch an die einsamen Menschen im Heim denken. Ich denke, das ist mittlerweile Konsens. Das sollten wir beachten.

(Beifall FDP)

Zutiefst verärgert mich die Tatsache, dass die sehr harte bundesweite Reaktion letztlich die Folgen vieler Versäumnisse der letzten Monate ist. Man hat gestern auch eine Chance verpasst. Ich meine die privaten Feierlichkeiten, die Zusammenkünfte und so weiter. Ich muss ganz ehrlich sagen: Viele Bundesländer haben in den letzten Monaten - ich bin froh, dass wir nicht dazugehören -, teilweise bis zuletzt Veranstaltungen und Feiern zugelassen, die

(Christopher Vogt)

ganz klar als größter Infektionstreiber identifiziert sind.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Tobias Koch und andere haben die Infektionszahlen in den verschiedenen Regionen Deutschland angesprochen. Am Anfang, in den Frühjahrsferien konnte man auf die Ischgl-Heimkehrer, auf die Hamburger verweisen. Das war am Anfang teilweise Glück beziehungsweise ein Stück weit Zufall. Die Entwicklung in den letzten Monaten aber ist - obwohl mancher versucht, den Eindruck zu erwecken - kein Zufall. Das hat ganz klar mit den Dingen zu tun, die wir beschlossen und durchgesetzt haben. Das muss man ganz klar sagen.

Wenn ausgerechnet in Berlin-Mitte mit mehreren 100 Leuten Partys stattfinden, die noch genehmigt waren, wenn ich sehe, dass in Sachsen ein Kulturfestival stattfindet, ohne Mundschutz, dicht an dicht, das einen Monat lang laufen sollte, wenn ich sehe, dass in Stadien um die 10.000 Menschen sind, dann muss ich ganz ehrlich sagen: Da hat man verantwortungslos gehandelt. Dafür habe ich kein Verständnis. Es ist mehr als ärgerlich, dass wir das jetzt ausbaden müssen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin auch froh darüber, dass wir in Schleswig-Holstein ein wirklich kluges Veranstaltungskonzept entwickelt haben, Matthias Badenhop und Heiner Garg. Ich hoffe, Daniel Günther, dass unser Veranstaltungskonzept für Schleswig-Holstein in den nächsten Monaten eine Blaupause für den Bund insgesamt ist. Man sollte sich vielleicht eine Scheibe davon abschneiden und daraus lernen. Das sage ich, ohne arrogant wirken zu wollen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gestern in der FDP-Fraktion sehr intensiv darüber beraten, wie wir mit diesem bundesweiten Paket umgehen. Wir saßen bei der Ministerpräsidentenkonferenz nicht mit am Tisch. Wir hatten nur kurzzeitig einen Ministerpräsidenten; ich will das nicht wieder hervorholen. Wir haben teils erhebliche inhaltliche und rechtliche Bedenken. Damit sind wir offenkundig nicht allein, nicht nur hier in diesem Haus, sondern auch unter Experten, auch namhaften Virologen, wie wir auch gestern Abend und heute Morgen gehört haben. Das sollte man offen ansprechen.

Wir haben uns letztlich dazu entschieden, das bundesweite Vorgehen mitzutragen - aus Verantwor-

tung für unser Land. Das ist der einzige Grund. Ich sage es aber auch ganz deutlich: Das fällt uns alles andere als leicht.

(Beifall FDP)

Die Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz durch die Bundesregierung war kein Ruhmesblatt, um es freundlich auszudrücken. Ich gehe davon aus und hoffe sehr, dass das, wenn wir das trotz erheblicher Bauchschmerzen aus Verantwortung für unser Land mittragen, bundesweit umgesetzt wird. Ansonsten macht das keinen Sinn, und dann war es das letzte Mal, dass man so eine Aktion gemacht hat. Dann bringt das nämlich nichts.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe sehr, dass man die Rechtssicherheit des bundesweiten touristischen Beherbergungsverbots, das es nun tatsächlich ist, genau geprüft hat.

Gestern Mittag war noch nicht klar, welche Ausgleichszahlungen es für die Betroffenen geben soll. Betroffen sind ja tatsächlich auch Kulturbetriebe und weitere. Eka von Kalben hat es zu Recht angesprochen.

Die Bundesregierung ist jetzt in der Pflicht, schnellstmöglich - ich sage: in den nächsten Tagen - dafür zu sorgen, dass die versprochenen Hilfen für Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen schnell und unbürokratisch fließen können und Klarheit darüber herrscht, dass das Geld auch ankommt.

(Beifall FDP, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es darf nicht zu unnötigen Liquiditätsproblemen kommen. Die Abwicklung muss sehr schnell geklärt werden. Es geht um sehr viele wirtschaftliche Existenzen in unserem Land.

Bis zu 75 % des Vorjahresumsatzes sind für einige Betriebe sicherlich eine gute Lösung. Frau von Kalben hat gesagt, das nicht nach Kosten unterschieden wird. Ich glaube, es wird schwer genug, das abzuwickeln. Man muss aber irgendeine Größe haben. Für einige wird es eine gute Lösung sein. Daniel Günther hat es angesprochen. Für Kinos, die im Moment gar keine Filme haben, sind 75 % des Vorjahresumsatzes, also von November 2019, eine ordentliche Lösung.

Ich sage aber auch mit Blick auf beispielsweise die ausgebuchten Hotels in Schleswig-Holstein und die Restaurants: Für die ist das gar keine gute Lösung,

(Christopher Vogt)

um es deutlich zu sagen. Vor allem ist es keine gute Lösung, wenn das Geld nicht innerhalb weniger Wochen fließt, da es ansonsten Liquiditätsprobleme gibt. Das muss unbedingt verhindert werden.

(Beifall FDP)

Ich bin dem Ministerpräsidenten ausgesprochen dankbar dafür, dass er sehr klare Worte gefunden und gesagt hat, dass die 10 Milliarden € die quasi als Obergrenze in dem Papier stehen, eben keine Obergrenze sein können, sondern dass das, was an Mitteln benötigt und abgerufen wird, auch tatsächlich schnell fließt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich hatte gestern Abend noch anderes zu tun, als dies nachzurechnen, man muss auch sagen, ich hatte nicht die Kapazität, aber die 10 Milliarden € kommen nicht nur mir sehr knapp bemessen vor. Wir werden das sehen.

Schleswig-Holstein hatte in diesem schwierigen Jahr bisher noch die geringsten wirtschaftlichen Einbußen zu verzeichnen, was mit unserem Handel, aber auch mit unserer Wirtschaftsstruktur, vor allem aber mit dem Tourismus zu tun hat. Das wird sich wahrscheinlich in den nächsten Wochen ändern, und das ist natürlich bitter. Wir müssen mehr denn je hart daran arbeiten, dass unsere Gesellschaft nicht auseinanderdriftet. Ein Auseinanderfallen in den Teil der Gesellschaft, der sein Geld jeden Monat automatisch überwiesen bekommt, und in denjenigen Teil, der auf Umsatz angewiesen sind, darf nicht passieren.

(Beifall FDP)

Wir können uns glücklich schätzen, dass unser Land noch solch große wirtschaftlichen Möglichkeiten hat, um Umsätze in diesem Umfang zu erstaten. Es muss aber auch allen klar sein, dass unsere Möglichkeiten endlich sind und dass viele Selbstständige und Unternehmer über keinerlei Rücklagen mehr verfügen. Ich habe es in Gesprächen wahrgenommen: Da wird teilweise sogar das Sparbuch der Kinder in Anspruch genommen. Daran sieht man, wie schwierig das für viele Menschen und Familien mittlerweile ist.

(Beifall FDP)

Es geht auch um unseren gesellschaftlichen Wohlstand insgesamt. Es wird am Ende kaum jemanden geben, den die Verluste, die es geben wird, nicht irgendwie betreffen werden. Wir müssen vor allem an an sich gesunde Unternehmen retten, die unverschuldet in die Krise geraten sind. Das gilt weiter-

hin, und ich halte es für klug, dass man sozusagen die Steuerzahlungen aus dem letzten Jahr verrechnet. Dann trifft man nämlich zielgenau diejenigen, die gesund sind, und nicht diejenigen, die die meisten Anträge stellen.

(Beifall FDP)

Ohne breite Akzeptanz der Maßnahmen und ein gewisses Maß an Eigenverantwortung geht es einfach nicht. Deshalb appelliere ich an alle: Reduzieren Sie Ihre Kontakte so gut es geht. Wer kann, sollte zumindest für einige Wochen wieder ins Homeoffice wechseln, denn viele Ansteckungen entstehen natürlich auch am Arbeitsplatz. Die Wirksamkeit des Abstandhaltens und des Masketragens ist zum Glück mittlerweile nahezu unumstritten. Auch wenn es hier im Haus noch einige andere Menschen gibt, achten wir alle schon mehr als sonst darauf.

Meine Damen und Herren, wo genau ein Großteil der Ansteckungen entsteht, weiß man trotz der großen Anstrengungen der Gesundheitsämter nicht genau. Klar ist aber auch: Es kann trotz der Vorsicht jede und jeden treffen. Man sieht es seinem Gegenüber schließlich nicht an, ob er oder sie infiziert ist.

Wir dürfen jetzt aber nicht nur mit Verboten arbeiten, sondern wir müssen auch andere Maßnahmen ergreifen. Die Gesundheitsämter müssen trotz der ausufernden Zahlen weiter mit Personal und auch mit moderner Technik gestärkt werden. Ehrlich gesagt, Faxgeräte kenne ich nur aus meiner Kindheit, und die Art, wie Behörden teilweise ausgestattet sind, geht einfach nicht mehr. Das muss schnell behoben werden, da müssen moderne Technik und moderne Software her, damit man den Menschen, die dort arbeiten, das Leben leichter macht.

Und wir müssen die Corona-App dringend verbessern. Da gab es zuletzt immerhin Fortschritte, aber auch hier hat vieles leider nicht so funktioniert, wie man es sich vorgestellt hatten. Es muss weiterhin überall Schutzausrüstung geben, und wir müssen das Impfen von besonders gefährdeten Gruppen jetzt vorbereiten, weil der Impfstoff hoffentlich in den nächsten Monaten kommt.

Wir brauchen auch verbesserte Strategien vor allem für ältere Menschen. Schnelltests können da eine große Hilfe sein. Viele Konzepte funktionieren, auch in den Schulen, aber auch dort müssen wir mehr machen. Wir werden gleich noch darüber debattieren, aber ich will sagen: Herr Stegner, Lüftungsanlagen für Räume sollten in der Tat weiter verfolgt werden. Ich sehe es auch so: Bestimmte Schulbuslinien sollten entlastet werden. Wir haben im Land viele Reiseunternehmen, deren Busse jetzt

(Christopher Vogt)

in den Garagen stehen. Wir brauchen auch die deutlich schnellere Umsetzung des Digitalpaktes, damit vor allem ältere Schüler zumindest ein Stück weit zu Hause lernen können. Das müssen wir jetzt dringend machen und dringend weiter verfolgen.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Ich finde auch, alle politisch Verantwortlichen sollten bei der Kommunikation jetzt besonders aufpassen. Ich ärgere mich massiv darüber, wenn davon gesprochen wird, dass jetzt die Zügel oder sogar die Daumenschrauben angezogen werden müssten.

(Beifall FDP)

Was offenbart das für ein gruseliges Staats- und Gesellschaftsbild? Wir haben in unserer Demokratie keine Untertanen, wir haben mündige Bürgerinnen und Bürger, und wir sollten entsprechend kommunizieren.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Die allermeisten Menschen handeln doch nach wie vor sehr diszipliniert. Dort, wo die Regeln missachtet werden, müssen sie natürlich durchgesetzt werden. Was wir alle nicht befördern sollten, und, Herr Dr. Stegner, das sehe ich ganz genauso, ist das Denunziantentum. Das haben wir in unserem Land lange genug gehabt, das sollten wir nicht befördern, sondern strikt unterbinden.

Meine Damen und Herren, auch im privaten Raum werden wir die Treffen auf zehn Personen begrenzen, das haben wir schon am Dienstag verkündet, aber nicht auf zwei Hausstände begrenzt, weil man das nicht kontrollieren kann und auch nicht kontrollieren will. Wenn man mit der Polizei spricht, dann erfährt man: Die wollen das auch nicht. Es wird bei uns keine anlasslosen Kontrollen geben. Die private Wohnung ist in unserem Staat aus guten Gründen besonders geschützt. Das ist auch eine große Lehre aus der Vergangenheit, um es ganz deutlich zu sagen, übrigens mit Blick auf die DDR auch eine aus der jüngeren Vergangenheit. Insofern muss das in der Pandemie so bleiben. Das, was in den letzten Tagen zum Teil geäußert wurde, ist unverantwortlich.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Es ist jetzt in der Tat nicht die Zeit für Partys. Ich habe natürlich großes Verständnis für jüngere Menschen. Ich bin als Familienvater bis März auch nicht mehr so viel auf Partys gewesen, aber ich denke oft

daran, wie es wäre, wenn ich jetzt 16 wäre, oder wie es zu Abiturzeiten wäre. Für junge Menschen ist das eine Herausforderung und eine Belastung, das muss man sehen. Was ich wirklich nicht abkann, ist dieses Generationenbashing, das betrieben wird. Ich kenne auch viele Ältere, die sich unverantwortlich verhalten, und ich muss ganz ehrlich sagen: Generationenbashing war schon immer Unsinn. Insofern sollten wir das auch nicht betreiben und befördern.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird immer stärker betont: Es gibt ein Recht auf Bildung; es gibt das Recht auf Berufs- und Gewerbefreiheit. Es gibt aber auch das Recht auf Freizügigkeit. Die Bewegungsfreiheit wird im Inland nicht mehr grundsätzlich eingeschränkt. Ich muss auch ganz ehrlich sagen: Das hat sich in den vergangenen Monaten nicht bewährt. Ich sage auch sehr selbstkritisch: Wir sollten meines Erachtens auch die Quarantäneregulungen innerhalb Europas beständig überprüfen und vor allem die Grenzen nicht wieder schließen, denn ich glaube, Europa ist kein Schönwetterkontinent. Insofern sollten wir auch in der Krise zusammenstehen, auch innerhalb Europas.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Ich muss auch sagen: Dass die Schleierfahndung im grenznahen Bereich in das Papier aufgenommen wurde, befremdet mich.

(Anhaltender Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

- Beruhigen Sie sich, ich habe nicht mehr so viel Zeit. - Natürlich kann man sagen: Wir haben mit Dänemark einen Nachbarn mit vergleichsweise geringen Fallzahlen im Vergleich zu anderen Bundesländern, die an der Bundesgrenze liegen. Aber ich finde, wir sollten dem Bund sehr deutlich machen, dass dies zumindest bei uns nicht notwendig ist und entsprechend von der Bundespolizei auch nicht umgesetzt werden sollte. Frau Innenministerin, ich würde mir wünschen, dass dies sehr deutlich kommuniziert wird und dass entsprechend gehandelt wird.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Barbara Ostmeier [CDU] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es bleibt für uns dabei: Die soziale Marktwirtschaft, der Rechtsstaat und die Demokratie dürfen

(Christopher Vogt)

auch in der Pandemie keinen nachhaltigen Schaden nehmen. Es gibt zu Recht eine Debatte über eine Parlamentsbeteiligung. Ich finde es absolut richtig, dass man darüber diskutiert, aber auch dies ist etwas, bei dem die Pandemie nur strukturelle Schwächen aufdeckt. In den letzten Jahrzehnten waren die Parlamente insgesamt viel zu wenig selbstbewusst, und unsere Verfassung sieht für die Parlamente eigentlich eine andere Rolle vor, als dies teilweise gelebt wird, um es einmal diplomatisch auszudrücken. Deswegen sage ich: Die Hauptaufgabe des Parlamentes ist die Kontrolle. Das haben wir in Schleswig-Holstein gut gemacht. Debatten und Beschlüsse sollten wir teilweise in Gesetzesform gießen, aber wir brauchen auch weiterhin Verordnungen, damit man schnell handeln kann.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen: Wir haben wenig Vorlaufzeit. Jetzt muss die Abreise von den Inseln organisiert werden. Wir haben zeitliche Begrenzungen und eine Evaluation nach zwei Wochen. Dies muss sehr ernst genommen werden. Die Menschen brauchen jetzt klare Ziele und Perspektiven für die kommenden Monate. Auch andere gesundheitliche Faktoren müssen Beachtung finden. Lassen Sie uns die Nerven bewahren und alle unseren Beitrag leisten. Trotz der Vorbehalte müssen wir daran mitwirken, dass dies gemeinsam ein Erfolg wird.

Bleiben Sie gesund! Vielen Dank, und ich hoffe, dass wir weiterhin konstruktiv miteinander am Erfolg mitwirken. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der AfD-Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [fraktionslos]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dieser Lockdown 2.0 ist eine nationale Zumutung. Dieser Lockdown atmet einen undemokratischen, einen antirechtsstaatlichen Geist.

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos] - Widerspruch von der Regierungsbank)

Herr Günther, man könnte in diesen Tagen gar auf die Idee kommen, es gäbe mittlerweile einen regelrechten Wettbewerb, wer am schnellsten und massivsten die Grundrechte einschränkt. Am Dienstag waren Sie noch der „harte Hund“, der Zusammen-

künfte nur bis zehn Personen zulassen und der Gastronomie eine Sperrstunde verordnen wollte. Gestern war das schon passé; jetzt wird die Gastronomie wieder ganz geschlossen.

Mit Ihren Maßnahmen nehmen Sie erneut das ganze Land in Haftung, und dies, obwohl die Infektionszahlen es in weiten Landesteilen nach wie vor nicht hergeben.

So viel Lockerung wie möglich, so viel Einschränkung wie nötig - wie wir es bereits am 14. April 2020 in unserer Exit-Strategie gefordert haben -: Genau das sollte jetzt für jeden einzelnen Landkreis, für jede Stadt und jede Gemeinde Gültigkeit haben, aber nicht pauschal für das ganze Land.

Herr Günther, nicht die Aufhebung von Corona-Maßnahmen bedarf der Begründung, sondern die Maßnahmen zur Einschränkung der persönlichen Freiheit und der Grundrechte müssen immer wieder aufs Neue überprüft und begründet werden. Mit dem Konzept des sogenannten Wellenbrecher-Lockdowns machen Sie das Gegenteil: Mit dem großen Hammer immer kräftig drauf!

Die Kollateralschäden für die Menschen sind Ihnen offenbar egal. Sie treffen damit Branchen, also Unternehmer und Arbeitnehmer, die unter der Gesamtsituation ohnehin schon besonders leiden und - vor allem - die, die sich in der ganz großen Mehrzahl an die Regeln gehalten haben. Sie treffen abermals die Gastronomie und den Tourismus. Sie treffen die Kunst- und die Kulturszene. Sie treffen die gesamte Veranstaltungsbranche. Sie zerstören mit Ihrer Politik ganze Wirtschaftszweige. Ihre Maßnahmen sind weder zielgerichtet noch verhältnismäßig.

Ihre Maßnahmen sind auch völlig kontraproduktiv. Mit der Schließung der Gastronomie verlagern Sie Zusammenkünfte - Sie selbst befürchten es - in den privaten Raum, wo aber keine Hygienekonzepte gelten und von daher infektiologisch ein deutlich höheres Risiko besteht.

Meine Damen und Herren, wir machen da nicht mit. Wir beantragen deshalb heute mit unserem Alternativantrag „Kein Lockdown 2.0 in Schleswig-Holstein!“, dass sich Schleswig-Holstein nicht an diesem Lockdown beteiligt.

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos])

Wir fordern gerade auch die FDP auf, sich den Stimmen ihrer Bundespartei anzuschließen. Die Kontrolle über so einschneidende Maßnahmen gehört in die Parlamente - mit Beratung und Beschlussfassung hier!

(Jörg Nobis)

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos])

Augenmaß statt Holzhammer - das muss das Motto der Stunde sein. Zielgerichtete, lokale Maßnahmen - ja. Pauschale, landesweite Maßnahmen - nein.

Wie oft wollen Sie zukünftig das Land noch in den Lockdown schicken? Wenn Sie das den Betrieben noch ein- oder zweimal zumuten, dann können Sie sich zukünftige Lockdowns sparen; dann gibt es nämlich keine Restaurants, keine Bars, keine Theater, keine Kinos mehr, die Sie dichtmachen können. Und seien wir ehrlich: Auch die Bundeserstattungen sind die Steuern von morgen.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit aller gebotenen Vorsicht, die diese Situation ohne Zweifel erfordert, allen Bürgern die größtmögliche Freiheit gewähren. Das Grundgesetz vertraut nämlich auf den mündigen Bürger - Herr Vogt hat es gesagt - und auch auf seine Entscheidungskraft.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Jörg Nobis [fraktionslos]:

Wir tun das auch und lehnen daher den pauschalen Lockdown für das ganze Land ab. - Vielen Dank.

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos] -
Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben doch einen geistigen Lockdown!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt namhafte, renommierte Wissenschaftler, die sich gegen die herausragende Gefährlichkeit des Virus ausgesprochen haben. „Infiziert“ bedeutet nicht notwendigerweise „infektiös“. Dafür sprechen leere Intensivstationen und Bestattungsunternehmer, die Corona-Überbrückungshilfe beantragen müssen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Die weitreichenden Eingriffe in das private und wirtschaftliche Leben erscheinen mir nicht ausgewogen und nicht angemessen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich kann diese Eingriffe nicht mit meinem Gewissen als Abgeordnete vereinbaren und werde sie politisch nicht mittragen. - Vielen Dank.

(Zuruf FDP: Das macht uns alle ganz traurig!)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich die Regierungserklärung für - -

(Zuruf)

- Wer? - Entschuldigung! Das habe ich nicht gesehen. Herr Dr. Dolgner, ein Dreiminutenbeitrag bitte.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil ich meine, man darf den Blödsinn, der soeben gesagt worden ist, nicht einfach stehenlassen, weil er die Menschen tatsächlich verwirrt.

Ich weiß, dass Exponentialfunktionen nicht intuitiv erfassbar sind. Deshalb sind ja Schneeballsysteme, Pyramidenspiele und verschiedene Darlehenskonstruktionen - leider - so erfolgreich. Sie können es sich trotzdem klarmachen, indem Sie Ihren Taschenrechner zur Hand nehmen oder die Rechnerfunktion Ihres Smartphones nutzen. Laut DIVI-Report von gestern haben wir 700 Menschen in der Beatmung. Wir können relativ stressfrei ungefähr 7.500 Covidpatienten beatmen; die restliche Kapazität brauchen wir für andere Fälle.

Wir könnten noch 12.500 Betten dazupacken, wobei wir allerdings das Personal nicht hätten und deshalb mindestens doppelt so viele allein an Sepsis sterben würden. Das zeigen uns die Daten aus dem Vereinigten Königreich. Viele sterben durch die entsprechende Sepsis. Blutvergiftung im klinischen Bereich ist ein deutlich unterschätztes Thema.

Wenn ich der Argumentation von Frau von Sayn-Wittgenstein folgte, dann dürfte man die Katastrophe erst dann verhindern, wenn sie eingetreten ist. Wer so etwas fordert, möchte anscheinend versuchen, die Leichen auferstehen zu lassen. Das soll ja bisher nur in einem Fall gelungen sein. Es ist jedenfalls genau das Gegenteil von Prävention. Man kann das dann höchstens bedauern und sich bei den Toten in aller Form dafür entschuldigen, dass man sich geirrt hat. Das ist nicht meine Form von Politik.

(Dr. Kai Dolgner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und vereinzelt CDU)

Machen Sie ein einfaches Experiment - ich schaue zu den Kollegen von der Gruppe der AfD und zur parteilosen Frau von Sayn-Wittgenstein; Sie können das gern nachvollziehen -: Es gibt 700 Intensivbeatmete. Tippen Sie also 1,07 hoch 35 ein.

(Zuruf FDP: Was ist „1,07“?)

- Das ist die 7-prozentige Steigerung der Bettenbelegung, die wir zurzeit täglich verzeichnen.

Das Ganze nehmen Sie dann mal 700. Wenn Sie das nachvollzogen haben, kommen Sie auf 7.500. Bei dem derzeitigen Anstieg - gestern lag er übrigens nicht bei 7 %, sondern bei 10 % - hätten wir nach 35 Tagen keine Kapazitäten mehr, die Menschen optimal zu behandeln.

(Zuruf SPD: Genau!)

Wenn Sie das Gleiche mit 50 machen, also von 50 Tagen ausgehen, landen Sie pünktlich vor Weihnachten bei 20.000. Das ist ein exponentieller Anstieg. Dieser ist statistisch eindeutig belegt. Die Korrelation ist hoch, weil wir inzwischen 20 Werte haben, die das belegen. Deshalb stellt sich die genteilige Frage nicht.

Zum Glück gibt es Menschen, die das erkennen. Dazu gehört Frau Merkel. Schließlich hat sie sich in ihrer Promotion mit dynamischen Prozessen beschäftigt, wofür man sowohl Statistik als auch Quantenmechanik braucht; das kann ich sehr gut nachvollziehen. Deshalb ist vollkommen klar, warum sie Alarm schlug, nachdem sie das gesehen hatte. Deshalb ist es auch vollkommen klar, dass sie auf das Bettenregister als Hauptargument gegangen ist. Das ist ein hartes Faktum. Das hat überhaupt nichts mit irgendwelchen geglaubten Gefälligkeiten von Virologen zu tun. Die Menschen liegen dort, weil sie beatmet werden müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, danke. - Wer weiß, wie schwer die klinische Entscheidung ist, jemanden zu intubieren, der weiß, dass das nicht aus Spaß an der Freude geschieht oder um irgendeiner Verschwörungstheorie Genüge zu tun.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter - -

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil mich einiges im Lauf der Debatte etwas irritiert hat, möchte ich kurz etwas dazu sagen.

Ich halte die bundeseinheitliche Regelung für richtig. Ich halte es auch für richtig, dass wir ein einheitliches Regelwerk versuchen. Denn es ist doch klar, dass das Virus vor Landesgrenzen nicht haltmachen wird. Und ich finde, wir sollten die Chance nutzen, in vier Wochen zu bremsen oder möglicherweise gar die Bremsung zu schaffen. Weniger Kontakte, mehr Abstand, was für manchen in dieser Gesellschaft durchaus nicht selbstverständlich ist, frische Luft, Händewaschen oder, Herr Kollege Stegner, wie Sie es gesagt haben, Rücksichtnahme, Umsicht und Einsicht, das alles ist wahrlich nicht zu viel verlangt von unseren Bürgerinnen und Bürger, von unserer Gesellschaft.

Was wir darüber hinaus noch machen müssen, darüber kann man anhand von einzelnen Punkten sicherlich streiten. Aber wenn wir uns schon von einer Linie verabschieden, bevor wir es versucht haben, dann machen wir nach meiner Überzeugung einen Fehler.

Wir müssen alles tun, damit wir unser Gesundheitssystem nicht auf eine volle Belastungsprobe stellen. Eine normale Belastungsprobe ist für unser Gesundheitssystem schon ganz schwer. Aber jetzt geht es darum, unser Gesundheitssystem vor einer absoluten Belastung oder gar noch darüber hinaus zu schützen.

Ich möchte nur zwei Aussagen besonders herausheben. Ich finde es gut, dass Sie gesagt haben, dass wir die Vereinsamung in jedem Fall vermeiden müssen. Ich möchte auch darum bitten, alles zu tun, damit wir zu 100 % genug Schutzkleidung haben, falls die Lage noch schwieriger werden sollte. Das

(Werner Kalinka)

war ein weiterer zentraler Punkt, der damals als das größte Problem angesehen worden ist.

Ich gehöre zu denen, die eines intern schon mehrfach klar gesagt haben, und auch jetzt sage ich es deutlich: Ich finde, dass der Grad der Abwägung von Verhältnismäßigkeit und Grundrechten, Gott sei Dank, in den letzten Wochen zugenommen hat und inzwischen eine vernünftige Gewichtung bekommt. Das hatte ich zuvor ein Stück weit vermisst. Dieses möchte ich hier als eine erfreuliche Entwicklung einmal hervorgehoben haben.

Ein letzter Punkt: Natürlich ist das Parlament zentraler Ort von Entscheidungen. Ich will nicht wiederholen, was wir im Juni 2020 diskutiert haben, was wir alle in den Ausschüssen bereits seit März 2020 beraten, diskutiert und begleitet haben. Es trifft einfach nicht zu, dass das nicht geschehen sei. Ich möchte sowohl dem Herrn Ministerpräsidenten als auch dem Herrn Oppositionsführer ausdrücklich dafür danken, dass beide betont haben, dass an dem Prozess auch das Parlament verantwortlich beteiligt ist.

Ich schlage vor, dass wir die Mitte der vor uns liegenden vier Wochen dazu nutzen, uns von der Regierung darüber informieren zu lassen, wie sich die Sachlage dann darstellt, auch bundesweit, Ursachen, alles. Ohne zu wissen, was noch kommen würde, hatten wir im Ausschuss bereits am Donnerstag mit den ersten Überlegungen begonnen. Wenn wir nach zwei Wochen einen Zwischenbericht bekommen, dann können wir auch als Parlament sagen, was aus unserer Sicht an weiteren Entscheidungen getroffen werden muss. Ich glaube, das wäre ein hilfreiches Vorgehen für die nächsten vier Wochen. Dieses wollte ich Ihnen gern vorschlagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Ich glaube, jetzt habe ich keine Wortmeldung mehr übersehen. - Das scheint der Fall zu sein. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet.

Nach Verständigung im Ältestenrat erfolgt die Abstimmung zu b), „Für Schleswig-Holstein - In der Krise halten wir zusammen!“, Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 19/2492 und zum Alternativantrag des Abgeordneten Jörg Nobis und der Abgeordneten der AfD

in der Drucksache 19/2534, morgen im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Nach Verständigung unter den Parlamentarischen Geschäftsführern erfolgt auch die Abstimmung zu c), „Corona-Pandemie wirksam eindämmen“, Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in der Drucksache 19/2506, zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 31 und 33 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bericht zur Lage an den Schulen im Corona-Herbst

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2486

b) Pädagogische Bewältigung des Corona-Winters

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2488

Wie ich sehe, wird das Wort zur Begründung nicht gewünscht.

Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Berichterstattung zu a) erteile ich dann für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt ist die Stunde gekommen, in der wir zeigen müssen, dass es uns ernst ist mit der Aussage, dass Bildung Priorität hat, dass es eben keine Sonntagsreden waren, sondern dass es wirklich darum geht, die Schulen so lange wie möglich offen zu halten.

Jeder Tag, an dem unsere Schulen Präsenzunterricht für möglichst viele Schülerinnen und Schüler leisten, ist ein guter Tag. Ich will das auch begründen: Es ist ein guter Tag für unsere Schülerinnen und Schüler und für ihre Familien, und es ist ein guter Tag für die Bekämpfung der Pandemie. Denn die Daten, die wir, aber auch alle anderen Bundesländer inzwischen haben, auch die Bundesländer, die ein

(Ministerin Karin Prien)

deutlich höheres Infektionsgeschehen haben, zeigen, dass der Anteil der Infizierten innerhalb von Schulen signifikant niedriger ist als der Anteil der Infizierten außerhalb der Schulen. Vor allem aber - das ist noch viel wichtiger -: Die Ansteckung erfolgt deutlich seltener an Schulen als außerhalb von Schulen. Deshalb bleibe ich dabei: Schulen sind ein verhältnismäßig sicherer Ort.

An Schulen, meine Damen und Herren, gelingt übrigens auch die Nachverfolgung der Infektionsketten besser als außerhalb von Schulen. Auch das ist ein Beleg dafür, dass an den Schulen vorbildlich dokumentiert wird, dass die Hygieneregeln konsequent eingehalten werden. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Schulleitungen und bei den Lehrkräften ausdrücklich bedanken.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dieser positive Befund gilt übrigens insbesondere für unsere Grundschulen, die in einem deutlich geringeren Maße als die weiterführenden Schulen von Infektionen an Schulen betroffen sind. Nur 18 % der Beeinträchtigungen an Schulen - damit meine ich, dass einzelne Kohorten oft einen oder zwei Tage wegen Verdachtsfällen oder auch einmal wegen eines positiven Falles nach Hause geschickt werden müssen - betreffen Grundschulen, obwohl 50 % unserer Schulen Grundschulen sind.

Aber, meine Damen und Herren, das heißt natürlich nicht, dass wir das Infektionsgeschehen an den Schulen nicht sehr genau und Tag für Tag beobachten müssen. Das tun wir in sehr enger Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden, den Gesundheitsämtern und den Schulämtern. Wir werden natürlich auch diese Zahlen, von denen ich Ihnen jetzt berichtet habe, zusammen mit anderen Bundesländern noch einmal einer wissenschaftlichen Studie unterziehen. Wir haben gerade heute Morgen in der KMK entschieden, dass wir das so tun wollen.

Aber schon jetzt können wir sagen - das war ja die Frage, und diese Frage wurde zu Recht auch öffentlich diskutiert -: Der Corona-Regelbetrieb in Kohorten hat sich bewährt, meine Damen und Herren. Wir machen das in Schleswig-Holstein nun seit Anfang Juni 2020 und das hat sich bewährt. Darüber hinaus bieten die Kohorten an Schulen gerade in den Jahrgängen 1 bis 6 eine Sicherheit, die insbesondere im privaten Bereich bei Treffen von Schülerinnen und Schülern eben nicht gewährleistet werden kann.

Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen gerade in dieser schwierigen Situation, gerade auch - der

Herr Oppositionsführer hat es angesprochen - im kommenden Herbst und Winter, die Normalität des Schulalltags. Sie brauchen das soziale Miteinander, und sie brauchen ihre Freundinnen und Freunde zumindest an den Vormittagen und den ganzen Tag über an den Schulen.

Wir müssen auch die psychosozialen Auswirkungen dieser Krise, gerade mit Blick auf die junge Generation, mit bedenken und immer im Blick haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich will nicht zu pathetisch werden, aber Kinder und Jugendliche sind im März 2020 über Nacht zu Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eines Ausnahmezustands geworden. Nicht in allen Familien können Eltern ihre Kinder in dieser Situation emotional auffangen. Vor allem diese Kinder brauchen die Präsenz in Schulen.

Wir müssen jetzt in der kritischen Pandemiephase den Empfehlungen aller großen Forschungsgesellschaften nach noch in dieser Woche entsprechend weitere Schutzmaßnahmen treffen. Denn auch die Schulen sind sich ihrer Verantwortung gerade in den nächsten Wochen sehr bewusst und tragen ihren Teil zu den gesellschaftlichen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung bei. Wir werden deshalb an weiterführenden Schulen die Maskenpflicht für die nächsten Wochen konsequent fortsetzen. Sie wird uns helfen, unsere Schulen bestmöglich zu schützen und den Präsenzunterricht für alle Schülerinnen und Schüler solange wie möglich zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, ich bin selbst Mutter, und das prägt auch mein politisches Handeln. Deshalb fällt es mir schwer, und es ist mir schwergefallen, über die Frage der Maskenpflicht an Grundschulen zu entscheiden. Wir müssen hier besonders sorgsam zwischen dem Gesundheitsschutz und dem, was wir gerade den jüngeren Kindern abverlangen können, abwägen. Wir haben aber nach dieser Abwägung und in enger Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden entschieden, dass wir befristet und erst ab einer Inzidenz von 50 auch für Grundschüler eine Maskenpflicht im Unterricht anordnen werden. Wir werden diese Maßnahme besonders eng überwachen und überprüfen. Weitere Ausnahmeregelungen haben wir vorgesehen. Auch hier gilt, meine Damen und Herren, diese Maßnahme ist im Verhältnis immer noch das mildere Mittel im Vergleich zu Schulschließungen oder anderen Maßnahmen, an die man in diesem Zusammenhang denken könnte.

(Ministerin Karin Prien)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit dieser Maskenpflicht, aber auch mit unserem Hygieneprogramm schützen wir die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und - das möchte ich betonen - von Lehrkräften. Die Landesregierung stellt den Schulträgern einen Betrag von knapp 15 Millionen € zur Verfügung. Die Anträge werden inzwischen umfangreich gestellt. Gegenstand der Antragstellung sind in erster Linie Maßnahmen, die ganz konkret über die Beschaffung die Lehrkräfte schützen.

Meine Damen und Herren, wir alle, auch die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern, haben es selbst in der Hand, den schulischen Alltag solange wie möglich zu schützen. Das bedeutet aber auch, und das will ich an dieser Stelle heute deutlich sagen: Es geht jetzt unter anderem darum, Freizeitaktivitäten einzuschränken. Ich appelliere an alle Schülerinnen und Schüler, an ihre Familien, an Schulleitungen und Lehrkräfte: Bitte vermeiden auch Sie in den nächsten Wochen jeden verzichtbaren Kontakt, der über den Schulbetrieb hinausgeht.

Wie schon im Rahmenkonzept vorgesehen, das wir Ende Juni 2020 veröffentlicht haben, bereiten sich die Schulen intensiv darauf vor, auch bei einem massiven Anstieg der Infektionszahlen punktuell und regional in das Distanzlernen oder in ein Wechselmodell zu gehen. Auch deshalb treiben wir - und darüber haben wir im Bildungsausschuss gesprochen - intensiv auf allen Feldern den Ausbau der Digitalisierung mit aller Macht, mir sehr viel Geld und sehr viel zusätzlichen Ressourcen voran.

Bei einer Befragung des Ministeriums an 380 repräsentativ ausgewählten Schulen, die allerdings auch schon aus Mitte September 2020 stammt - Sie wissen, dass in ein paar Wochen momentan sehr viel passiert -, haben drei Viertel aller befragten Schulen schon erklärt, dass sie verbindliche Kommunikationswege vereinbart haben. Zwei Drittel aller Befragten haben dazu digitale Kommunikationswege vorbereitet und wollen diese im Präsenzunterricht erproben oder haben sie bereits erprobt. Mehr als die Hälfte der befragten Schulen verfügt bereits über Absprachen zur Bewertung von Unterrichtsbeiträgen in der Distanz. Das ist der Stand von Mitte September, und da hat sich inzwischen viel getan. Unsere Schulaufsichten, die wir gerade zu diesem Zweck verstärkt haben, sind seitdem hinterher, dass die Personen, die sich mit diesen Fragen schwerer tun, in den Stand versetzt werden, diese Leistungen dann zu erbringen, wenn sie gebraucht werden.

Dafür, meine Damen und Herren, stellen wir ihnen die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung. Es geht darum, die Schulen überall dort, wo sie es in dieser Pandemie brauchen, zu unterstützen, damit sie auch die Mehrarbeit, die sie jetzt leisten müssen - und an den Schulen wird sehr viel mehr gearbeitet - leisten können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beate Raudies [SPD])

Es geht nicht nur darum, fehlende Lehrkräfte zu ersetzen, auch wenn das Ganze über das Vertretungsbudget abgerechnet wird. Es geht darum, dass Schulen Konzepte besser erarbeiten können, dass es besser koordiniert werden kann. Es geht darum, dass es Entlastungen bei den Pausenaufsichten oder im Klassenraum gibt. In all diesen Situationen können unsere Mittel eingesetzt werden, und die Schulen machen davon erfreulicherweise inzwischen umfangreich Gebrauch.

Lassen Sie mich angesichts der Antragslage, die wir heute haben, einen Satz deutlich sagen: Der Spielraum, den wir Schulen und Lehrkräften damit verschaffen, ist von großer Bedeutung für die pädagogische Bewältigung der Pandemie, und das nicht nur im Winter. Denn, und das betone ich, Lehrkräfte gestalten den Unterricht nach dem Schulgesetz in eigener pädagogischer Verantwortung.

Sie brauchen kein Ministerium, das ihnen haarklein vorschreibt, welche Unterrichtsthemen sie an welchem Tag zu behandeln haben oder etwa pädagogische Vorgaben zur Einführung von Tages- und Wochenplänen macht.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Im Übrigen darf ich zu diesem Thema betonen: Gerade Tages- und Wochenpläne helfen eben nicht denjenigen, die besonders intensive Unterstützung brauchen, denn gerade die kommen damit nicht gut zurecht.

Lehrkräfte, meine Damen und Herren, sind akademisch gut ausgebildete Expertinnen und Experten, die eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit eigenverantwortlich durchführen. Das ist uns allen eingängig mit Blick auf die Schulschließung bewusst geworden.

Die Schulleitungen haben sich hier als hochprofessionelle Managerinnen und Manager in der Krise bewiesen.

Ich möchte den Eltern noch eine Botschaft mitgeben. Liebe Eltern, Ihre Rolle ist im Augenblick in

(Ministerin Karin Prien)

erster Linie, die Schülerinnen und Schüler emotional aufzufangen. Das ist das, was sie am allermeisten brauchen. Unsere Lehrkräfte übernehmen den Teil der schulischen Bildung, und das können sie gut. Darauf sind sie gut vorbereitet, auch in der Pandemie. Sie machen eine hervorragende Arbeit für unsere Schülerinnen und Schüler und für unsere Gesellschaft insgesamt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 5,5 Minuten verlängert. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Ministerin Prien, für Ihren Bericht. Wir hatten alle gehofft, dass unsere Schulen nach dem Coronafrühjahr wieder dauerhaft in den Normalbetrieb zurückkehren können. Aber die wenigsten von uns werden das tatsächlich erwartet haben. Es zeigte sich: Nach dem Virus ist vor dem Virus. Es war ein bisschen absehbar, dass mit der kalten Jahreszeit die zweite Coronawelle kommen würde. Nun ist sie da, und vieles spricht dafür, dass es schwieriger wird, als es im Frühjahr der Fall war, weil Covid-19 jetzt zusätzlich auf die turnusmäßige Erkältungs- und Grippezeit stößt.

Diese Pandemie wird mit vielen schwierigen Entscheidungen verbunden sein. Ich will einmal ausdrücklich sagen, Frau Ministerin, in der Frage der Maskenpflicht, wie Sie sie jetzt behandeln, haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Wir wissen, dass das zu schwierigen Diskussionen vor Ort führt. Es gibt in der Mittelstufe Schülerinnen mit Kreislaufproblemen, die Schwierigkeiten haben, eine Maske den ganzen Tag zu tragen. Es gibt in der Grundschule entsprechende Schwierigkeiten und, und, und. Das wussten wir, aber umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, dass die grundsätzliche Entscheidung zur Maskenpflicht eben nicht an jeder einzelnen Schule ausgekämpft werden muss, sondern dass wir beziehungsweise Sie diese Entscheidung treffen.

Viele unserer Fraktionsmitglieder haben in der Woche vor den Herbstferien Gespräche an unterschied-

lichen Schulen geführt. Unser erfreulicher Gesamteindruck ist: Viele Schulen haben in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht. Mit der technischen Ausstattung sind wir dank Bundeshilfe ein großes Stück vorwärtsgekommen, sodass die meisten Schulen auf einen zweiten Lockdown oder auf einzelne Schließungen, die mutmaßlich erforderlich werden, besser vorbereitet wären als es beim ersten Mal der Fall war. Aber selbst bei der Umfrage des Ministeriums fühlt sich ein Drittel der Schulen nicht gut vorbereitet. Natürlich gewichtet man immer anders. Sie sagen, 70 % der Schulen seien gut vorbereitet. Die Opposition sagt, 30 % der Schulen sind offenkundig nicht gut vorbereitet. 30 % sind auch ganz schön viel, aber bei der GEW-Umfrage sieht es noch ganz anders aus. Dort sagt mehr als die Hälfte aller Lehrkräfte, dass sie den Eindruck haben, dass die Vorbereitungen nicht gut sind.

Ich will ein paar der häufiger genannten Probleme benennen:

Die letzten Schulen in Schleswig-Holstein werden entgegen ursprünglicher Planungen erst in der nächsten Legislaturperiode an das Glasfasernetz angeschlossen. Die Umsetzung der Lernplattform „itslearning“ gestaltet sich schwierig. Wir hören im Bildungsausschuss, dass bis zu 100 Schulen pro Woche angeschlossen werden können. Wir hören aber vor Ort von manchen Schulen, dass sie ihren Antrag zurückgezogen haben, dass sie doch auf IServ umgeschwenkt sind und dass 100 pro Woche mehr eine Brunswiker-Straße-Zahl ist als eine, die man in Schleswig-Holstein insgesamt spürt.

Die Schulen trainieren nicht ausreichend den Wechsel zwischen Präsenzunterricht und Homelearning, jedenfalls nicht alle Schulen. Wenn ich das richtig sehe, werde ich heute der einzige Redner sein, der Tages- und Wochenpläne mit Schülerinnen und Schülern auch in der Praxis eingesetzt hat.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Nee! Niemals!)

- Ach, Herr Brodehl spricht auch noch. - Ich werde der einzige Redner, der eine Fraktion vertritt, sein, der diese einmal eingesetzt hat. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, dass diese Pläne für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf ganz sicher nur dann funktionieren, wenn man das eintrainiert und eingeübt hat und wenn man nicht im Ernstfall erstmals darauf zurückgreifen muss.

Die Kriterien, nach denen die Mittel für digitale Endgeräte verteilt werden, sind nicht immer transparent. Das war Teil der Fragen. Darauf fehlte mir

(Martin Habersaat)

die Antwort. Landen die Geräte tatsächlich bei den bedürftigen Schülerinnen und Schülern? Ich habe ein wenig den Verdacht, dass die Mittel für diese Geräte, für Endgeräte, nach Schülerzahlen über das ganze Land verteilt worden sind und dabei nicht berücksichtigt wird, dass vielleicht in Heikendorf ganz viele Schülerinnen und Schüler von Haus aus so ein Gerät haben, die am Kieler Ostufer möglicherweise aber nicht und man da eventuell anders hätte steuern müssen. Nach welchen Kriterien verteilen die Schulen? Was wurde ihnen an die Hand gegeben? Aus meiner Sicht sind noch einige Fragen offen. Vielleicht klärt sich einiges auch dadurch, dass wir morgen beschließen werden, zusätzliches Geld für digitale Endgeräte zur Verfügung zu stellen, und dass die Frage, wer bekommt was zuerst, nicht mehr so dringend ist. Falls sie dringend bliebe, müsste man aus meiner Sicht die Prioritäten klären.

Die Faceshields möchte ich der Vollständigkeit halber erwähnen, weil es schon ein wenig merkwürdig ist, dass sie lange angekündigt wurden und erst zu einem Zeitpunkt an die Schulen ausgeliefert wurden, als die Landesregierung sie in anderen Bereichen explizit nicht mehr getragen sehen wollte.

Luftfilteranlagen wären sicher für viele Schulen die beste Lösung, sie sind aber teuer und möglicherweise auch nicht in kurzer Zeit in großer Stückzahl zu haben. Aber auch da müssten wir klären: Wie viele bräuchten wir, und wo bräuchten wir die? Wollen, müssen wir den Schulträgern helfen? Natürlich gibt es Schulträger, die schon längst bestellt haben, aber es gibt andere Schulträger, die werden das nicht finanzieren können, so, wie auch Schulen sehr unterschiedlich damit umgehen. Es gibt Schulen, die haben von sich aus ihrem Schulträger ein Konzept mit einem Kostenvoranschlag vom Anbieter vorgelegt und gesagt: Hier, für diese Räume brauchen wir das, das kostet so und so viel, und der Schulausschuss kann beschließen. Und es gibt andere Schulen, die warten auf Hilfe - woher auch immer.

Die Regierungsmehrheit hat unsere Initiative zur Frage der Schulbusse brüsk abgelehnt, war aber nicht in der Lage, etwas Besseres zu präsentieren. Ich habe mich heute gefreut, bei der FDP Bewegung in dieser Frage wahrzunehmen. Vielleicht lohnt es sich, das Thema noch einmal aufzugreifen, zumal es nach den gestrigen Beschlüssen für das Transportgewerbe in Schleswig-Holstein in den kommenden Monaten nicht besser werden wird.

Ein neuer Lockdown oder einzelne Schulschließungen dürfen nicht dazu führen, dass sich die Chan-

cenungerechtigkeiten in der Schule noch weiter verstärken. Wir schlagen deshalb ein Maßnahmenpaket vor, mit dem die Belastungen des Coronawinters - und ja, auch des kommenden Coronafrühlings - pädagogisch abgemildert werden können, und das den Vorzug hat, nicht einmal besonders teuer zu sein.

Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler durch Benotungen dafür belohnt oder bestraft werden, ob sie zu Hause leistungsfähige Endgeräte, einen leistungsfähigen WLAN-Zugang oder auch nur vernünftige Arbeitsbedingungen wie einen Schreibtisch in einem eigenen Zimmer vorfinden. Ich bin sehr gespannt zu erfahren, wie denn die Absprachen an den einzelnen Schulen jetzt aussehen und wie groß die Spannbreite der Entscheidungen der Schulen im Land ist.

Aus unserer Sicht ist es wichtiger denn je, das starre System der Ziffernnoten durch Lernstandsberichte zu ergänzen, die auf coronabedingte Probleme eingehen können und die auch individuelle Rückmeldungen geben, an welchen Stellen und warum und wie verbessert werden kann. Mit einer einfachen Vier oder einer einfachen Zwei ist nicht gesagt, was am besten begonnen werden soll.

Wir brauchen auch in der Krise Vergleichsarbeiten, um zu diagnostizieren, wo Schulen oder Regionen stehen und wie es mit unterschiedlichen Belastungen im Land aussieht.

Wir dürfen aus unserer Sicht nicht davor zurückschrecken, die Fülle der Inhalte in den einzelnen Schulfächern zentral zu diskutieren. Natürlich kann jede Schule, kann jede Lehrkraft sich den Rahmenplan anschauen und überlegen, was wo gestrichen wird. Aber das ist eine Arbeit, die tausendfach im Land parallel gemacht würde. Dabei kann es eventuell hilfreiche Empfehlungen geben, um diese Arbeit Vielen zu ersparen.

Wir sollten die Möglichkeit schaffen, Eltern zu unterstützen und zu beraten, wenn sie mit ihren Kindern wieder vor die Situation gestellt werden, ihnen zu Hause beim Lernen helfen zu müssen. Das können ganz einfache Tutorials im Internet sein - einzelne Schulen haben das, das kann man sicherlich leicht zentral zur Verfügung stellen. Das ist ganz wichtig, denn viele Eltern neigen dazu, wenn es mit den Hausaufgaben und dem Lernen nicht so gut läuft, mit mehr Druck und mehr Kontrolle zu reagieren. Das führt allerdings in den seltensten Fällen dazu, dass es hinterher mit dem Arbeiten zu Hause besser läuft. Dafür gibt es ein paar einfache

(Martin Habersaat)

Kniffe, die man den Eltern sicher zur Verfügung stellen kann.

Meine Damen und Herren, unser Katalog erhebt nicht den Anspruch, vollständig zu sein. Wir fanden es wichtig, das Thema hier zu diskutieren. Wir finden es wichtig, Ihre Vorschläge dazu zu hören und würden uns freuen, im Ausschuss darüber weiter zu sprechen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat es in der Regierungserklärung gesagt: „Wir sind in einer ernsten Lage!“

Allerdings ist mir am Anfang wichtig zu betonen: Trotzdem ist Schule ein sicherer Ort, auch in Zeiten von Corona. 362.000 Schülerinnen und Schüler an 792 Schulen gibt es in Schleswig-Holstein, also eine wahnsinnig große Anzahl. Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem so viele Menschen regelmäßig zusammenkommen und so wenig Coronainfektionen festgestellt werden können. Ähnliches gilt für die Kindertagesstätten. Deshalb ist es auch im Sinne des Gesundheitsschutzes ein richtiger Ansatz - es ist heute auch schon gesagt worden - und ein gemeinsames politisches Ziel, dass Schulen und Kindergärten geöffnet bleiben.

(Beifall CDU)

Erstens hilft uns das beim Gesundheitsschutz. Zum einen stecken sich hier Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche seltener an. Zum anderen können wir an kaum einem anderen Ort Infektionsketten so gut nachvollziehen, wie das an Schulen der Fall ist. Wir wissen mit Namen und Adressen, wer die Klassen besucht, und durch das Kohortenprinzip können wir auch gut nachvollziehen, wer mit wem Kontakt hat. Das erleichtert die Arbeit der Gesundheitsämter auch sehr, wenn es darum geht, Infektionsketten nachzuvollziehen.

Zweitens geht es aber auch darum, dass Schule als Bildungsort und Ort von sozialen Begegnungen erhalten bleibt. Wir erinnern uns an den Moment, als Anfang des Jahres Schulen schließen mussten. Es wurde uns vor Augen geführt, wie vielfältig die

Aufgaben und Funktionen von Schulen für Kinder und Jugendliche sind. Ich nenne nur das Stichwort „Chancengerechtigkeit“ in Sachen von Bildung. Das muss uns auch in dieser Frage bewegen.

Den Gesundheitsschutz nehmen die Schulen, die Schulaufsicht und das Bildungsministerium sehr ernst. Der Corona-Reaktionsplan, der Schnupfenplan, Anordnungen zum Lüften, die Maskenpflicht und viele weitere Regelungen und Empfehlungen zum Gesundheitsschutz sind auf den Weg gebracht worden. Und ja, das ist heute auch schon gesagt worden, wir müssen diese Regelungen immer und immer wieder neu bewerten und unsere Maßnahmen anpassen. Das gilt natürlich auch für solche Bereiche wie die Schülerbeförderung. Aber ich glaube, wir haben ein Maßnahmenpaket, das auch - besprochen mit Experten - auf die Situation immer und immer wieder reagiert.

Mein Eindruck ist, dass die Schulen viel besser mit der neuen Realität zurechtkommen, als manch eine politische Debatte auch hier im Haus es vermuten lässt. Das gilt noch mehr für die Schülerinnen und Schüler. Das verdient unsere ausdrückliche Unterstützung und unser Lob.

Kollege Habersaat, ich habe Ihre Rede in vielen Punkten für sehr gut befunden, gerade auch Ihr Bekenntnis zur Maskenpflicht. Gemeinsamkeit in diesen Fragen hilft, schwierige Maßnahmen durchzusetzen. Dafür herzlichen Dank!

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ja, die SPD hat natürlich recht, dass wir uns auch auf den Fall vorbereiten müssen, sollte es wieder zu Schulschließungen kommen. Aber das haben wir getan. Wir haben Pläne für hybrides und Distanzlernen auf den Weg gebracht. Im Reaktionsplan haben wir auch festgehalten, wann welche Unterrichtsformen greifen sollen, und das auch mit technischen und personellen Beschaffungen und Investitionen hinterlegt. Ein Teil ist gerade genannt worden; die Ministerin hat ausführlich dazu berichtet.

Das Bildungsministerium wertet gerade eine Umfrage zur Umsetzung des Corona-Rahmenkonzepts an den Schulen aus. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass wir im Großen und Ganzen gut vorbereitet sind. Aber wenn wir den Schulen wirklich helfen wollen, müssen wir uns als Erstes die Ergebnisse anschauen und die Umfrage auswerten. Danach haben wir eine fakten gesättigte Grundlage, um über Maßnahmen und Hilfen zu sprechen. Auch ich glaube - die Ministerin hat es gesagt -, dass eine sehr detaillierte und einengende Form der Vorgaben

(Tobias von der Heide)

für Schule an diesem Punkt nicht helfen kann, sondern es klug ist, den Schulen viel Freiraum zu geben, kluge Lösungen für diese Unterrichtsformen zu finden.

Gerade die Digitalisierung von Bildung ist jetzt im Fokus. Hier liegt eine große Chance in dieser Krise, von der wir auch nach Corona - das ist uns allen klar - gewaltig profitieren können. Dabei finde ich aber auch wichtig, einmal ein paar ehrliche Worte loszuwerden: Ich glaube, es ist nicht realistisch, wenn wir Tausende von Endgeräten anschaffen, dass die innerhalb ganz kurzer Zeit und weniger Tage in den Schulen eingerichtet und funktionsfähig sind. Das kann nicht funktionieren, zumal auch die Beschaffung von mehreren Tausend Endgeräten eine große Herausforderung ist.

Wenn wir für eine Schule ein Lernmanagementsystem einrichten, bedeutet das noch nicht, dass Kollegien und Klassen das sofort in ihre Arbeit integriert haben. Die Art und Weise, wie die Schulen damit arbeiten, braucht Zeit, das ist nicht banal. Oft ist es sogar klug, sich für diese Prozesse Zeit zu nehmen, weil die Lösungen am Ende dann viel besser sind.

Ich will an dieser Stelle in Richtung Opposition darauf hinweisen, dass die Digitalisierung von Bildung nicht erst mit der Pandemie angefangen hat. Man hätte viele Maßnahmen deutlich früher als in den vergangenen drei Jahren auf den Weg bringen können, und es gibt auch Themen, bei denen man sagen muss: Wir hätten das früher tun müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Am Geld hapert es im Moment nicht. Wir haben verschiedene Programme auf den Weg gebracht, die eine ganz neue Dynamik in das Thema Digitalisierung von Bildung bringen. Ich will die Liste einmal vorlesen: der klassische Digitalpakt mit 170 Millionen € Sofortausstattungsprogramm von Bund und Ländern mit 18,7 Millionen € Landesprogramm zur Förderung des digitalen Lernens an Schulen mit 15 Millionen € Verwaltungsvereinbarung zum Thema Administration der Schul-IT mit 17 Millionen € 2 Millionen € für pädagogische Begleitung der Digitalisierung und die Entwicklung schulspezifischer Lösungen, und wir sind auch dabei, ein Programm zur Ausstattung von Lehrkräften mit digitalen Endgeräten zu diskutieren.

Wenn man sich anguckt, was für ein breites Spektrum an Maßnahmen es gibt und wieviel Geld zur Verfügung gestellt wird, ist für die Digitalisierung aus Haushaltsgebersicht wirklich sehr viel getan worden. Es ist ordentlich Dampf auf dem Kessel

bei diesem Thema. Ich finde es richtig, dass die Bildungsministerin wegen dieser Entwicklung einen eigenen Arbeitsstab eingerichtet hat, der das kontrolliert und sortiert.

Es wird - das sage ich in Richtung aller, die auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen - nur zusammen gehen, wenn Kommunen, Schulträger, Land und Bund gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Ich will heute einmal darauf verzichten, Beispiele aus Kiel zu nennen, auch wenn ich es könnte. Es geht um eine gemeinsame Aufgabe, die wir beim Thema Digitalisierung an Schule stemmen müssen. Ich würde mich freuen, wenn alle daran mitwirken.

Die Zeiten sind ernst, aber wir haben einen Plan, wie wir mit der Lage in den Schulen umgehen. Ich möchte, dass Schule weiter ein sicherer Ort ist. Dafür haben wir schon viel getan. Mit der Unterstützung aller wird das so weitergehen. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben.

(Unruhe)

- Bevor wir weitermachen, möchte ich Sie bitten, Ihre Gespräche nach draußen zu verlagern, weil es hier sehr unruhig ist. Danke.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe heute die Ehre, meine erkrankte Kollegin Ines Strehlau, die ich von hier aus herzlich grüße, zu vertreten.

Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich finde es wichtig, dass wir in diesen Zeiten, die für Schülerinnen und Schüler extrem schwierig sind, auch für Lehrerinnen und Lehrer und alle, die an Schule beteiligt sind, immer wieder deutlich machen, dass wir als Parlament die Situation im Auge haben und uns vorstellen können, dass die Situation schwierig ist. Deshalb auch von mir an dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle, die es ermöglichen, dass Kinder wieder und immer noch in der Schule sein können!

Den Schulen gelingt es gut, den Regelunterricht unter Coronabedingungen zu gewährleisten. Sie haben

(Eka von Kalben)

gute Hygienekonzepte erstellt und das Kohortenprinzip umgesetzt. Das war eine Menge Arbeit, und das ist es immer noch. Es ist nicht selbstverständlich, zum Teil viele Überstunden zu machen, um das Lernen auf Distanz vorzubereiten und durchzuführen und gleichzeitig den Unterrichtsalltag in Präsenz zu gestalten.

Zum Glück sind die Infektionszahlen an den Schulen bis jetzt gering; keine Schule hat sich zum Hotspot entwickelt. Deshalb und aufgrund der vielen negativen Erfahrungen aus dem sogenannten Lockdown im April 2020 finden wir es richtig und wichtig, die Schulen wie auch die Kitas so lange wie möglich offenzuhalten. Wir alle erinnern uns noch an die vielen Briefe von verzweifelten Eltern.

Es geht aber nicht nur um die Eltern und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern wir haben festgestellt, dass es Risiken und Nebenwirkungen hat, wenn Kinder lange Zeit zu Hause bleiben müssen. Das war bei uns im Frühling der Fall, es war schönes Wetter, man konnte zum Teil rausgehen.

Wir sehen das insbesondere in unseren Nachbarländern, in denen die Zeit des Lockdowns viel länger war, in denen die Kinder drinnen bleiben mussten. Ich weiß nicht, ob Sie das Bild kennen: Wenn die Kühe im Frühjahr auf die Weide gelassen werden, fangen die alle an, vor Freude zu ruppeln. Das Gefühl hatte ich, als man sah, wie in Spanien der Lockdown gelockert wurde und die Kinder das erste Mal wieder rausgehen konnten. Ich fand das gruselig und wünsche mir, dass wir nicht in so eine Situation kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Bund und Land haben in den letzten Monaten viele Millionen € zur Verfügung gestellt, um den Schulträgern finanziell unter die Arme zu greifen - den Bereich der Digitalisierung haben Sie schon dargestellt, Herr von der Heide - und um die Digitalisierung voranzubringen. Wir haben gerade die aktuellen Zahlen von der Ministerin gehört. Es ist super, dass inzwischen weit über 1.000 Lehrkräfte an der Fortbildung zum Lernmanagementsystem its-learning teilgenommen haben. Das Arbeiten mit einem Lernmanagementsystem bedeutet auch einen pädagogischen Innovationsschub und ermöglicht mehr individualisiertes Lernen, was wir uns wünschen.

Es läuft aber nicht alles rund, wie auch! Die Schulbegleitung zum Beispiel hat während der Zeit der Schulschließung längst nicht in allen Fällen ge-

klappt, obwohl das Land ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass sie zu Hause weiterlaufen soll. Auch jetzt hören wir, dass es zum Teil Probleme gibt. Das ist besonders dramatisch, weil das die Kinder und Jugendlichen trifft, die man gerade nicht vom Ball lassen will, sondern die man weiter unterstützen will und muss.

Das zeigt für mich einmal mehr, wie wichtig es ist, die Unterstützungssysteme in der Schule zu verzahnen und flächendeckend Poolmodelle zu entwickeln, um Schülerinnen und Schüler konstant zu unterstützen.

Auch das Lernen auf Distanz läuft noch nicht überall gut. Das zeigen die Umfragen des Bildungsministeriums und der GEW. Natürlich kommt es zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem, ob ich eine Schulleitung frage, wie sie die Situation ihrer Schule einschätzt, oder ob ich - wie vermutlich die GEW - einzelne Kolleginnen und Kollegen befrage. Wir alle kennen das doch: Wenn man in seinem Bekanntenkreis herumfragt, hört man, dass digitale Endgeräte zwar beschafft worden sind und in einem Raum stehen, aber nicht eingerichtet werden können, weil sich dafür noch niemand zur Verfügung gestellt hat. Dann hören wir von kaputten Fenstern, die man nicht zum Lüften öffnen kann und von vielem anderen mehr.

Wir hören aber natürlich seltener von den Leuten, bei denen alles super läuft, denn das ist kein spannendes Gesprächsthema, wenn man sagt: Meine Kinder gehen zur Schule und haben Unterricht. - Das ist keine Botschaft. Insofern glaube ich, dass es sehr viele unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, ob es in der Schule nun gut klappt.

Ich erlebe das auch mit der Maskenpflicht: Es gibt Menschen - auch Kolleginnen und Kollegen hier im Haus -, die gesagt haben: Das ist eine absolute Zumutung für die Kinder, fast schon Folter und gesundheitsschädlich. Andere haben die Erfahrung, dass es für die Kinder zwar nicht schön ist - so wie für uns hier -, aber in jedem Fall nicht so schlimm, wie zu Hause zu bleiben.

Wir sind uns einig darüber, dass wir bei der Digitalisierung nicht nur ein Problem der Endgeräte haben, sondern auch mit der Internetverbindung. Wir brauchen noch mehr Glasfaserausbau und noch mehr gutes WLAN an den Schulen. Geld ist zum großen Teil da. Ich glaube, an vielen Stellen hapert es eher an den Menschen, die buddeln, anschließen, erklären und helfen, als am Geld. Dort müssen wir noch dringend nacharbeiten.

(Eka von Kalben)

Ein Punkt, nach dem immer wieder gefragt wird, ist das Lüftungskonzept. Viele Schulträger überlegen, für schlecht zu lüftende Räume mobile Lüftungsgeräte anzuschaffen. Der Bund stellt 500 Millionen € allerdings nur für fest eingebaute Lüftungsanlagen zur Verfügung. Die sind nach fachlicher Meinung zwar besser, aber wir brauchen jetzt schnelle Lösungen. Deshalb sollten wir den Bund noch einmal animieren, hier umzudenken und vielleicht auch mobile Anlagen zu unterstützen.

(Beifall Tobias Koch [CDU] und Kay Richert [FDP])

Da die Schulen so unterschiedlich aufgestellt sind, ist es richtig, ihnen den Rahmen für die Arbeit in Coronazeiten mitzugeben. Das hat das Ministerium mit dem Rahmenkonzept gemacht, das vor den Sommerferien an die Schulen gegangen ist. Außerdem gab und gibt es wöchentliche Informationsschreiben.

Auch ich bekomme Mails und Anrufe von Eltern, die sich nicht gut genug informiert fühlen, wenn zum Beispiel ein Verdachtsfall vorliegt. Es gibt aber diese Unterlagen und Informationen - auch im Netz. Ich habe keine Ahnung, wie man es noch weiter verbessern kann. Manchmal ist es vielleicht auch eine Frage, dass wir unterstützen, wie wir diese Informationen weitertragen. Gerade auch dieser Maßnahmenplan, wenn es einen Verdachtsfall gibt, ist sehr wichtig. Alle Eltern müssen wissen, dass es so etwas gibt und dass da kein Chaos herrscht.

Die SPD schlägt nun in ihrem Antrag verpflichtende didaktische Methoden wie Tages- oder Wochenpläne vor und will den Lehrkräften vorschreiben, dass sie sich regelmäßig virtuell mit Schülerinnen und Schülern treffen. Wir finden Verbindlichkeit richtig, damit der Schüler-Lehrkraft-Kontakt auch beim Distanzlernen weiterläuft. Auch Tages- und Wochenpläne sind gut, um Aufgaben zu strukturieren. Aber zum einen wurde diese Erwartung bereits vom Ministerium an die Schulen übermittelt. Zum anderen ist es der falsche Weg, solche strengen pädagogischen Regeln von oben an die Schulen zu geben.

Beim prinzipiellen Zurückfahren der Notengebung sind wir ja im Prinzip bei der SPD. Wenn wir aber schon Noten haben, müssen auch Leistungen aus dem Distanzunterricht einbezogen werden. Das Schulgesetz sagt explizit: Nur dann, wenn eine angemessene Gewichtung der Leistungen möglich ist, darf es diese Noten geben. Ich finde, das sollte dann auch möglich sein.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Schule in Coronazeiten ist herausfordernd, aber keine Schule in Coronazeiten ist katastrophal. Das hat das Frühjahr gezeigt. Deshalb müssen wir wirklich alles tun, damit alle Kinder die nötigen Chancen auf Bildung haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stehen ohne Frage vor einem schwierigen Herbst und Winter. Wir nehmen die Sorgen der Familien und der Lehrkräfte, die an uns herangetragen werden, sehr ernst. Die Probleme kommen nicht nur an den Schulen auf uns zu, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen, denn es geht darum, wie wir die Infektionszahlen reduzieren können, ohne verheerende Schäden anzurichten. Das haben wir in der vorherigen Debatte ausgiebig erörtert und wahrgenommen.

Alles, was wir tun, steht unter der Prämisse, dass es angemessen und verhältnismäßig sein muss. Nach meinem Verständnis und aus Sicht meiner Fraktion wäre nach allem, was wir bisher über die Folgen von Unterrichtsausfall, geschlossenen Schulen und Kitas wissen, eine erneute Schließung dieser Einrichtungen absolut fatal.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt worden: Es ist ein verheerender Schaden, den besonders die Kinder, die es ohnehin schon schwer haben, ausbaden müssten. Sie müssen es nicht nur unmittelbar, in kürzester Zeit, sondern sicherlich auch langfristig ausbaden.

Die Rückmeldungen aus den Schulen, die am Lernsommer teilgenommen haben, haben bestätigt, dass der Schulausfall gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder hatte. Auch das zeigt: Schulschließungen können nur das letzte Mittel der Wahl sein. Natürlich können wir nicht wissen, wie sich das Infektionsgeschehen entwickeln wird. Es kann uns auch passieren, dass wir trotz aller Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, punktuell nicht an Schulschließungen vorbeikommen werden. Keiner von uns wird sagen können, dass er weiß, was morgen passiert.

(Anita Klahn)

Ich halte ganz klar fest, dass wir keine vorbeugenden flächendeckenden Schulschließungen zulassen wollen. Wir haben uns die Zahlen von der Seite des MBWK angesehen, die zugegebenermaßen schon ein paar Tage alt sind, und haben selbst einmal versucht, zu rechnen. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, dass an den Schulen - sowohl bei Schülern als auch bei Lehrern - die Quote der positiven Coronatests mit 0,04 % sehr gering ist.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Die Schulen sind also keine Hotspots. Schulen sind keine Treiber der Infektion. Die Maßnahmen, die wir jetzt getroffen haben, werden mit Sicherheit dafür Sorge tragen, dass dies auch so bleibt. Für den Fall, dass es doch anders kommt, haben wir einen sehr guten Reaktionsplan.

Wir alle kennen die Diskussion um die Maskenpflicht in den Schulen und um das Tragen von Masken im Allgemeinen. Wir alle bekommen Briefe, in denen wir gefragt werden, ob wir die Studien kennen, die Belastungen für die Kinder und die Bedenken und Probleme. Es geht um das korrekte Durchführen des Lüftens und um das konsequente Einhalten von Abständen. Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Ja, wir kennen die Studien und Bedenken. Wir sprechen mit verschiedenen Fachleuten und versuchen immer wieder, unter der Prämisse abzuwägen: angemessen und verhältnismäßig.

(Beifall FDP und Tobias Koch [CDU])

Ich appelliere wirklich an alle Beteiligten: Denken Sie mit! Versuchen Sie, die Maßnahmen so gut es geht umzusetzen! - Wir können nicht alles regeln. Die Verordnung beeindruckt das Virus nicht im Geringsten, aber wir, jeder Einzelne kann mit seinem Verhalten dazu beitragen, dass unser Gegenüber geschützt ist und nicht nur wir selber.

Ich sage das auch aus eigener Betroffenheit aus meiner eigenen Familie und meinem eigenen unmittelbaren Umfeld. Dort gibt es Menschen mit chronischen Erkrankungen. Es geht darum, diese Menschen zu schützen. Ich erinnere an eine Diskussion, die Kollegin Eka von Kalben hat auch schon einmal davon berichtet. Es hat mich wirklich sehr beeindruckt, wie eine junge Schülerin in einer Besuchergruppe berichtete: Wenn ich mich infiziere, ist meine Mutter gefährdet. Meine Mutter arbeitet in einem Altenheim. Die Personen dort sind auf jeden Fall gefährdet. Also schütze ich mich und damit auch andere Menschen. - Ich muss ganz ehrlich sagen: Es sollte uns allen sehr zu denken geben,

wie verantwortungsbewusst gerade die jungen Menschen mit dieser Situation umgehen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Wir wissen, dass die Maskenpflicht hinderlich ist. Wir selber merken es hier im Moment auch, aber wir wissen: Solange dies die einzigen Nachteile sind und diese Nachteile keine gesundheitlichen Schäden hervorrufen, ist diese Maßnahme sinnvoll und die Maske in Kauf zu nehmen.

Aber wir müssen auch sehen - auch das ist angesprochen worden -, dass wir mit der Digitalisierung der Schulen weiter vorankommen. Der Anschluss der Schulen an schnelles Internet, die Ausstattung mit Endgeräten, einheitliche Lernsoftware, zusätzliche Haushaltsmittel: All das ist in die Wege geleitet. Wir sehen auch die Verbesserung, aber wir sehen eben auch, dass noch eine ganze Menge zu tun ist. Es wird ehrlicherweise auch noch eine Zeit dauern, das werden wir auch nicht in den nächsten vier Wochen lösen können.

Ich muss auch ganz klar sagen: Wir wissen, dass das nur in Zusammenarbeit mit den Schulen und den Schulträgern geht. An dieser Stelle appelliere ich auch wieder an alle Beteiligten, auch die Kommunalpolitiker: Macht euch auf den Weg, und macht nicht zu viele Baustellen daraus, sondern fangt schlicht und einfach an. Holt euch die notwendige Hilfe, wenn es bei der Antragstellung der Mittel nicht so klappt. - Seitens des Ministeriums wird diese Hilfe angeboten. Das IQSH steht zur Verfügung. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Stolpersteine kann man aus dem Weg räumen, man muss es nur wollen.

Was wir außerdem wollen und müssen, ist tatsächlich, unsere Schulen grundsätzlich auch auf Lernen auf Distanz vorzubereiten. Auch an dieser Stelle ist es nicht so leicht getan wie gesagt, denn Lernen auf Distanz bedeutet, dass die Kinder in den Schulen durch die Lehrkräfte angeleitet werden müssen, wie das stattzufinden hat. Es müssen auch die Eltern Unterstützung bekommen. Man kann jetzt nicht einfach sagen: Ja, macht das mal, und dann wird es schon, sondern sie brauchen Zeit, um das zu trainieren, und werden sich Strukturen entwickeln, die dann verlässlich sind und gut funktionieren. Ja, natürlich, auch beim Lernen auf Distanz werden Leistungen erbracht, und natürlich müssen die benotet werden können. Denn wo ist sonst der Anreiz, sich anzustrengen und einzubringen und auch den Erfolg zu sehen, den man durch das eigene Lernen erzielt hat?

(Anita Klahn)

Ich denke, die strukturellen Probleme, die wir an Schulen haben, hatten wir vielfach auch schon vor Corona, nur machen sie sich jetzt wirklich verschärft bemerkbar. Aber ich nehme auch das Ministerium an dieser Stelle als sehr engagiert wahr. Ich möchte deshalb an dieser Stelle meinen Dank ans Ministerium dafür richten, dass es jedem konstruktiven Vorschlag gegenüber offen ist und dass es alles versucht, damit es an den Schulen die notwendige Unterstützung gibt. Vielen Dank dafür.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

Der ÖPNV wurde auch angesprochen, und ich weiß aus vielen Gesprächen, dass natürlich die Frage gestellt wird: Alles andere wird geschlossen, wird reduziert, und unsere Kinder müssen in den Bus? - Aber ich möchte auch ein positives Beispiel aus dem Kreis Stormarn beibringen, denn dort hat man zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt und zusätzliche Busse eingesetzt. Das System ist total simpel: Es fährt der Reisebus hinter dem Linienbus her, und in dem Moment, wo der Linienbus voll ist, nimmt der Reisebus auf, und der Linienbus fährt direkt zur Schule durch. Das funktioniert. Man muss es wollen. Ich kann nur sagen: Andere Kreise sollten einmal über den Tellerrand gucken.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Zum Thema Sporthallennutzung: Ja, wir brauchen unsere Sporthallen jetzt zum Teil auch, um andere Veranstaltungen durchführen zu können, um demokratische Sitzungen abhalten zu können. An dieser Stelle sind die Schulen arg gebeutelt, weil sie nicht den Zugriff haben. Hier zeigte sich die strukturelle Problematik schon vor der Krise, dass wir zu wenig Sporthallen haben. Insofern ist es auch hier wichtig, gut und richtig, dass dort zusätzliche Gelder zur Verfügung stehen.

Alles in allem möchte ich noch einmal deutlich sagen: Wenn jeder ein wenig Verantwortung übernimmt, den gesunden Menschenverstand walten lässt und ein Stück weit Verständnis für die Zwänge des anderen aufbringt, dann werden wir gemeinsam in dem Kampf gegen diese Pandemie für die kommende Zeit gestärkt sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Ministerin Prien, für Ihren Bericht. Ich mutmaße einmal, dass es Ihnen vielleicht ähnlich gegangen ist wie mir, als ich die Anträge der SPD zu Schule in Coronazeiten gelesen habe. Einige Fragen sind absolut berechtigt. Andere Aspekte sind dann doch eher kleinkarierte überflüssige Vorwürfe, und wiederum andere spiegeln das uns allen bekannte allgemeine bildungspolitische Wunschpotpourri der SPD wider. Kurz: Mit der pädagogischen Bewältigung des Coronawinters, wie es so vollmundig bei Ihnen heißt, hat das sehr wenig zu tun.

Allerdings kam dieser Aspekt, was aus pädagogischer Sicht jetzt an Schulen zu tun ist, auch in den anderen Reden bislang zu kurz. Dabei ist es für Kinder und Jugendliche in der momentanen Situation gerade jetzt A) das Wichtigste, ihnen unnötige Ängste und Sorgen zu nehmen und B) ihnen nicht länger unpragmatische Coronaregeln aufzuerlegen.

Wenn es darum geht, dass in Schulen das Thema Hygiene behandelt werden sollte, dass man bei Erkältungen selbstverständlich Abstand hält, dass man bei Fieber selbstverständlich zu Hause bleibt, oder wenn es darum geht, realistische Lüftungskonzepte zu erstellen, dann ist das alles vollkommen angemessen und wichtig.

Angemessen wäre es aber auch, dass alle zu treffenden Maßnahmen auch evidenzbasiert sein müssen. Und genau dies trifft eben auf die Maskenpflicht nicht zu. Alltagsmasken bieten keinen Eigenschutz und auch nur einen äußerst geringen Fremdschutz, und dies auch nur dann, wenn sie immer fachgerecht gehandhabt werden. Im letzten Bildungsausschuss haben wir ein Beispiel dazu erläutert. Es ging darum, dass die Masken nach Gebrauch und Ablegen immer in diese speziellen Tüten mit Zipverschluss getan werden müssen. Wer von Ihnen kennt einen Schüler, der das macht? - Das ist eine vollkommen unrealistische Vorstellung.

(Zuruf: Dr. Garg!)

Dabei bleiben Masken aber das Symbol dafür, wie angstbesetzt mit dem Thema Corona umgegangen wird. Kinder lernen: Ohne Maske bin ich eine Gefahr für andere, und andere sind eine Gefahr für mich. Und sie lernen - nicht nur von Herrn Lauterbach -, dass es ein Dienst für die Allgemeinheit ist, wenn man Verstöße gegen Coronamaßnahmen meldet.

Sagen wir den Schülern lieber, dass nicht die Summe der positiv Getesteten entscheidend ist, sondern

(Dr. Frank Brodehl)

die Zahl der wirklich Erkrankten. Und sagen wir ihnen, dass das Risiko, an Corona zu erkranken, für junge Menschen äußerst gering ist. Wenn das unterbleibt und stattdessen immer nur betont wird, dass Schulen unter allen Umständen geöffnet bleiben müssten, obwohl die zweite Welle ja so gefährlich sei, dann ist das ein Widerspruch. Dann machen Sie Eltern und Schülern etwas vor. Damit muss Schluss sein. Aus pädagogischer Sicht kann das Gebot der Stunde im Moment nur heißen: Schluss mit der Angst, Schluss mit den Masken, Schulen sind sichere Orte für unsere Kinder. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag zu a), Drucksache 19/2486, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/2488, dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen?

(Unruhe)

- Okay, noch einmal. Ich dachte, das wäre ein einstimmiger Beschluss.

Es ist beantragt worden, den Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir müssen jetzt noch in der Sache abstimmen. Es ist beantragt worden, über den Antrag, Drucksache 19/2488, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:48 bis 15:03 Uhr)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 32 und 34 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Studieren in Corona-Zeiten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2487

b) BAföG schnell und grundsätzlich überarbeiten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2489

Studierende in der Corona-Pandemie unterstützen

Alternativantrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2529

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Berichterstattung zu a) erteile ich das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung hat Priorität. Darüber haben wir heute Morgen im Kontext von Schule gesprochen. Das gilt grundsätzlich natürlich auch für unsere Hochschulen. Auch sie gehören zu den wichtigen Institutionen, die wir jetzt gemeinsam zugleich schützen und in gewissem Rahmen offenhalten müssen. Es gilt dabei, die Beeinträchtigungen für die Studierenden und - lassen Sie mich das sagen - gerade für die Erstsemester möglichst gering zu halten.

Wir stehen dazu seit Anfang der Pandemie in einem regelmäßigen und kooperativen Austausch mit allen Hochschulen in unserem Land. Allen Beteiligten ist klar: Auch an den Hochschulen sollten Kontakte im November 2020 auf das Notwendigste begrenzt werden.

Gemeinsam schaffen wir die Voraussetzungen dafür. Als Landesregierung setzen wir den rechtlichen Rahmen, innerhalb derer die Hochschulen einen freien Gestaltungsspielraum haben. Das ist und bleibt richtig so. Unsere Hochschulen genießen zu Recht auch in schwierigen Situationen eine hohe Autonomie, und sie zeigen seit Beginn der Pandemie, dass sie damit hervorragend umzugehen wissen.

(Beifall CDU und Lasse Petersdotter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Ministerin Karin Prien)

Dieses Zusammenspiel - rechtlicher Rahmen einerseits, Ausschöpfung der Autonomie andererseits - funktioniert sehr erfolgreich. Im November gilt an unseren Hochschulen, dass grundsätzlich digitale Lehrveranstaltungen gegenüber Lehrveranstaltungen in Präsenz den Vorzug haben. Das ist Ergebnis der Gespräche, die bereits gestern aufgenommen wurden und heute fortgesetzt werden.

Wir werden den künstlerischen Hochschulen den Präsenzbetrieb in kleinen Kohorten mit Mund-Nase-Bedeckung entsprechend der Vorgaben für den Probetrieb für Orchester ermöglichen.

Prüfungen und praktische Lehrveranstaltungen sollen weiterhin in Präsenz durchgeführt werden, soweit möglich unter Einhaltung von Mindestabständen und Tragen der Maske.

Der Zugang zu den Bibliotheken wird so weit wie möglich offengehalten.

Gremiensitzungen, soweit aus Sicht der Hochschulen als unbedingt erforderlich angesehen, werden in Analogie zu den Regelungen für die kommunalen Selbstverwaltungsgremien in Präsenz möglich bleiben. Aber auch hier gilt der Vorzug der digitalen Variante vor der Präsenzvariante.

Sie sehen: Es ist schon vieles eingeübt worden. Es gibt Blaupausen für all diese Situationen. Die Hochschulen sind in der Lage, sehr schnell darauf zu reagieren und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Für die Beschäftigten an den Hochschulen gilt, so weit praktisch umsetzbar, wieder verstärkt im Homeoffice zu arbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass unsere Hochschulen der inzwischen zu Recht gestiegenen Erwartungshaltung auch in den kommenden Wochen gerecht werden.

Meine Damen und Herren, das sind schwierige Zeiten für Studierende. Die Schließung der Gastronomie und anderer Einrichtungen verschärft nun auch wieder die finanzielle Situation für viele Studierende. Das war auch im Frühjahr leider bereits so. Wir haben als Land mit ersten Krediten über das Studentenwerk sehr früh und schnell geholfen. Der Bund hat 100 Millionen € bereitgestellt, um die pandemiebedingten finanziellen Notlagen Studierender zu mindern. In Schleswig-Holstein wurden bisher 3.680 Anträge positiv beschieden und knapp 1,6 Millionen € ausbezahlt.

Wir haben es geschafft - das war wichtig -, dass Studierende, die auf BAföG angewiesen sind, im Sommersemester keine coronabedingten finanziellen Nachteile erleiden. Wir müssen uns jetzt dafür

einsetzen - wir tun das mit den anderen Ländern -, dass das auch für das Wintersemester wieder der Fall sein wird.

Meine Damen und Herren, ich halte es allerdings für folgerichtig, Nothilfen für coronabedingte Einkommensverluste tatsächlich davon abhängig zu machen, dass die Ursache für die Notlage in der Pandemie liegt.

Coronaunabhängig indes ist der Wunsch nach einer elternunabhängigen Förderung Studierender. Sie ist richtig. Die teilen wir gemeinsam. Wir haben dazu eine gemeinsame Initiative im Bundesrat gestartet, die bisher leider nicht in dem Umfang erfolgreich ist, wie wir uns das gewünscht haben. Ich denke, wir sollten einen neuen Vorstoß unternehmen, aber dann, wenn er Aussicht auf Erfolg hat, und nicht in dieser Corona-Notsituation. Bei der nächsten Überarbeitung des BAföG - sie wird kommen, und sie muss kommen - werden wir das Thema elternunabhängige Förderung auf die Tagesordnung setzen.

Das Gleiche gilt für die Frage der Altersgrenze beim BAföG. In dieser Gesamtdiskussion zum Thema Weiterbildung werden wir auch die Frage, wie wir zukünftig mit dem BAföG und mit Altersgrenzen beim BAföG umgehen, noch einmal ganz neu austarieren müssen. Allerdings ist auch das ein coronaunabhängiges Thema. Sie wissen alle, dass Studierende, die während des Studiums das 30. Lebensjahr vollenden, selbstverständlich ihr Studium zu Ende bringen können, denn die Altersgrenze gilt immer nur für den Beginn des Ausbildungsabschnitts, für den das BAföG geleistet wird. Für diejenigen, die sich bereits im Studium befinden, ist diese Altersgrenze unerheblich.

Jetzt, in der akuten Krise, sollten wir uns aber tatsächlich darauf konzentrieren, coronabedingte finanzielle Notsituationen von Studierenden zu lindern. Wir werden die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate hierzu sehr genau beobachten und mit dem Bund weiter über erforderliche Maßnahmen sprechen.

Meine Damen und Herren, im Blick, und da bin ich sehr dankbar für den Antrag der SPD, müssen wir natürlich die psychosozialen Auswirkungen der Pandemie auch auf die Studierenden haben. In Bezug auf die Studentinnen und Studenten bin ich den Studentenwerken dankbar, dass sie den gestiegenen Bedarfen der Studenten an sozialer und psychologischer Beratung mit viel Einsatz so weit wie möglich nachkommen. Aber, und auch das sage ich deutlich: Institutionelle Angebote entbinden uns als Gesellschaft nicht von der Mitverantwortung auch

(Ministerin Karin Prien)

für jüngere Studierende. Wir werden in den nächsten Wochen wieder besonders achtgeben müssen aufeinander, auf unsere physische und psychische Gesundheit.

Das gilt an den Hochschulen besonders für die Erstsemester. Erlauben Sie mir die persönliche Anmerkung: Ich habe einen Sohn, der jetzt gerade ein Studium aufnimmt. Ich erlebe hautnah, was es bedeutet, wenn man sich mit so vielen Hoffnungen und so viel Elan darauf gefreut hat, in eine andere Stadt zu ziehen, von zu Hause auszuziehen und einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen und dann im Leben so richtig kräftig ausgebremst wird bei dem, was man macht. Ich erlebe das, und ich glaube, das ist für viele junge Menschen eine belastende Situation.

Es ist enttäuschend. Deshalb ist es mir heute wahn-sinnig wichtig, gerade diesen jungen Menschen die Botschaft mitzugeben: Es wird wieder anders werden, lasst euch an dieser Stelle nicht entmutigen! Es werden Zeiten kommen, in denen ihr euer Studium mit allem, was dazu gehört, in vollen Zügen genießen könnt. Sucht euch einzelne soziale Kontakte, mit denen ihr darüber sprechen könnt. Sucht euch in Chaträumen und in den sozialen Medien Gruppen, mit denen ihr darüber sprechen könnt. Und auch ein Appell an die älteren Studierenden: Küm-mert euch um die Jüngeren! Redet mit ihnen über das, was Studium ausmacht. Wenn wir es schaffen, gemeinsam und solidarisch in diesem Sinne zu han-deln, dann werden wir alle gemeinsam gut durch die Pandemie kommen.

Ich danke allen Beteiligten an den Hochschulen und im Studentenwerk sowie allen anderen, die sich an Hochschulen und für Hochschule engagieren, für ihren Einsatz und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der SPD-Fraktion Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Ich spreche heute in Vertretung von meinem Kollegen Heiner Dunckel, dem ich gute Besse-rung wünschen möchte. - Vielen Dank, Frau Minis-terin. Es wird deutlich, dass viele Menschen vieles

tun, aber auch, dass es viel zu tun gibt. Viele Stu-dierende berichten uns tagtäglich von der Notlage, in der sie stecken, sei diese finanziell, sozial oder studententechnisch. Wie können wir von unseren Stu-dierenden gute Leistungen erwarten, wenn wir sie mit dieser schwierigen Situation alleinlassen? - Das können wir nicht. Und deswegen dürfen wir sie auch nicht alleinlassen.

Wir haben schon in der 32. Tagung im Mai 2020 darüber gesprochen, dass die finanzielle Situation vieler Studierender prekär ist. Nach der Sozialerhe-bung des Deutschen Studentenwerkes müssen auch in Schleswig-Holstein etwa ein Drittel der Studie-renden, das sind bei uns ungefähr 22.000 Men-schen, zwingend einer bezahlten Nebentätigkeit nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Nebentätigkeiten sind vielfach weggebrochen und werden voraussichtlich auch im kommenden Semester nicht zur Verfügung stehen. Es wird gera-de noch einmal schlimmer, bevor es irgendwann hoffentlich wieder besser wird.

Die Überbrückungshilfen für die Studierenden sind ausgelaufen. Es wäre gut, wenn es vom Bund eine neue gibt. In der Tat wurden 40 % der Anträge ab-gelehnt - nicht deshalb, weil die Antragsteller über zu viel Geld verfügten, sondern weil ihre Notlage nicht oder nicht ausschließlich auf die Coronapan-demie zurückgeht. Es gibt trotzdem eine Notwen-digkeit zu handeln, wenn man sieht: Da ist jemand in einer Notlage. Die Antwort, zu sagen: „Das ist keine Corona-Notlage, in der du dich befindest“, ist nicht ausreichend.

Wir haben es im Mai gesagt, und es gilt jetzt umso mehr: Eine Überbrückung der finanziellen Notlage von Studierenden in Form von Studienkrediten ist nicht angemessen und muss durch nicht rückzahl-bare Zuschüsse ersetzt werden. Wenn es nach uns geht, geschieht dies im Rahmen einer Erweiterung des BAföG, die von uns aus auch schnell und vorrü-bergehend beschlossen werden kann. Wir haben uns in Deutschland ja aus guten Gründen gegen ein System von ausufernden Studienkrediten entschie-den, wie man sie anderswo auf der Welt kennt.

Ich appelliere hier auch an die Kolleginnen und Kollegen in der CDU und an die Bundesbildungs-ministerin, auf die Teile der Bundes-CDU einzuwir-ken, die das abgelehnt haben und es noch immer ablehnen. Es gibt ja jetzt eine Chance, neu darüber zu sprechen.

Wir leisten uns in Deutschland eine Studienfinan-zierung, deren Beträge zu gering sind und die von

(Martin Habersaat)

zu wenigen Studierenden in Anspruch genommen werden kann.

(Beifall FDP - Christopher Vogt [FDP]: Da kann man schon mal klatschen, Herr Kollege!)

- Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. Ich sehe, Sie kennen sich aus. - Das hat auch etwas damit zu tun, dass - wie im Tätigkeitsbericht 2019 der Bürgerbeauftragten ausgeführt - die derzeit geltenden Altersgrenzen dringend verändert werden müssen und dass, das haben wir hier bereits mehrfach festgestellt, das BAföG elternunabhängig werden muss. Wir erhoffen uns deshalb von der Landesregierung, dass sie im Bundesrat mit frischem Schwung die Initiative verfolgt. Wir hätten diese Initiative gern um die Punkte erweitert, die Sie unserem Antrag entnehmen konnten. Sie haben uns einen Änderungsantrag vorgelegt, der nicht falsch ist, der aber, wenn Sie ehrlich sind, etwas weniger Schwung beinhaltet als das, was wir uns gewünscht hätten.

Studierende und ihre Vertretungen berichten uns, dass sich die psychischen Belastungen und Belastungsfolgen seit Beginn der Coronakrise deutlich verschlechtert haben. Schwierige Wohnsituationen und damit Studienbedingungen, soziale Isolation, Probleme bei der Selbstorganisation und depressive Stimmung sind nur einige Beispiele.

Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die Anzahl der Terminanfragen bei den psychologischen Beratungsangeboten der Studentenwerke seit März 2020 rapide angestiegen ist. Gleiches gilt offenbar auch für die Dringlichkeit und die Schwere der Probleme. Die gängigen Anlaufstellen auf dem Campus sind ausgelastet, die Wartezeit beträgt momentan örtlich bis zu sieben Wochen. Sieben Wochen sind eine ganz schön lange Zeit, wenn man sich in einer Notlage befindet. Die psychologische Studienberatung muss deshalb jetzt dringend zeitlich und personell ausgeweitet werden.

Ein letzter Punkt: Wir haben - das ist seit gestern sicher - ein weiteres Corona-Hybridsemester vor uns, und wir müssen uns beide Seite dieses Mischlings ansehen. Studierende beklagen einerseits, dass zu wenige Präsenzveranstaltungen stattfinden, obwohl genügend große Räume vorhanden wären, in denen die Abstandsregelungen eingehalten werden könnten und in denen gegebenenfalls entsprechend gelüftet werden könnte. Ich weiß, dass einige Hochschulen zusätzliche Räume angemietet haben, um Präsenz zu ermöglichen. Es gibt aber auch Beispiele von leerstehenden Hörsälen, in denen selbstver-

ständig Seminare in kleinem Umfang stattfinden könnten.

Meine Damen und Herren, wenn Schülerinnen und Schüler täglich zur Schule gehen können und müssen, dann bin ich davon überzeugt, dass wir es auch an den Hochschulen hinbekommen, Präsenz zu organisieren. Frau Ministerin Prien hat es gesagt, das gilt gerade für Erstsemester und hier besonders für diejenigen, die nicht aus einem Elternhaus kommen, in dem man zumindest darüber reden kann: Wie läuft so ein Studium, was heißt das für Selbstorganisation, wenn man sich den Stundenplan selbst zusammenstellen muss? Was bedeutet das, wenn man völlig frei ist in seiner Tagesgestaltung und trotzdem ein gewisses Pensum schaffen muss?

Im Bildungsausschuss habe ich das Beispiel der Ärzte in der dritten Generation genannt. Diese jungen Leute wissen schon, was an der Uni auf sie zukommt. Um die mache ich mir weniger Sorgen als um diejenigen, die das erste Mal in ihrem Leben studieren wollen, die die ersten in ihrer Familie sind und möglicherweise in einer neuen Stadt und in einem neuen Umfeld beginnen und jetzt wenig Möglichkeiten zur persönlichen Begegnung und Hilfe haben. Ich weiß, dass die Fachschaften Tutorenprogramme und anderes organisieren, um zu unterstützen, aber ich glaube, wir dürfen dies insgesamt nicht aus dem Auge verlieren.

Wenn ich gerade dabei bin: Wir hören auch, dass es Möglichkeiten gibt, die Bibliotheken zu benutzen. Wir hören aber auch, dass das in der Praxis sehr schwierig und nicht so richtig umsetzbar ist, vor allem nicht in dem Umfang, wie die Studierenden das gern hätten. Das nur als Merkposten.

Zweiter Teil des Mischlings-/Hybridsemesters ist die digitale Lehre. Die Hochschulen und die Lehrenden hatten ein halbes Jahr Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen. Dazu gehörte es, neue digitale Lernformen und -inhalte zu entwickeln und zu erproben. Ich gestehe, dass ich skeptisch bin, ob das flächendeckend gleichermaßen gut gelungen ist. Ich würde mich aber gern zur Mitte des Semesters durch eine Anhörung von Studierenden im Bildungsausschuss eines Besseren belehren lassen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung hat höchste Priorität - so beginnt unsere Ministerin immer wieder ihre Reden. Ich bin sehr dankbar, liebe Karin Prien, für den hohen Stellenwert, den Bildung auch in dieser Zeit genießt. Ich danke für diesen Bericht über Bildung an Hochschulen in Zeiten von Corona.

Mit Blick auf unsere Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein können wir feststellen: Hier hat sich in den vergangenen Jahren sehr viel in eine gute Richtung weiterentwickelt. Unser Land verfügt von Heide über Flensburg, Kiel und Rendsburg bis nach Lübeck über hervorragende Hochschul- und Fachhochschulstandorte mit entsprechenden Angeboten.

Die Hochschulleitungen sind bestens besetzt. Sie verkörpern einen Geist voller Optimismus und Zusammenhalt. Das haben wir gerade in der jüngsten Sitzung des Bildungsausschusses eindrucksvoll erlebt. Sie arbeiten exzellent und leisten mit hoher gesellschaftlicher Verantwortung einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins.

Das alles ist gut so, aber keineswegs selbstverständlich. Als Lübecker Abgeordnete erfüllt es mich mit großer Dankbarkeit, dass sich dort inzwischen nicht nur eine Stiftungsuniversität, sondern mit der TH und der Musikhochschule auch ein stark wachsender Dreiklang mit entsprechend hoher Nachfrage entwickelt hat. Die Universität und die Hochschulen bringen Gründungen hervor, tragen maßgeblich zur Innovationskraft der Wirtschaft bei und wachsen immer besser in die Stadtgesellschaft hinein.

Viele aktuelle Fragestellungen - ob Klimawandel, Energiewende, Digitalisierung oder die Angriffe auf unsere Demokratie; die Fragestellungen reichen bis hin zu dieser Coronapandemie - erfordern wissenschaftlich fundierte Antworten und die Übersetzung in eine für jeden verständliche Alltagssprache. Deshalb haben unsere Hochschulen eine wichtige Funktion für unsere gesamte Gesellschaft.

In diesen Tagen hat an den meisten Hochschulen schon wieder die Vorlesungszeit begonnen, oder sie beginnt in der kommenden Woche. Mit der Corona-Verordnung für die Hochschulen haben wir ihnen - analog zu den Schulen - klare Regeln und damit auch Sicherheit im Umgang mit der Pandemie gegeben. Unsere Hochschulen haben sich auf ein Hybridsemester eingestellt. Das ist im Hinblick auf die nächsten Wochen gut und wichtig, wie wir an den jüngsten Ereignissen gesehen haben. Diese enorme

Herausforderung wurde durch den großen Einsatz der Hochschulbeschäftigten gut gemeistert. Dafür möchte ich an dieser Stelle allen Beteiligten ganz herzlich danken.

Natürlich gilt es für eine gute digitale Lehre noch viele weitere Dinge anzugehen. Deswegen haben wir den Hochschulen im ersten Schritt 2,75 Millionen € für die Umsetzung einer hochschulübergreifenden IT-Konzeption bereitgestellt und weitere 2,24 Millionen € für Einzelmaßnahmen an Hochschulen, um die digitale Lehre zu verbessern.

Die stabilen Anmeldezahlen zeigen, dass junge Menschen sich auch jetzt bewusst und gern für ein Studium im Land zwischen den Meeren entscheiden. Es besteht gerade jetzt ein hohes Annahmeverhalten bei zulassungsbeschränkten Studiengängen. Nicht nur Unsicherheiten am Arbeitsmarkt und der coronabedingte Wegfall von Auslandsaufenthalten haben dazu geführt, dass viele junge Menschen unmittelbar im Anschluss an die Schule und damit bereits im Alter von 18 oder 19 Jahren mit einem Studium beginnen. Ob und wie dieses Studium in Coronazeiten gelingt, lässt sich noch nicht pauschal beurteilen.

Die Pandemie erfordert gute Hygienekonzepte und das Wechselspiel zwischen Präsenz- und Online-Angeboten in Hybridsemestern. Das ist die eine Seite, der verordnete Verzicht auf Feiern und Freizeitaktivitäten die andere. Wir brauchen daher in diesen besonderen Zeiten auch den besonders sorgfältigen Blick auf jeden einzelnen Studierenden und jeden einzelnen Studiengang. Das erfordert die Möglichkeit des schnellen Zugangs zu guten Ansprechpartnern.

Herr Habersaat, ich bin Ihnen dankbar, dass auch Sie diesen Punkt sehr ausführlich in diese Debatte eingebracht haben. Es macht einen Unterschied, ob es um Erstsemester geht, die jetzt in das Wintersemester einsteigen und den Campusbetrieb noch nicht kennen, oder um diejenigen, die mittendrin feststellen, dass die gewählte Fachrichtung nicht die richtige ist, oder die die Prüfungen nicht bestanden haben. Jeder Einzelfall erfordert Entscheidungen in unsicheren Zeiten. Lebensbrüche und psychosozialen Folgen gilt es, nach Möglichkeit zu vermeiden.

Jedes Studium bedeutet in der Regel auch Einkommensverzicht und erfordert über mehrere Jahre finanzielle Unterstützung. Damit bin ich beim zweiten Antrag und beim Thema BAföG. In diesen Zeiten sind viele Nebenjobs weggefallen; das haben wir bereits in den vorherigen Berichten gehört. Die Wohnungssuche bleibt schwierig und teuer. Eine

(Anette Röttger)

rein digitale Lehre ist weder für jeden Studiengang durchgängig geeignet noch für jeden Studierenden der richtige Weg.

Die BAföG-Reform ist bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden. Sie erfordert nun eine Anpassung im Bereich der coronabedingten Folgen. Deswegen haben wir schon im August die individuelle Regelstudienzeit angepasst. Für die Zukunft haben wir den Alternativantrag eingereicht.

Herr Habersaat, ich habe Ihren Appell sehr wohl gehört und verstanden. Deshalb schlage ich vor, dass wir im Sinne unserer Hochschulen und Studierenden im Ausschuss weiter über dieses Thema beraten. Ich beantrage daher die Überweisung in den Bildungsausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn man zurzeit Studierende nach der Lage an den Hochschulen befragt und danach, wie es denn so ist, in diesen Zeiten zu studieren, erhält man relativ oft einheitliche Rückmeldungen: Man wünscht sich einheitliche Regeln und Verfahren, zum Beispiel was Lehrplattformen angeht. Es kommt hinzu, dass sie nicht immer ideal funktionieren. Man wünscht sich einen besseren Zugang zu Literatur. Hinzuzufügen ist: Ja, viele Bibliotheken sind nicht so gut zugänglich, wie es vorher der Fall war. Aber wie schnell die Bibliotheken auf die erhöhte Nachfrage nach Fernleihe reagiert haben und wie schnell sie erweiterte Möglichkeiten geschaffen haben, Inhalte zu kopieren, ist doch mehr als bemerkenswert, und zwar positiv bemerkenswert.

Man wünscht sich klare Regeln, auch was die Verwendbarkeit von aufgezeichneten Vorlesungen und Seminaren angeht. Es wundert mich sehr, wie viele Dozierende dann doch sagen: „Ich mache meine Vorlesungen nur live“, oder: „Ich lasse sie nur vier Tage online; dann nehme ich sie offline“. Wenn es dem Lernerfolg dient, dass die Vorlesung länger online ist, warum sollte man sie herunternehmen, außer aus Ego Gründen oder aus der Sorge heraus, ir-

gendwann überflüssig zu werden? Es wäre sehr sinnvoll, die Lehrveranstaltungen online zu lassen. Zumindest einigen Menschen würde das vor der Prüfung helfen. Wenn man am Ende eine bessere Prüfung schreibt, dann ist auch das Sinn der Hochschule.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und vereinzelt CDU)

Viele Menschen an den Hochschulen treibt Einsamkeit um. Das war vorher schon ein Thema, und natürlich ist es in der aktuellen Situation zu einem noch viel wichtigeren Thema geworden. Gerade zum Studienstart in einer neuen Stadt ist es schwierig, Fuß zu fassen, zumal dann, wenn man sich kaum treffen kann. Viele Studierendenvertretungen sind aber sehr kreativ im Umgang mit der neuen Situation und bieten draußen viele Begegnungsmöglichkeiten an. Ich sehe hier in Kiel überall kleine Studierendengruppen, die sich, wenn auch mit viel Abstand, bei einem Kurzen oder einem Bierchen kennenlernen. Auch das kann funktionieren, aber eben draußen. Wie es nach der neuen Regelung zur Begrenzung auf Mitglieder zweier Haushalte wird? - Es wird kompliziert.

Viele Studierende machen sich auch Gedanken darüber, wie es denn mit einem „Nichtsemester“ wäre. Das Hauptargument zur Beruhigung im Sommer war „Semesterferien“ oder „vorlesungsfreie Zeit“. Jetzt wird es wieder komplizierter.

Hierauf brauchen wir schnell Antworten; denn auch viele Studierende in den Sozialberatungen treibt die Frage um, wie es jetzt genau weitergeht. Das heißt: Zählt das jetzt als Semester? Ist es Teil meiner Regelstudienzeit? - Hierauf werden wir schnell reagieren müssen.

Herr Habersaat, ich finde den Vergleich mit den Schulen auf den ersten Gedanken hin zwar nachvollziehbar, er haut aber bei den Hochschulen nach meiner Auffassung nicht hin, weil Kohortenprinzipien an Hochschulen nicht umsetzbar sind. Wenn ich zum Beispiel VWL und Philosophie studiere, mein Kollege studiert aber VWL und Sport, dann haben wir nicht mehr ganz solche Kohorten, wie wir sie in den Schulen vielleicht hinbekommen. Das ist auch nicht vergleichbar mit den Leistungskursen oder Leistungsprofilen, je nachdem. - Sie kennen sich mit Schule besser aus. Ich glaube aber, es ist nicht vergleichbar; sagen wir es einmal so.

Aber einige Dozierende geben sich extrem viel Mühe. Ich habe von Studierenden der Medizin beschrieben bekommen, wie Dozierende ihre Versuche mit der Handykamera aufnehmen und dann on-

(Lasse Petersdotter)

line stellen und alles nachvollziehbar machen, was sie in dem Versuch alles gesehen haben. Das ist sehr, sehr großartig.

Insgesamt muss man sagen: Viele Rückmeldungen sind ähnlich wie in der Zeit vor Corona: Lehrende sind mal besser und mal schlechter, die Lage ist mal schwieriger, mal einfacher. Nichtsdestotrotz müssen wir schauen, wo wir coronabedingt nachsteuern müssen.

Die Unsicherheit ist in den letzten Tagen und sogar Stunden gestiegen. Es stellen sich zum Beispiel Fragen wie diese: Wie geht es weiter mit den Praktika, und wie geht es weiter mit den Anwesenheitsphasen an den Hochschulen? Wo aber soll es gelingen, wenn nicht an den Hochschulen? Wir haben dort hochausgebildete Leute, die im Wesentlichen oft mit dem Kopf arbeiten. Andere müssen auch mal die Praxis einbeziehen, das ist gar keine Frage. Aber die Hochschule ist durchaus ein Ort, wo das leichter und besser funktionieren kann als in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft.

Viele Spannungen, die gerade an Hochschulen stattfinden, bei denen es durchaus auch einmal kompliziert werden kann, muss man in einer wirklich ernstzunehmenden Krise auch einfach einmal aushalten. Andere Bereiche der Gesellschaft sind stärker belastet. Auch das gehört zur Wahrheit.

Aber die Krise verschärft Probleme, die vorher schon bestanden haben. Hier möchte ich explizit auf die finanzielle Situation einiger Studierender eingehen. Es handelt sich hier eher um ein Problem und betrifft durchaus nicht den Großteil der Studierenden.

Der Großteil der Studierenden kommt aus privilegierten Haushalten, in denen die Eltern auch mal einen Euro mehr geben können und in denen die Eltern auch vorher schon die finanzielle Herausforderung ihrer Kinder übernommen hatten. Dies macht den Großteil aller Studierenden aus. Das ist die Situation und das ist, wie gesagt, eher ein Problem, das uns gerade jetzt etwas entgegenkommt.

Viele Leute fallen immer noch durch das Raster der Hochschulbildung. Viele Menschen genießen eben nicht die Möglichkeit eines Zugangs zu einer Hochschule; dafür gibt es diverse Gründe.

Deswegen bin ich auch kritisch, was Forderungen von Studierendenvertretungen nach 3.000 € Überbrückungsgeld für alle Studierenden angeht, die zu Beginn der Pandemie bekannt wurden. Ein Großteil der Studierenden braucht dieses Geld schlichtweg nicht und lebt von dem Geld ihrer Eltern.

Aber es gibt einen anderen Teil. Das ist der Teil, auf den sich der Blick der Politik richten muss. Dieser Teil betrifft diejenigen, die die Krise vom Schlechten her denken möchten, die eben nicht in privilegierten Haushalten oder mit privilegierten Eltern aufgewachsen sind. Die müssen nämlich überlegen, wie sie jetzt über die Runden kommen.

BAföG ist vorher schon absolut unzureichend gewesen. BAföG ist zu gering und zu ungerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christopher Vogt [FDP])

Ich nehme einmal den Kreis meiner Kommilitonen als Beispiel. Die Leute, die den Höchstsatz an BAföG bekommen haben, waren in der Regel die, deren Eltern selbstständig waren und die sich gegenüber dem BAföG-Amt irgendwie kleinrechnen konnten. Leute, deren Eltern arbeitslos waren oder schlecht verdient haben, haben in der Regel 200, 300 oder auch mal 400 € bekommen. Dann kann man sich vielleicht noch 450 € nebenbei verdienen. Jeder Euro jedoch, der darüber liegt, wird wieder abgezogen. Davon kann man in einer Stadt wie Kiel nicht gut leben. Wenn man sich allein die Mietsituation in Kiel anschaut, sieht man schon, wo die Probleme beginnen. Das heißt, das BAföG ist unzureichend. Ich kann dann nämlich teilweise nur noch schlecht arbeiten.

Wenn es dann wirklich immer noch nicht reicht, kommen wir auf Studienkredite zu sprechen. Studienkredite sind für viele die einzige Möglichkeit, einigermaßen zurechtzukommen. Es ist gut, dass diese Kredite zu Beginn der Pandemie zinsfrei wurden. Aber auch das ist keine wirklich tragfähige Lösung, und es ist vor allem nicht die Lösung, die wir eigentlich gern hätten.

Die Anzahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger sinkt jedes Jahr. Das ist ein Alarmsignal. Das hat nichts damit zu tun, dass die Gesellschaft gerechter würde, sondern das hat damit zu tun, dass sich immer mehr Menschen aufgrund von finanziellen Ängsten und Nöten gegen ein Studium entscheiden. Dadurch gehen uns Talente verloren, die wir in unserer Gesellschaft dringend bräuchten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Bundeshilfe ist völlig unzureichend. Allein die Überprüfung, ob man jetzt 500 € auf dem Konto hat oder nicht, kann doch wohl nicht ernst gemeint sein. Wir haben Situationen erlebt, bei denen die Auszahlung so lange gedauert hat, dass man weit mehr als 500 € auf dem Konto hatte, weil das die

(Lasse Petersdotter)

Auszahlungen der letzten Monate waren und man nicht erneut beantragen konnte.

Das gleiche erleben wir auch immer wieder beim BAföG. Wer im Juli, August oder September BAföG beantragt, verfügt darüber längst nicht im Oktober, sondern wartet bis zum Januar. Da passiert es dann auch mal sehr schnell, dass man im Freundeskreis alle möglichen Leute angepumpt hat, die man anpumpen kann, dass man aber auch den Dispokredit ausgereizt hat. Die Förde-Sparkasse war da nicht immer so bereitwillig.

Ich will es kurzhalten: Die Bundeshilfen reichen nicht aus. Hier werden wir nachjustieren müssen.

Ich möchte mich in dem Zusammenhang einmal ganz kurz an die Studierenden wenden: Nehmt Kredite auf, wenn es sein muss! Habt davor nicht große Angst! Ich selber hätte ohne BAföG, einen 20-Stunden-Job und Studienkredite niemals studieren können. Wenn das die Abwägung ist, dann sollte man einen Kredit aufnehmen. Es lohnt sich, es ist eine Investition in sich selbst. Dann sollte man lieber unter diesen Prämissen studieren. Wenn man dann später kein Geld mehr für die Kreditzurückzahlung hat, dann ist es im Zweifelsfall egal.

(Heiterkeit CDU)

Aber wir sollten die Leute dazu ermuntern, ihre Chancen zu ergreifen und sich nicht aus finanziellen Gründen von Studiengängen an den Hochschulen fernzuhalten. Ich glaube, auch hier brauchen wir eine Solidarität mit denen, die sie brauchen. Es sind sicherlich nicht alle, aber es gibt welche. Und gerade diejenigen sind es, die auf die Politik zählen können müssen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch unsere Hochschulen, ihre Beschäftigten und ihre Studierenden sind von der Pandemie besonders betroffen; das ist richtig. Ich danke der Ministerin für ihren Bericht, und ich danke auch der SPD-Fraktion für die Vorlage. - Schönen Gruß an den erkrankten Kollegen Heiner Dunckel und gute Besserung.

In kürzester Zeit mussten neue Konzepte für Online-Veranstaltungen entworfen und umgesetzt werden. Nach den Rückmeldungen, die mich erreicht haben, war das zwar nicht einfach, hat aber oft auch besser funktioniert, als man gedacht hatte, weil sich viele Beteiligte kreativ, flexibel und engagiert gezeigt haben. Mein Dank gilt deshalb all denen, die zum Gelingen des Online-Semesters beigetragen haben.

Die Hochschulen hatten es an der Stelle sehr viel einfacher als die Schulen. Allerdings kann man das in der Tat nicht miteinander vergleichen.

Und, Herr Kollege Petersdotter, aufgezeichnete Veranstaltungen waren als Student immer mein Traum, vor allem wenn die am Vormittag stattgefunden haben. Deswegen finde ich das gut. Wenn Veranstaltungen eh online stattfinden sollten, dann sollten sie auch in die Mediathek gestellt werden, damit man das nachvollziehen kann. Ich glaube, das sollte in der Tat Standard werden.

Nach dem Online-Semester folgt nun das Hybridsemester. Ich halte es für absolut richtig, dass insbesondere für die Studienanfänger eine Reihe von Präsenzveranstaltungen angeboten wird, auch wenn diese natürlich unter besonderen Schutzmaßnahmen stattfinden müssen. Die Bedingungen sind in der Tat schwer genug. Anette Röttger hat es angesprochen. Nach dem Erstsemester folgen ja auch immer die Parties. Die wären jetzt natürlich ein Problem. Aber es geht ja auch darum, dass man seine Dozenten kennenlernt, dass man seine Kommilitonen kennenlernt. Alles das muss möglich sein.

Hochschulen sind eben Orte der Begegnung, des Austauschs, der gegenseitigen Kommunikation und des Diskurses. Deshalb muss es für möglichst viele Studentinnen und Studenten eine schnelle Rückkehr in die Hörsäle geben, sofern dies verantwortbar ist.

Die Ministerin hat recht. Gerade die Studienanfänger, aber auch alle anderen, brauchen natürlich eine Perspektive, so dies möglich ist. Interessanterweise entwickeln sich die Studienzahlen in Schleswig-Holstein momentan sehr positiv. Damit war nicht unbedingt zu rechnen.

Die Pandemie hat aber auch bei den Hochschulen eine strukturelle Schwäche offengelegt. Das ist auch bei den Hochschulen die digitale Ausstattung, bei der wir in Schleswig-Holstein noch sehr viel Luft nach oben hatten. Insoweit wurde in den vergangenen Monaten bereits einiges nachgeholt. Wenn wir morgen über Finanzen sprechen, werden wir mehrere Millionen zusätzlich bereitstellen, damit das Hybridsemester ein Erfolg werden kann,

(Christopher Vogt)

damit weiteres Material beschafft werden kann: Videokonferenzsysteme oder Leitungen, die dem Datenverkehr auch standhalten. Auch das war im Frühjahr ein Problem. Insofern, glaube ich, strahlen wir jetzt ein richtiges Signal aus.

Meine Damen und Herren, viele Studentinnen und Studenten haben zu Beginn der Pandemie ihren Nebenjob verloren und hatten damit handfeste Finanzierungsprobleme. Die Bundesregierung hat darauf leider nur sehr zögerlich reagiert. Nicht nur deshalb halte ich die Diskussion um das BAföG für sehr wichtig.

Ich will aber auch Folgendes sagen: Wir hatten in Schleswig-Holstein das Glück, dass der DEHOGA-Bereich, also die Hotels und Gaststätten, ab Mitte Mai 2020 wieder geöffnet hatten. Dadurch hatte sich die Situation für viele Studentinnen und Studenten wieder entspannt, weil in diesem Bereich natürlich viele von ihnen in einem Nebenjob tätig sind.

Aber es gibt bereits seit Jahren Reformbedarf beim BAföG. Natürlich soll nicht jeder studieren. Wir haben in Deutschland zum Glück ein attraktives duales Ausbildungssystem, das für viele Fachkräfte der Zukunft optimal ist.

(Beifall FDP)

Darauf sollten wir stolz sein, und das sollten wir weiter stärken. Aber jeder in Deutschland, der studieren möchte und dafür die Voraussetzungen mitbringt, soll dies selbstverständlich auch tun können. Das ist der entscheidende Punkt an dieser Stelle.

(Beifall FDP)

Die entscheidende Voraussetzung soll eben nicht das Elternhaus sein, sondern die persönliche Befähigung, die jemand fürs Studium mitbringt. Das ist eine Frage der Chancengerechtigkeit, die für uns Liberale elementar ist.

Schon seit Jahren fordern wir deshalb, das BAföG grundsätzlich zu reformieren und es zu dem Instrument zu machen, als das es ursprünglich in den 70er-Jahren, als es eingeführt wurde, gedacht war. Ich finde es bedenklich und bezeichnend, dass wir erst eine Pandemie brauchen, damit das Thema im Bundesbildungsministerium in nennenswerter Form überhaupt auf die Agenda kommt. Ich habe nach wie vor nicht den Eindruck, dass dieses Thema bei Frau Karliczek zu einer Herzensangelegenheit geworden ist, ohne hier eine unnötige Schärfe in die Diskussion bringen zu wollen, Herr Kollege Koch.

(Beifall FDP)

Die Förderquoten sind mit nicht einmal jedem fünften Anspruchsberechtigten nicht nur insgesamt sehr niedrig, sondern sie sinken auch seit dem Jahr 2013 kontinuierlich und sind allein im letzten Vorcoronajahr 2019 um weitere 6,4 % gesunken. Parallel dazu haben sich die ausgezahlten Leistungen verringert. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln sind 2019 rund 900 Millionen € oder ein Drittel der Leistungen gar nicht erst abgerufen worden.

Was ist also zu tun? - Ich denke, der wichtigste Schritt wird sein, das BAföG von der Bereitschaft der Eltern, das Studium ihrer Kinder zu finanzieren, zu entkoppeln. Eine Förderung, die darauf setzt, dass die Eltern dem Studienwunsch der erwachsenen Töchter und Söhne schon irgendwie nachkommen werden, ist zwar vom Grundgedanken her nachvollziehbar, scheitert aber oft an der Realität in den Familien. Das geht nicht nur zulasten der Betroffenen, sondern ist im Zweifel auch nicht gut für unsere Gesellschaft, wenn vorhandene Talente bei uns nicht gefördert werden.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich freue mich ehrlich gesagt über die Einigkeit zumindest in diesem Hohen Hause. Das reicht zwar noch nicht aus, ist aber schon wichtig; denn zurzeit werden dadurch gerade für diejenigen, die aus einem Nichtakademikerhaushalt kommen, unnötige Hürden aufgebaut, ein Studium zu beginnen oder auch fortzusetzen. Auch das ist ein Punkt. Viele brechen ihr Studium ab, weil sie Finanzierungsprobleme haben.

Durch das elternunabhängige BAföG würden die bürokratischen Hürden erheblich gesenkt und jeder wüsste, bevor er sich für oder womöglich gegen ein Studium entscheidet, dass die Finanzierung nicht der entscheidende Hinderungsgrund sein wird.

Lasse Petersdotter hat es angesprochen, gerade in den Hochschulstädten haben wir in den letzten Jahren massiv gestiegene Mieten, und die BAföG-Sätze sind leider nicht entsprechend mitgewachsen. Deswegen ist das System aus der Zeit gefallen und muss grundlegend reformiert werden.

Meine Damen und Herren, Herkunft und Familiensituation dürfen bei einem Studium nicht der ausschlaggebende Faktor für eine Förderung sein. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein, und das scheint es ja offenbar nach den Reden und den Anträgen zu sein. Natürlich sind die Union und die SPD auch auf Bundesebene gefordert, das voranzubringen. Dass es im Bundesrat bisher keine Mehrheit findet, finde ich sehr bedauerlich. Ich verstehe ehrlich ge-

(Christopher Vogt)

sagt auch nicht, dass nicht einmal unter den Ländern diesbezüglich Einigkeit herrscht.

Ich finde eine Anhörung im Ausschuss sinnvoll, um mit den Studierenden ins Gespräch zu kommen. Vielleicht gibt es auch noch andere Möglichkeiten, die wir anstoßen sollten. Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und die Einigkeit. Ich denke, das wird ein guter Weg werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag zu a), Drucksache 19/2487, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2489 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/2529 dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Soll es auch in den Bildungsausschuss überwiesen werden?

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin, ich glaube es macht Sinn, dass die Anträge von der SPD und von der Koalition in den Bildungsausschuss gehen. Ich denke, da sind sie am besten aufgehoben. Die anderen Ausschüsse können sich damit befassen, aber vielleicht auf eigene Initiative.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Dann wiederhole ich die Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2489 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/2529 an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Sorgen der Landwirtschaft ernst nehmen - Wildgänse in Schleswig-Holstein auf erträglichen Bestand reduzieren

Antrag des Abgeordneten Volker Schnurrbusch (fraktionslos)
Drucksache 19/2493

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich Sie erneut darum bitten, ruhiger zu sein, damit dem Redner zugehört werden kann.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der diesjährigen Erntepressekonferenz berichtete der Präsident des Bauernverbandes Werner Schwarz über weitgehend erfreuliche Zahlen zur Landwirtschaft. Weniger erfreulich war seine Einschätzung zu den Ernteschäden, die durch Wildgänse verursacht wurden. Er sagte, und ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums:

„Benennen muss man auch die Ertragseinbußen von bis zu 80 % durch den Gänsefraß, vor allem an der Westküste. Hier wird ... Naturschutzpolitik auf Kosten Einzelner betrieben!“

Es ist wirklich ein Problem, denn Gänse nutzen weite Flächen zur Rast und richten dabei massive Schäden auf Wiesen und Gewässern an.

Als wir im Ausschuss auf unseren Antrag hin das Thema berieten, hieß es seitens des Ministeriums - ich darf noch einmal zitieren -: Die Vogelschutzrichtlinie passt sich nicht an den Bestand an.

Und weiter hieß es: Der Schutzstatus der Weißwangengans passt nicht mehr zum Populationsstatus. Eine Anpassung sei jedoch ein schwieriges Verfahren auf EU-Ebene.

Ich habe mich gefragt, ob das im Klartext für die geschädigten Landwirte hieße: Solange es in der EU schwierig ist, etwas zu ändern, ändert sich gar nichts? Das wäre doch für die Betroffenen wirklich übel. Denn die von Wildgänsen aller Art verursachten Schäden haben sich in den letzten Jahren zu einem großen Problem für unsere Landwirte entwickelt.

Wenn die Gänse ihre bevorzugten Flächen besetzen, werden diese für die Landwirte nutzlos. Der erste Schnitt Grünfutter wird weggefressen, die Fläche wird verkotet und somit unbrauchbar für die Weidetiere. Dieses Jahr sind besonders Föhr, Amrum, aber auch Fehmarn betroffen.

(Volker Schnurrbusch)

Das Nichthandeln der Landesregierung macht die Landwirte zurecht wütend. Seit Jahren machen Bauernverband und neuerdings auch die Bewegung „Land schafft Verbindung“ sowie betroffene Landwirte aus der Region auf die Problematik aufmerksam. Leider bisher immer noch ohne greifbares Ergebnis. - Jetzt muss ich meine Rede kürzen.

Wir haben diesen Antrag auch auf den Weg gebracht, weil wir dringend verlässliche Daten brauchen. Die Daten, die ich durch meine Kleine Anfrage bekommen habe, weichen doch recht deutlich von den Angaben betroffener Landwirte ab. Diese berichten zum Beispiel von rund 50.000 Nonnengänsen auf 400 ha Nutzfläche allein in Westerhever. Für den etwa gleichen Zeitraum spricht die Landesregierung von nur 680 Brutpaaren. Da klafft eine deutliche Lücke, die nur zum Teil mit dem Unterschied der durchziehenden beziehungsweise brütenden Gänse erklärt werden kann.

Wir können das Problem, das auch von der Regierung erkannt wurde und das der Minister verfolgt - das muss ich ja mal zugeben - nur durch eine Bestandsregulierung lösen. Bauernstand und Jägerschaft sind sich darin einig und warten nur auf die Erweiterung der Möglichkeiten, um das Problem der gefräßigen Gänse zu lösen. Der Kreistag Nordfriesland hat vor Kurzem eine entsprechende Resolution mit sehr konstruktiven Lösungen verabschiedet. Damit sollten wir uns vielleicht einmal befassen.

Deswegen beantrage ich heute die Überweisung unseres Antrags in den Umwelt- und Agrarausschuss, um mit Ihnen, aber vor allem mit allen Betroffenen zu beraten, wie man dieses Problem, das Dauerproblem mit den Wildgänsen, lösen kann. Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Claus Schaffer [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Klaus Jensen.

Klaus Jensen [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gänsefraßschäden an der Westküste sind ein Problem, das wir hier im Landtag seit über zehn Jahren immer wieder diskutieren. Was ist da los? - Die Populationen von Grau- und vor allem von Nonnengänsen gehen durch die Decke. Große Schwärme sind im Frühjahr und im Herbst an der Küste und auf den Inseln anzutreffen. Eine Gans frisst, so die Faustregel, 1 kg Gras oder Getreide

pro Tag und hinterlässt auch ebenso viel Kot auf den Flächen.

Das hat besonders in diesem Jahr zu katastrophalen Ernteaufschlägen geführt. Dies wird auch durch die Vorlage der Erntestatistik 2020 bestätigt - wir hörten es eben -, wonach auf betroffenen Flächen bis zu 80 % Ertragsausfälle zu verkraften sind. Das kann man nicht verkraften. Ich danke dem Bauernpräsidenten Werner Schwarz, dass er das auf dieser Erntepressekonferenz deutlich hervorgehoben hat.

Die in der Vergangenheit aufgelegten Naturschutzprogramme haben zwar einen gewissen Ausgleich der entstandenen Schäden zum Ziel gehabt, konnten aber nicht annähernd auskömmlich sein. Wesentlich größere Bestände, besonders von Nonnengänsen, und eine sehr viel längere Verweildauer haben das Problem eher verschärft. Hier sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, den bisherigen Schutzstatus der Nonnengans herabzustufen, zum Beispiel durch Feststellen des günstigen Erhaltungszustandes.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

In ihrem Bestand ist diese Gans mit Sicherheit nicht mehr gefährdet.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt ist es geboten, dass sich der Landtag mit diesem Thema wieder befasst.

Ich möchte dennoch kurz klarstellen, dass wir dem vorliegenden Antrag der AfD-Abgeordneten nicht zustimmen werden, weil die meisten der dort aufgeführten Punkte bereits erledigt sind.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

Was ist aber zu tun, damit ein wirksames Gänsemanagement installiert werden kann, das diesen Namen auch verdient? Der Landtag hat dies übrigens schon in einem einstimmigen Beschluss im Mai 2016 gefordert. - Die Lösung kann nur ein Paket von Maßnahmen sein. Maßgeblich ist die Einführung einer Entschädigungsregelung, die neben den bisher ausschließlich berücksichtigten Ackerflächen auch das Grünland umfasst. Diese Lücke muss geschlossen werden.

(Beifall CDU)

Die Feststellung des Schadens könnte wieder von der Landwirtschaftskammer übernommen werden, wie es Anfang der 90er-Jahre schon der Fall war. Dies wird ohne Frage zu höheren Zahlungen pro Hektar führen müssen, um den tatsächlich entstandenen Schaden auch vollständig auszugleichen. Be-

(Klaus Jensen)

sonders den Landwirten auf den Inseln könnte aber wirksam geholfen werden. Der gut gemeinte Ansatz mit Ausgleichszahlungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes bei gleichzeitiger Duldung der Gänse ist jedenfalls gescheitert.

Ziel muss eine Regulierung der Bestände in einer noch festzulegenden Bandbreite durch Vergrämung, durch Absammeln von Gelegen und ja, auch durch Abschüsse sein. Ohne sie wird es nicht gehen, um zu einem wirksamen Bestandsmanagement zu kommen. Meine Damen und Herren - -

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Klaus Jensen [CDU]:

- Ich komme zum letzten Satz. - Es ist kein Geheimnis, dass das Ministerium an der Schaffung neuer Finanzierungshilfen arbeitet, das hat Minister Albrecht meiner Bundestagskollegin Astrid Dame-row in einem Brief auch zugesichert. Ich erwarte damit auch einen wirksamen Beitrag zur Sicherung der durch Gänsefraß betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe an der Westküste und besonders auf den Inseln. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herzliche Grüße von der erkrankten Kollegin Sandra Redmann. An ihrer statt darf ich jetzt die Rede zu den Gänsen reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder kommt die AfD mit einem Antrag mit Obergrenze. Obergrenze ist kein politisches Gestaltungselement.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Aber dennoch: Immer wieder Obergrenze.

(Jörg Nobis [fraktionslos]: Damit kommen Sie doch bei den Infektionen auch!)

Klaus Jensen hat es gerade gesagt: Das Thema Gänse beschäftigt diesen Landtag seit zehn Jahren, vielleicht noch viel länger, und auch das Thema

Management wird hier in Schleswig-Holstein nicht nur gedacht, das wird auch praktiziert. Zu einem guten Management gehört ein Gänsemonitoring, denn nur genaue Zahlen können uns bei der Entwicklung von Maßnahmen helfen. Diese Datengrundlagen dienen dem Schutz der bedrohten Gänsearten und gleichzeitig der angemessenen Begrenzung der Population von häufigen Arten.

Dabei dürfen wir nicht nur Schleswig-Holstein sehen, sondern müssen auch die Bundesebene und die internationalen Aspekte im Auge behalten. Ich weiß, mit den internationalen Aspekten hat es die AfD nicht so. Aber bei Zugvögeln ist man gut beraten, wenn man über die Grenze hinausschaut.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

Denn, und auch das ist wichtig, man kann nicht alle Gänsearten in einen Topf werfen - wenn Sie das bitte im übertragenden Sinne nehmen.

(Heiterkeit)

Es gilt, unterschiedliche Rahmenbedingungen zu schaffen, und das hat das Ministerium im April 2020 umfangreich dargestellt. Herr Minister, vielen Dank an Sie, an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn das war ein guter Bericht. Es ist deutlich geworden, dass Sie die Sorgen der Landwirte in Schleswig-Holstein ernst nehmen, denn Schleswig-Holstein hat einen Antrag gestellt, in der nächsten GAP-Förderperiode auch Schäden durch geschützte Tierarten EU-förderfinanzierungsfähig zu gestalten. Schleswig-Holstein ist auch auf die Gremien des Afrikanisch-Eurasischen Wasservogelabkommens zugegangen und wirbt massiv für ein einheitliches Vorgehen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben. Das ist ein kluger Weg.

(Beifall SPD)

Auch Vergrämungsmaßnahmen sind bereits möglich. Ob diese zweckmäßig sind und wie man sie gestalten muss, damit sie zweckmäßig sind, wird sicherlich weiterhin Thema im Ausschuss sein.

Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich Marlies Fritzen vom 7. November 2018:

„Vergrämungen sind angesprochen worden. Wir wissen, dass sie weitgehend wirkungslos sind, weil die Gänse auffliegen und sie, wenn sie herunterkommen, noch hungriger sind. Wir kennen das alle aus der Situation, wenn wir einmal im Fitnessstudio waren und dann noch mehr zu uns nehmen.“

(Heiterkeit)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Genauso ist das bei den Gänsen. Sie sind an manchen Stellen zutiefst menschlich.

Die Punkte, Herr Schnurrbusch, die Sie beantragt haben, sind unnötig, rechtlich nicht haltbar und überflüssig. Zu einem besonders gutes Management gehört es, dass es ständig weiterentwickelt wird - das passiert schon in Schleswig-Holstein. Diese Entwicklung muss im Sinne des Arten- und Naturschutzes und der Landwirtschaft passieren. Ihr undifferenzierter Antrag ist zu spät und überflüssig. Deshalb werden wir ihn selbstverständlich ablehnen. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich darf für die erkrankte Kollegin Marlies Fritzen reden und von dieser Stelle aus gute Besserung wünschen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In großen Schwärmen ziehende und rastende Gänse werden für Naturliebhaberinnen und Naturliebhaber eine Freude sein, sie richten aber auf landwirtschaftlichen Flächen durch Fraß und Verkotung erhebliche Schäden an. Das ist ein Ärgernis und mehr. Das Problem ist überhaupt nicht neu, es ist durch den Anstieg der Gänsezahlen in den letzten Jahren aber erheblich verschärft worden. Einzelne Betriebe, deren Flächen bevorzugt aufgesucht werden, sind besonders hart betroffen. Das wollen wir nicht wegdiskutieren. Diesen Betrieben muss geholfen werden.

Deshalb gibt es das Angebot im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. Die Ausgleichszahlungen für die Duldung der Gänse auf bestimmten Flächen und die Vergrämung auf anderen Flächen wird dadurch ermöglicht. Der Landtag hat - das ist eben schon gesagt worden - 2016 die Landesregierung einstimmig gebeten, ein landesweit abgestimmtes und breit akzeptiertes Handlungskonzept für gänsebedingte Fraßschäden in der Landwirtschaft zu entwickeln. Genau das macht die Landesregierung. Ich nenne das Onlinetool zur Erfassung der Schäden, das eingerichtet wurde. Seitens der Landwirtschaft wird eine Umstellung der Entschädigungszahlungen gefordert. Wir Grüne sind offen dafür. In den Diskussio-

nen um die zukünftige EU-Agrarförderung setzt sich das Land dafür ein, dass Entschädigungszahlungen für Gäneschäden in der kommenden Förderperiode auch kofinanzierungsfähig werden. Ich glaube, dass das eine gute Perspektive ist. Wenn dies auch Wunsch der beteiligten Akteure ist, wollen wir die Mittel aus dem Vertragsnaturschutz Gänse künftig dafür in Kofinanzierung verwenden.

Eine immer wieder erhobene Forderung betrifft die Bejagung der Vögel. So sollen Jagdzeiten verlängert und deren Schutzstatus verändert werden. Dazu ist zu sagen: Die Bejagung von Graugänsen findet bisher gar nicht im rechtlich möglichen Umfang statt, es geht also noch mehr. Hier sind demnach nicht die gesetzlichen Regeln, sondern die tatsächlich jagdliche Praxis dafür verantwortlich, wie es im Moment läuft.

Für die Nonnengans gilt in allen EU-Mitgliedstaaten ein strenger Schutz nach der EU-Vogelschutzrichtlinie. In Schleswig-Holstein haben wir das Fenster für mögliche Vergrämungsabschüsse so weit wie irgend möglich geöffnet. Darüber hinaus sind auf Antrag einzelne Schonzeitabschüsse oder Eientnahmen von Grau- und Nonnengänsen möglich und auch ein Verscheuchen durch Schreckschuss, Betreten oder Befahren der Flächen und so weiter.

Das macht aber nur Sinn, wenn die Gänse auf Ruheräume ausweichen können. Diese Vorgänge sind eben geschildert worden.

Fazit: Mit den rechtlich zulässigen und praktisch umsetzbaren jagdlichen Regulierungsmöglichkeiten ist kein Rückgang der Schäden zu erreichen. Das ist eine Scheindebatte, die nicht zur Lösungsfindung beiträgt, ebenso wenig wie der AfD-Antrag. Daher lehnen wir ihn ab. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So wie die Zugvögel jedes Jahr wiederkommen, beschäftigt sich auch der Landtag immer wieder mit den Schäden, die die Gänse hinterlassen. Heute springt der AfD-Abgeordnete Volker Schnurrbusch auf das Thema auf, allerdings ohne etwas Wesentliches zur Lösung der Problematik beizutragen. In

(Oliver Kumbartzky)

Ihrem Antrag finden sich keine konstruktiven Punkte. Dass Sie selbst nicht hinter Ihrem Antrag stehen, belegen Sie dadurch, dass Sie ihn an den Ausschuss überweisen wollen.

Sie weisen darauf hin, dass es von Bauernverband, LSV und Nordfriesischem Kreistag gute Ansätze gibt. Das ist richtig, aber diese Ansätze finden sich nicht in dem Antrag. Ihren Antrag können wir wirklich guten Gewissens ablehnen. Wir werden das Thema Gänsefraß trotzdem im Ausschuss behandeln. Dafür brauchen wir Sie gar nicht. Es ist sowieso schon angemeldet, dass wir das über das Thema Gänsemonitoring in der nächsten Sitzung sprechen werden, und das ist gut so.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Interessen des Artenschutzes und der Landwirtschaft müssen zu einem Ausgleich gebracht werden; das ist klar. Auch das Konfliktpotenzial zwischen Artenschutz und Landwirtschaft ist uns bekannt und ist erkannt. Aber - Frau Eickhoff-Weber, da haben Sie absolut recht - bei Zugvögeln handelt es sich naturgemäß um ein internationales Problem. Eingriffe nur in Schleswig-Holstein zu fordern, bringt nicht viel. Trotzdem sollten wir durchaus einmal prüfen, ob unsere Jagdzeitenverordnung für Gänse nicht anpassbar wäre, natürlich rechtskonform, um den Landwirten vor Ort etwas mehr an die Hand zu geben.

Der Hase liegt aber woanders im Pfeffer. Was wirklich helfen würde - da bin ich beim Kollegen Klaus Jensen -, ist eine Neufassung der Artenschutzlisten und Artenschutzinstrumente auf EU-Ebene. Jedes Tier, das auf den EU-Artenschutzlisten steht, wird mit klaren Vorgaben geschützt, und zwar prinzipiell für immer, egal, wie sich die Population entwickelt. Da fehlt eine dynamische Anpassungsmöglichkeit.

Die Bestände der Nonnengans haben sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Auch beim Wolf kann man nicht von einem Artenrückgang reden, sondern ganz im Gegenteil. Man sollte sich die Artenschutzlisten bei diesen Tierarten einmal genau anschauen und nach Möglichkeit flexibilisieren.

Ich möchte es zusammenfassend auf den Punkt bringen: Schäden bis hin zum Totalausfall auf Acker- und Weideflächen sind nicht hinnehmbar.

(Beifall FDP und CDU)

Der wirtschaftliche Fortbestand der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe darf nicht infrage gestellt werden. Dafür bedarf es Maßnahmen: Ran an die Artenschutzlisten und hin zu einem wirksamen

Bestandsmanagement und damit einer räumlich und zeitlich erweiterten Bejagung inklusive Vergrämung!

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Auch wirksame, volle Entschädigungsregelungen inklusive Grünland sind wichtig, wobei die Schadensvermeidung Vorrang haben sollte.

Ich freue mich auf die Diskussion, die wir im Ausschuss führen werden. Den Antrag des Abgeordneten Schnurrbusch lehnen wir ganz klar ab. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [fraktionslos]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir uns in dieser Sache einig sind. Es ist doch super, dass wir alle wollen, dass die Schäden für die Landwirtschaft begrenzt werden. Das ist doch toll!

Ich verstehe allerdings Ihre Ausführungen nicht, wenn Sie sagen, das sei seit zehn Jahren Thema, das Problem aber immer noch nicht gelöst ist. Sie beschweren sich hier über ein Problem, alle sind sich einig, aber Sie schlagen keine konstruktiven Lösungen vor. Warum kommt von Jamaika denn kein Antrag in diese Richtung? Warum geht es da auf EU-Ebene nicht weiter?

Der Herr Minister hat im Ausschuss deutlich erklärt, woran es im Moment hakt. AEWA - da sind auch Sie vorstellig geworden - ist nicht verbindlich. Da spricht man über Obergrenzen. Frau Eickhoff-Weber, AEWA hat eine Obergrenze von 400.000 festgelegt. Obergrenzen sind nicht unsere Idee, die gibt es schon länger. Die Obergrenze ist sinnvoll und schon längst erreicht. Aber AEWA ist nicht rechtsverbindlich, wenn ich den Minister richtig verstanden habe.

Man muss an die EU-Ebene heran, und der Herr Minister als erfahrener EU-Parlamentarier und Jurist wird das vielleicht schaffen. Fordern Sie ihn doch einmal auf, da tätig zu werden!

Wir reden hier über Entschädigungen - schön und gut. Bauern sind aber keine Bittsteller. Sie wollen dort Landwirtschaft betreiben, sie wollen ihre Weidetiere auf die Wiese bringen, sie wollen das Vor-

(Volker Schnurrbusch)

land pflegen, was auch in unserem Interesse ist. Und wir haben heimische Brutvögel, die durch Zugvögel verdrängt werden. Bei all dem geht es um praktizierten Naturschutz.

Insofern verstehe ich nicht, dass Jamaika da nicht aktiver wird, sondern nur sagt, die AfD brauche man nicht. Dann werden Sie doch selbst aktiv!

Abgesehen davon weise ich darauf hin, dass wir das Thema bereits im April für die Tagesordnung des Ausschusses angemeldet haben und das Ganze wegen Corona x-mal verschoben worden ist.

Also, Entschädigungen sind gut und schön. Ich sehe es genauso wie der Kollege Jensen, da muss mehr gemacht werden. Letztlich darf es aber nicht das Ziel sein, immer nur an den Symptomen herumzudoktern, sondern muss darum gehen, die Ursachen zu bekämpfen.

Ich weise abschließend darauf hin, dass der Kreistag Nordfriesland eine Liste - ich habe sie hier in der Hand - von zehn Punkten in einer Resolution verabschiedet hat. Es ist wert, darüber im Ausschuss zu reden, unabhängig davon, ob Sie der Überweisung meines Antrags zustimmen. Das Thema verdient es, im Ausschuss intensiv beackert zu werden. Ich bin sicher, dass auch der Minister gleich etwas Schlaues dazu beitragen wird. - Vielen Dank.

(Beifall Claus Schaffer [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schnurrbusch, bereits im Titel Ihres Antrags befinden sich zwei fundamental falsche Annahmen. Erstens nehmen wir die Sorgen der Landwirtschaft als Landesregierung sehr ernst. Das habe ich nicht nur gestern wieder deutlich gemacht, als es um die Lage der Schweinehaltung im Land ging, sondern ich war in diesem Jahr in zahlreichen Gesprächen und Vor-Ort-Besuchen an der Westküste und auf den Inseln, um über das Thema der Gänsefraßschäden zu sprechen und mir ein eigenes Bild zu machen. Ich weiß deswegen, wie einzelne Betroffene tatsächlich erheblich unter dieser Situation leiden.

Zweitens lässt sich der Bestand der Gänse gar nicht einfach so im Land Schleswig-Holstein reduzieren, damit das Ausmaß für die betroffenen Landwirte erträglicher wird. Ich möchte Ihnen gern noch einmal darlegen, warum dies der Fall ist.

Die meisten in Schleswig-Holstein angetroffenen Gänse ziehen quer durch Europa und machen in Schleswig-Holstein in der Regel nur einen Zwischenhalt. Im Rahmen der geltenden EU-Artenschutzregeln ist der Abschuss insbesondere bei diesen Zwischenstopps nur begrenzt erlaubt, bei einigen mehr, bei anderen weniger. Selbst in diesem rechtlichen Rahmen, der uns vorgegeben ist, den wir als Ministerium aktuell bereits auf das weitestgehend Mögliche mit Blick auf entsprechende Ausnahmegenehmigungen ausnutzen, ist es regelmäßig ganz praktisch gar nicht machbar, den Abschuss in größerem Maße durchzuführen.

Viel wichtiger als Ihr Fehlschuss, der hier vorgelegt wird, ist es, den vom Gänsefraß betroffenen Landwirtinnen und Landwirten tatsächlich zu helfen, trotz der Gänse ordentlich ihre Arbeit machen und davon leben zu können. Ein ordentliches Gänsemanagement sollte statt einer Bestandsreduktion vor allem eine finanzielle Kompensation für die Fraßschäden im Fokus haben.

Ich will deshalb mit meinem Haus dafür Sorge tragen, dass Ausgleichszahlungen für belegte Schäden gezahlt werden. Auf EU-Ebene haben wir bereits den Vorstoß unternommen, in der nächsten Agrarförderperiode Ausgleichszahlungen für Schäden durch EU-rechtlich streng geschützte Arten kofinanzierungsfähig zu machen.

Parallel dazu haben wir mit einer Weiterentwicklung unserer Vertragsnaturschutzangebote begonnen, weil bei den bisherigen Mustern keine Möglichkeit der Honorierung von Gänseuldungen im Intensivgrünland vorgesehen ist.

Diese Lücke soll künftig geschlossen werden, falls die EU uns die direkte Ausgleichszahlung nicht kofinanzieren lässt. Ich werde mich daher dafür einsetzen, den Schwerpunkt des Gänsemanagements auf den Ausgleich der finanziellen Verluste für die Landwirtschaft zu legen und gleichzeitig die bereits mögliche Jagd als flankierende Maßnahme zu nutzen und im rechtlich gegebenen Rahmen zu vereinfachen. Das hilft der Landwirtschaft, ohne den Erhaltungszustand insbesondere der Nonnengans zu gefährden, auf den wir durch das EU-Recht nun einmal verpflichtet sind.

Im Rahmen eines Runden Tisches Ende September haben wir diese Vorschläge mit allen Beteiligten er-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

neut besprochen. Ich erlebe viel Unterstützung von Landwirtinnen und Landwirten, sich endlich den praktisch umsetzbaren Lösungen für das Problem des existierenden Gänsefraßes zu widmen.

Für einige Betriebe stellen die auftretenden Schäden in der teils ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation eine echte Belastung dar. Diesen Betrieben hilft es aber wenig, wenn man bei der Suche nach Lösungen weiterhin an ideologisch geprägten Theoriedebatten festhält.

Ich bin zuversichtlich, dass wir zu Beginn der neuen Agrarförderungsperiode eine neue Lösung in Kraft treten lassen können, die das Leben und Wirtschaften mit den Gänsen deutlich besser möglich macht und sowohl Akzeptanz für die Gänse als auch für die weiterhin nötige Jagd in begrenztem Ausmaß deutlich steigert. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2493 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Es ist nicht so ganz eindeutig, wie in der CDU abgestimmt wird. - Doch, jetzt zwischenzeitlich ja. Wer ist dagegen? - Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten Schnurrbusch, Schaffer, Dr. Brodehl und von Sayn-Wittgenstein. - Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Antrag dann abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Polizei besser schützen - Tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte konsequent verfolgen und bestrafen

Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer (fraktionslos)

Drucksache 19/2494

Mehr Respekt für unsere Einsatzkräfte - Akzeptanz und Wertschätzung für die Arbeit unserer Einsatzkräfte stärken!

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2528

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [fraktionslos]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Tätliche, also gewalttätige Angriffe auf Polizeibeamte richten sich immer auch gegen unsere demokratisch verfasste Gesellschaft und damit letztlich gegen uns alle. Die jüngsten Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz, wo sich Linksextremisten drei Tage lang gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten, aber auch die Geschehnisse in Berlin anlässlich der Räumung eines von Linken besetzten Hauses geben hierfür erschreckende Beispiele ab.

Auch in Schleswig-Holstein wurde im zurückliegenden Jahr praktisch an jedem Tag ein Polizeibeamter durch Gewalttäter verletzt. Es ist also auch unser Thema. Wenngleich die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte im Vergleich zum Vorjahr hier leicht rückläufig ist, sind es doch mehr als 1.250 Fälle, die auch für mich vollkommen unerträglich sind.

Linksextreme Gewalttäter haben zuletzt in Henstedt-Ulzburg ohne mit der Wimper zu zucken Polizeibeamte attackiert. Diese anlasslose Gewaltbereitschaft macht mich dabei sehr nachdenklich, und das Nachdenklichsein sollte auch hier um sich greifen.

In der Tat trifft dieses Nachdenklichwerden nicht nur die AfD. Denn auch Sachsens Innenminister Wöllner will ein Mindeststrafmaß von sechs Monaten für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Thorsten Frei, sprach sich für ein höheres Strafmaß aus. Die Gesellschaft müsse sich stärker schützend vor die Sicherheitskräfte stellen, wird dieser zitiert.

Noch ein Bundestagsabgeordneter der CDU, Herr Irmer, sieht eine Anhebung des Strafmaßes ebenfalls für notwendig an. Ich denke, wir sind da durchaus in guter Gesellschaft, zumindest soweit es den konservativen Kern der CDU betrifft. Strafanrohungen allein schrecken nicht ab. Darüber sind wir uns in der Tat alle einig. Ja, wenn ein Gewalttäter einen Polizeibeamten tätlich angreift - ein kräftiger Stoß gegen den Oberkörper ist bereits ein solcher Angriff -, dann halte ich eine Mindestfreiheits-

(Claus Schaffer)

strafe von sechs Monaten für vollkommen angemessen.

Ich bin mir auch absolut sicher, dass erste Verurteilungen in Kreisen derer, die Polizeibeamte gerne einmal angreifen, sehr schnell die Runde machen werden. Diese Verurteilungen werden Wirkung entfalten, wenn sie denn erfolgen und wenn sie schnell erfolgen. Also rauf mit der Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte, dann braucht es nur noch konsequente Verurteilungen, und ein wesentlicher Baustein zu einem verbesserten Schutz der Frauen und Männer im Polizeidienst ist damit gesetzt.

Ihr Alternativantrag - vielen Dank dafür - bestätigt unsere Idee einer Kampagne für die Polizei, und sie erweitert diese sogar. Das ist ein gutes Signal, denn auch wenn wir das hier schon mehrfach thematisiert haben: Ihr Bemühen und auch unseres aus der Vergangenheit wird immer und immer wieder durch die Angriffe der SPD auf die Polizei bundesweit und zuletzt mit einer einzigen Pseudo-Rassismus-Kampagne kaputtgemacht. Wir brauchen also ein schärferes Schwert, und deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [fraktionslos] und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

Tim Brockmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Polizei in Schleswig-Holstein ist eine Bürgerpolizei. Sie ist 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche Freund und Helfer für die Menschen in unserem Land. Das ist das Selbstverständnis unserer Polizei, und auch die überwiegende Anzahl der Menschen in Schleswig-Holstein sehen dies genauso. Unsere Polizistinnen und Polizisten halten jeden Tag ihren Kopf hin. Sie sind in Gesprächen mit den Bürgern, sie helfen in kritischen Situationen und wagen sich in gefährliche Einsätze. Sie arbeiten im Schichtdienst, sie arbeiten am Wochenende, und für all das, was sie leisten, gebührt ihnen Dank, Anerkennung und Respekt.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] und Volker Schnurrbusch [fraktionslos])

Leider sind dieser Dank, diese Anerkennung und dieser Respekt nicht selbstverständlich. Es kommt

immer wieder vor, dass Polizistinnen und Polizisten genau das Gegenteil erfahren, nämlich Misstrauen, Geringschätzung und leider auch Gewalt.

Gewalt gegenüber einem Menschen auszuüben, ist nur in wenigen Situationen hinnehmbar: neben Notwehrsituationen nämlich nur dann, wenn sie vom Staat zur Durchsetzung von Gesetzen ausgeübt wird. Das gilt ohne Ausnahme.

Umgekehrt heißt das auch, dass ein gewalttätiger Angriff auf Einsatzkräfte nicht hinnehmbar ist. Es ist nicht nur ein Angriff auf die persönliche Integrität, auf Leib und Leben eines Menschen, sondern es ist auch ein Angriff gegen unseren Staat. Einen solchen Angriff müssen wir mit aller Entschlossenheit beantworten.

Insofern war es gut, dass die Große Koalition in Berlin bereits im Jahr 2017 auf die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten reagiert hat. Mit der Einführung des eigenen Straftatbestandes tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte in das Strafgesetzbuch wurde ein klares und unmissverständliches Zeichen gesetzt, nämlich, dass wir als Staat keine Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte tolerieren. Diese Verschärfung des Strafrechts war längst überfällig und im Übrigen eine alte Forderung der CDU-Landtagsfraktion.

Es ist völlig klar, dass mit dieser Verschärfung nur ein erster wichtiger Schritt gegangen wurde. Da dieser Schritt allein nicht ausreichend ist, setzt unser Antrag an dieser Stelle an. Wir wollen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte noch stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt wird. Respekt und Anerkennung müssen wieder gesamtgesellschaftlicher Konsens werden. Wir wollen unsere Polizistinnen und Polizisten noch besser auf diese Realität vorbereiten und die Gesellschaft sensibilisieren.

All diese Maßnahmen helfen weiter als ein populistischer Antrag, der einfach nur die Mindeststrafe erhöhen will und völlig übersieht, dass es eine Mindeststrafe ist und die Strafe nach oben hin deutlich weiter gefasst werden kann. Deshalb lehnen wir auch den Antrag des Abgeordneten Schaffer ab. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kathrin Bockey [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Respekt und Anerkennung für Polizistin-

(Kathrin Bockey)

nen und Polizisten ist wichtig. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass er in weiten Teilen der Gesellschaft durchaus vorhanden ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Blick weiten und mit einer Frage beginnen: Wer verdient Respekt in dieser Gesellschaft? Polizeibedienstete, Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Politikerinnen und Politiker, Pflegekräfte, Kassiererinnen und Kassierer, Klempner im Notdienst, die Leute von der Müllabfuhr,

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- nein -, aber auch die helfenden Hände in der Nachbarschaft.

(Stephan Holowaty [FDP]: Wer verdient denn keinen Respekt?)

Ich finde, sie alle erfüllen an ihrem jeweiligen Platz eine gute und wichtige Funktion.

(Beifall SPD)

Eine gute Gesellschaft lebt davon, dass sie denen Respekt und Anerkennung zollt, die sich für das Gemeinwohl engagieren und die Dienste an anderen tun. Eine gute Gesellschaft geht mit diesen Menschen sorgsam um und zeigt Dankbarkeit. Diese Dankbarkeit hat unterschiedliche Ebenen. Manchmal zeigt sie sich in kleinen Gesten und manchmal auch in großen, grundlegenden politischen Entscheidungen.

Einsatzkräfte und Amtsträger haben eine Gemeinwohlaufgabe, die ihnen die Pflicht auferlegt, anderen zu sagen, was sie in bestimmten Situation zu tun oder zu lassen haben. In einer Gesellschaft, die auf Individualrechte setzt, kommt das nicht immer gut an, auch wenn es dem Gemeinwohl dient. Hier liegt ein zentrales Problem, das mit den beiden vorliegenden Anträgen leider nicht gelöst werden kann.

Härtere Gesetze können Einsatzkräften nicht mehr Respekt verschaffen. § 114 StGB ist - in Teilen zumindest - das beste Beispiel dafür, denn seine Einführung hat die Sachlage nicht wirklich verbessert.

Wissen Sie, ein Strafraumen ist wie ein Bilderrahmen. Manchmal sieht der Rahmen toll aus, aber entscheidend ist das Bild, und dieses Bild im Strafraumen wird von der Justiz bestimmt, denn sie füllt ihn aus.

Ich wüsste jetzt gern, warum die Zeit fast abgelaufen ist. Das kann eigentlich nicht sein.

Präsident Klaus Schlie:

Doch, das ist so, weil Sie nur 3 Minuten Redezeit haben, Frau Abgeordnete.

Kathrin Bockey [SPD]:

Dann bin ich an dieser Stelle falsch davor. Aber das macht nichts. - Ich möchte gern darauf hinweisen, dass der Strafraumen das eine ist und das Handeln der Justiz das andere. Hier hat es in den letzten Jahren viele Verbesserungen gegeben, unter anderem die Sonderdezernate für genau die Amtsträgerdelikte.

Wir glauben, das überzeugende Demokratieprojekte von Kindertagen an nachhaltigeren Erfolg versprechen als Werbekampagnen. Dass man sich trotzdem anhand eines Antrags, wie die CDU ihn gestellt hat, darüber unterhält, wie man zu besseren Lösungen kommen kann, nehmen wir als gutes Signal. Ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich: Wer Polizistinnen und Polizisten nach besonders belastenden Einsatzlagen helfen will - sie entstehen auch durch Beleidigungen, Angriffe und Demütigungen -, der muss dafür sorgen, dass sie die entsprechenden psychologischen Hilfen und die Möglichkeiten zur vorurteilsfreien Supervision bekommen. Ich hoffe, dass auch das Thema wird, wenn wir über den Antrag der CDU beziehungsweise irgendwann über die Ergebnisse beraten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst seit gut zwei Jahren wird der sogenannte tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte mit einer Mindeststrafe von drei Monaten bedroht. Die Höchststrafe beträgt fünf Jahre. Im besonders schweren Fall gilt auch heute schon die Mindeststrafe von sechs Monaten.

Meine Damen und Herren, wenn die Behauptung des Abgeordneten Schaffer stimmen sollte, dass diese - aus meiner Sicht wegen der Unbestimmtheit und Uferlosigkeit des Tatbestandsmerkmals „tätlicher Angriff“ schon damals überzogene Verschärfung - nichts gebracht hat, bestätigt dies nur eine gesicherte kriminologische Erkenntnis: Strafverschärfungen haben - gerade bei affektgesteuerten

(Burkhard Peters)

Handlungen - keinen messbaren generalpräventiven Effekt.

(Claus Schaffer [fraktionslos]: Angriffe gegen Polizeibeamte sind keine Affekthandlungen!)

Ein Blick auf die Kriminalitätszahlen in den USA und die dort gegebenen Strafandrohungen bis hin zur Todesstrafe macht das ganz offenkundig deutlich.

Ich erinnere an die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses vom 19. Juni 2019. In ihr wurde über die „Ursachenanalyse Gewalt gegen Polizeibeamte“ des LKA in Kiel berichtet. Herr Riesner von der kriminologischen Forschungsstelle des LKA bestätigte ausdrücklich, dass eine Nachweisbarkeit der generalpräventiven Wirkung von Strafverschärfung kriminologisch kaum möglich sei. Sie waren dabei, Herr Schaffer. Ihre Forderung im vorliegenden Antrag ist daher ein ebenso untauglicher wie intellektuell armseliger Versuch, politische Schneidigkeit vorzugaukeln. Wir lehnen den Antrag ab.

Wir haben dagegen bereits 2017 in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, eine Respektkampagne für Schleswig-Holsteins Polizei zu starten. Da setzt unser Alternativantrag an und stellt die geplante Kampagne auf ein breit angelegtes Fundament: Prävention, Ursachenerforschung, Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Vollzugskräfte, Aufklärungskampagnen in Schulen, Sportvereinen, Jugendvereinen und Jugendverbänden, Stärkung der Kommunikationskompetenz bei den Vollzugskräften. All das macht Sinn - im Gegensatz zu Ihrem Antrag.

Meine Damen und Herren von der Gruppe, ein Wort noch zur Begründung Ihres Antrags. Sie spannen darin einen Bogen von den Black-Lives-Matter-Demos hin zur Gewalt gegen Polizeivollzugskräfte. Das ist unerträgliche Hetze.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie kriminalisieren damit engagierte Menschen, die auf Rassismus auch in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft aufmerksam machen und bei ihrer Betrachtung auch Träger des staatlichen Gewaltmonopols nicht aussparen wollen. Das ist selbstverständlich ein völlig legitimes Anliegen.

(Zuruf Claus Schaffer [fraktionslos])

Zahlreiche Menschen haben in Deutschland friedlich für die Anliegen der Black-Lives-Matter-Bewegung demonstriert. Seien Sie versichert: Wir werden in der nächsten Tagung den Punkt zu einer vor-

urteilsfreien Studie zu Rassismus in der Polizei noch einmal aufgreifen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute wollen wir eine auf Schleswig-Holstein zugeschnittene Respektkampagne für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste auf den Weg bringen. Sie haben unser aller Respekt für ihren täglichen Einsatz verdient.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber worüber reden wir? Ich habe mich kurz hingehetzt und runtergeschrieben, was ich selbst erlebt habe, wobei ich Zeuge war oder was mich aufregte.

Wir reden über A.C.A.B.; das kennen Sie vielleicht: All Cops are Bastards. Wir reden über Bullenklatschen, womit sich die Szene abfeiert, große Stahlkugeln, die auf Verkehrskräfte mit Schulterdurchschuss abgefeuert werden, das Werfen von Kot und Urin auf Polizeikräfte, widerliche Spuckattacken auf Polizeibeamte mit dem Hinweis: „Übrigens, ich habe AIDS“.

Wir reden also über alltägliche Beschimpfungen und Widerstandshandlungen, die einen Mangel an Respekt belegen. Und wir reden über - ich zitiere -: „Na, Bullenschlampe, willst du mal einen richtigen Mann haben? Ach nein, du bist viel zu hässlich“, oder: „Habt ihr nichts Besseres zu tun?“, und: „Wenn man euch braucht, seid ihr nicht da“.

Wir reden über den berühmten Müllartikel. Und wenn sich die Autorin durch den Shitstorm bedroht fühlt, ist es genau diese Polizei, die sie in ihrem Artikel angegriffen hat, die sie beschützt.

Wir reden über Gaffer an der Unfallstelle oder das Wenden in der Rettungsgasse, aufgebrachte Menschenmengen, die Rettungseinsätze unmöglich machen, über die tägliche zermürende Erfahrung, dass gute Ermittlungsarbeit nicht zur Anklage führt.

Wir reden über Stuttgart, wo aus dem Nichts eine Randalie entsteht. Das sind nur wenige Beispiele aus dem Blaulichtalltag.

(Jörg Hansen)

Nun kann man sagen: It's part of the job. - Ja, das gehört leider zur Realität. Aber das heißt noch lange nicht, dass man das akzeptieren muss.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nein, wir wollen und dürfen dies nicht akzeptieren. Wir haben das Problem erkannt und im Koalitionsvertrag festgeschrieben, denn dieses Problem zu lösen, ist unser aller Ziel, und ich glaube, Sie nehmen es mir ab, dass dies eine Herzensangelegenheit von mir ist.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wie können wir dieses Ziel also erreichen? Eine einfach Strafmaßerhöhung, wie uns der Antrag von Herrn Schaffer suggerieren will, ist nicht zielführend. Burkhard Peters hat das ausführlich begründet. Ein Augenmerk muss aber vor allem auf der Präventionsarbeit liegen. Wir wollen dieses Thema zielgerichtet in die Öffentlichkeit holen, öffentlich diskutieren und die Diskussion am Leben erhalten.

Jamaika setzt das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag konsequent um. Wir wollen wissen und untersuchen lassen, wie, warum und wo diese Entwicklungen geschehen. Der richtige Weg sind unabhängige Studien und Untersuchungen, auf deren Grundlage eine sachliche und faktenbasierte Diskussion ermöglicht wird. Wir halten daher die jüngsten Initiativen der Landesregierung und aus der Landespolizei selbst heraus für richtig.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jörg Hansen [FDP]:

Ja, der letzte Satz. - Wir werden diese Initiativen unterstützen. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu und lehnen Sie Herrn Schaffers Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vergangenen Jahr gab es im Schnitt jeden Tag mindestens drei Beleidigungen, Widerstandshandlungen oder tätliche Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Insgesamt waren das also 1.254 Taten. Dabei haben die Täterinnen und Täter 377 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verletzt, neun davon sogar schwer verletzt. Das sind die nackten Zahlen, meine Damen und Herren.

Hinter jeder dieser Zahlen steht ein Mensch - ein Mensch wie Sie und ich, der Familie hat und der in der Freizeit - normalerweise - zum Beispiel gern zum Handball geht oder ins Theater, ein Mensch, der in seinem Job aber bespuckt, beschimpft, geschlagen und getreten wird, wir haben es eben gehört, weil er eine Uniform trägt. Ich finde das unerträglich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mich erschüttert immer wieder, wie gleichgültig zum Teil schwerste Verletzungen in Kauf genommen werden. Im Gespräch berichten mir nicht nur Polizistinnen und Polizisten, dass der Respekt gegenüber den Einsatzkräften in den letzten Jahren immer weiter gesunken ist. Auch Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, die Menschen retten und Brände löschen, berichten mir von wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen.

Das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Es liegt an uns, hier gemeinsam mit einem Bündel an Maßnahmen gegenzusteuern - einerseits mit guter Schutzausstattung für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, andererseits gehört natürlich dazu, Gewalt gegen alle Einsatzkräfte konsequent zu ahnden, und seien Sie gewiss, das tun wir auch.

Damit es aber gar nicht erst zu Gewalt gegen Einsatzkräfte kommt, investieren wir auch viel in unsere Präventionsarbeit. Aus einer Arbeitsgruppe des Landespräventionsrates resultierten im Sommer 2019 zum Beispiel ein Film und eine Kampagne unter dem Motto „Respekt? Ehrensache!“ Über die Presse und über YouTube haben wir den Film verbreitet. Gleichzeitig lief der Film einige Wochen landesweit im Vorspann von Kino-Blockbustern. Bis heute hat der Film auf YouTube über 13.000 Klicks. Über den Kinospot haben wir weitere 100.000 Personen erreicht. Ich freue mich, wenn wir gemeinsam an diese Kampagne anknüpfen können.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Ich bin davon überzeugt, mit guter Präventionsarbeit können wir den gesellschaftlichen Trend umkehren und wieder mehr gegenseitigen Respekt und Wertschätzung erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Claus Schaffer, Drucksache 19/2494, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten Schaffer, Nobis und Schnurrbusch, der Abgeordnete Dr. Brodehl und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2528, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42:

Sportland Schleswig-Holstein mit Leben füllen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2499

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich meinen Redebeitrag gleich mit ein wenig Selbstkritik beginnen: Wenn unser Antrag mit der Formulierung beginnt, der Bericht sei ein Meilenstein für den Sport, so wird das der Bedeutung des Ergebnisses eigentlich gar nicht gerecht. Es sind das Ergebnis und vor allem der Weg dahin, die diese Assoziation rechtfertigen.

Ich wiederhole mich gern: Bedeutsam und einzigartig ist die breite Beteiligung aller relevanten Akteure, inklusive einer Bürgerbeteiligung. Bedeutsam sind die Anerkennung und die Bedeutung des Wertes, den der Sport in allen Bereichen unserer Gesell-

schaft hat. Bedeutsam sind die Anerkennung des Sports als Querschnittsaufgabe und nicht zuletzt die breite Unterzeichnung. Das ist in Wahrheit der Meilenstein, der sich hinter dem etwas spröde wirkenden Einleitungssatz unseres Antrags verbirgt.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Damit bin ich mit der Selbstkritik am Ende. Schauen wir nach vorn. Die Förderung und Weiterentwicklung des Sports in Schleswig-Holstein ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie geht uns alle an: das Land, die Kommunen, die Vereine und jeden Sporttreibenden und jeden Sportinteressierten. Mit dem heutigen Antrag wollen wir den ersten ganz wichtigen Beitrag dazu leisten, die Idee vom Sportland und diese wertvolle Vorarbeit mit Leben zu füllen und zum Erfolg zu führen. Es soll eben kein Papier-tiger sein.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird eine der ganz großen Herausforderungen sein, das Sportland zu einem Markenkern zu entwickeln - zu einer Marke, mit der sich die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gern und aus Überzeugung identifizieren. Deswegen bitten wir die Landesregierung, die Marke zu platzieren und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Wir brauchen auch ein Konzept dafür, wie die Idee vom Sportland in die Breite und in die Basis transportiert werden kann. Für den Erfolg wird es von entscheidender Bedeutung sein, in unseren Kreisen und in unseren Kommunen ein Verständnis dafür zu entwickeln, welchen Mehrwert die Sportentwicklungsplanung für unsere rund 2.600 Vereine und unsere rund 1.100 Gemeinden haben kann. Wir als Land haben nun eine Vorbildfunktion übernommen. Wir können und müssen Impulsgeber dafür sein, auch bestehende Sportentwicklungspläne mit Leben zu füllen.

In vielen Kommunen gibt es ja bereits solche Pläne. Viele tun sich aber mit der Umsetzung schwer. Wenn wir als Land entsprechend unserer Zuständigkeit Schwerpunkte setzen und Angebote für Nachwuchsleistungssport schaffen, dann wird sich darum herum auch der Breitensport entwickeln und verorten. Für mich ist der Satz „aus der Breite an die Spitze“ nach wie vor Leitlinie und Motivation. Talenterkennung und Talentförderung finden an der Basis statt, in den Vereinen und in unseren Bildungseinrichtungen. Durch die Konzeptionierung verspreche ich mir eine verbesserte nachhaltige Verknüpfung von Breitensport und Leistungssport.

(Barbara Ostmeier)

Ich wünsche mir von der Landesregierung einen Maßnahmenplan einschließlich einer Priorisierung für den Breitensport, für den Leistungssport, für den Sport in Kita und Schule und selbstverständlich für den Reha- und Behindertensport. Gerade die Special Olympics in Kiel haben uns allen gezeigt, welche Schubkraft von so einer Veranstaltung ausgehen kann.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und ja, geschätzte Kollegin Bockey, dazu braucht es auch finanzielle Unterstützung. Dessen ist sich diese Landesregierung durchaus bewusst. Nicht umsonst ist in den vergangenen Jahren viel Geld in den Sport investiert worden. Nicht umsonst sind dem Sport im Frühjahr dieses Jahres Soforthilfemittel zur Verfügung gestellt worden - eine bundesweit einmalige Maßnahme. Und nicht umsonst sind auch im Haushaltsentwurf 2021 wieder über 27 Millionen € für den Sport veranschlagt worden.

Es ist insbesondere mit Blick auf die aktuelle Situation von großer Bedeutung, weiterhin zu unterstützen. Unsere landesweit aktiven großen Vereine mit Hauptamtlichkeit und Mietaufwendungen werden diese Unterstützung dringend brauchen. Das landesweit bestehende, überwiegend ehrenamtlich organisierte Breitensportangebot unserer Vereine und Verbände darf uns nicht coronabedingt wegbrechen, bevor wir den Zukunftsplan im Plenum beschlossen haben und erste Maßnahmen zur Umsetzung kommen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bedarf noch einer großen und gemeinschaftlichen Kraftanstrengung, um das hochgesteckte Ziel „Sportland Schleswig-Holstein“ zu erreichen. Die Förderung des Sports geht uns alle an.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Bockey.

Kathrin Bockey [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, die Landessportentwicklungsplanung, Ihr „Meilenstein der Sportgeschichte“, wäre ein schöner bunter Heißluftballon. Ich weiß nicht, ob Sie es schon bemerkt haben, aber Sie versuchen, einen Heißluftballon zu starten, der

in der Hülle einen Riss hat. Aus diesem Loch entweicht Ihre heiße Luft der Begeisterung und des Aufbruchs schneller, als Sie unten befeuern können. Das ist ein Problem.

Wir finden, dass es jetzt an der Zeit wäre, den Heißluftballon zum Starten zu bringen. Die Zeit der Sonntagsreden zum Sportentwicklungsplan hatten wir vor einem Monat. Jetzt sind statt großer Worte Taten gefragt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen es genauso gut wie ich: Die großen - selbst die kleinen - Taten in der Politik beginnen mit der Vorstellung davon, was man bezahlen will, wie man es bezahlen will und - vor allem - dass man es bezahlen will.

(Zuruf Jörg Nobis [fraktionslos])

Wissen Sie, was das Problem ihres „Meilensteins“ ist? Sie haben keine Ahnung, was aus den 118 Handlungsempfehlungen Sie finanzieren wollen; zumindest wissen Sie nicht, was sie zuerst finanzieren wollen. Sie wissen auch nicht, wie Sie es machen wollen. Das Drama um diese Landessportentwicklungsplanung beginnt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten - auf Seite 16 dieses Plans. Dort heißt es nämlich:

„Bedingt durch die Covid-19-Pandemie mussten sämtliche Arbeitssitzungen zwischen März und Mai abgesagt werden, sodass die Diskussionen zur Sportförderung des Landes und zur Finanzierung nur noch punktuell stattfinden konnten.“

Das war's! Ich muss an dieser Stelle feststellen, dass alle anderen Arbeitsgruppen geliefert haben, die Finanzarbeitsgruppe leider nicht. Dieses Problem zieht sich dann durch Hunderte Seiten des Sportentwicklungsplans. Sämtliche Ansätze werden beispielsweise auf die Kommunen geschoben. Finanzierungsvorschläge anderer Art gibt es nicht.

Meine Damen und Herren, hinter vorgehaltener Hand wissen wir alle, dass die Umsetzung des Sportentwicklungsplans Millioneninvestitionen im dreistelligen Bereich erfordert. Aber nicht einmal das trauen Sie sich zu sagen, obwohl es zur realistischen Einschätzung der Möglichkeiten für alle Beteiligten wichtig wäre. Ich glaube, niemand hat die Erwartung, dass dieser Entwicklungsplan in kürzester Zeit umgesetzt wird. Wichtig wäre es, Prioritäten zu setzen und all denjenigen, die in monatelanger Kleinarbeit sehr ernsthaft Vorschläge erarbeitet haben, eine Perspektive zu geben, wie es mit diesem Sportentwicklungsplan weitergeht. Sie haben ein Recht auf Ehrlichkeit.

(Kathrin Bockey)

(Vereinzelter Beifall SPD)

Mit Ihrem Antrag gehen Sie einen anderen Weg. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass Vermarktungs- und Kommunikationsstrategien Inhalte ersetzen können. Dem ist nicht so, und das ist nicht seriös.

Um bei dem Bild mit dem Heißluftballon zu bleiben: Weil Sie nicht wissen, wie Sie unseren Heißluftballon verkaufen können, wollen Sie jetzt eine Firma mit einem Vermarktungskonzept beauftragen und eine Kommunikationsstrategie dazu entwickeln, obwohl er noch gar nicht fliegen kann.

Wir wären dafür, den bunten, wirklich guten Landessportentwicklungsplan startklar zu machen, bevor wir ihn bewerben. Das ist etwas, worüber wir gern im Ausschuss beraten würden.

Ihr Weg ist, eine Vermarktungs- und Kommunikationsstrategie zu starten. Sie wissen aber noch gar nicht, was Inhalt dieser Strategie sein soll. Es gibt keine Priorisierung. Es gibt keine Projekte, die dringlicher als andere gemacht werden. So aber bringen Sie den Sport nicht voran. Das ist ausgesprochen schade.

Deshalb ist unser Vorschlag, über diesen Antrag, wie Sie ihn hier vorgelegt haben, zunächst noch einmal im Ausschuss zu beraten. Lassen Sie sich vor allem sagen: Erst müssen die Inhalte stehen. Dann kann man dieses Projekt vermarkten. Anders herum funktioniert es nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche für meinen - leider erkrankten - Kollegen Joschka Knuth. - Bereits im September haben wir uns an dieser Stelle über den wirklich umfangreichen Sportentwicklungsplan der Landesregierung ausgiebig ausgetauscht. Die Arbeit, die das Ministerium und alle weiteren Beteiligten aus den Sportvereinen und -verbänden, der Wissenschaft und der Wirtschaft in den Sportentwicklungsplan gesteckt haben, kann man kaum genug würdigen. Für den Sport bei uns im Lande ist dieser Sportentwicklungsplan auf jeden Fall ein Meilenstein, liebe Barbara.

Der im September vorgestellte Sportentwicklungsplan enthält über 100 Handlungsempfehlungen für den Sport und die Sportpolitik im Land. Diese Handlungsempfehlungen sollen jetzt in einem Zukunftsplan gewichtet werden, sodass wir in den kommenden Jahren einen klaren Handlungsfahrplan für die Sportpolitik im Lande haben. Meine Damen und Herren, so schaffen wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit für den Sport im Land.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Die Expertise und die Aufbruchsstimmung, die durch die breite Beteiligung entstanden sind, sollte die Landesregierung nun zudem nutzen, um ein Vermarktungs- und Kommunikationskonzept für die Marke „Sportland Schleswig-Holstein“ zu entwickeln. Dabei ist uns wichtig, dass eng an den Ergebnissen der Arbeitsgruppen gearbeitet wird. Da wir insbesondere im Bereich des Leistungssports in einem Wettbewerb mit den anderen Bundesländern stehen, sollte die Landesregierung die Marke „Sportland Schleswig-Holstein“ möglichst schnell platzieren.

Marke und Zukunftsplan müssen mit klaren Maßnahmen hinterlegt werden. Während Marketingmaßnahmen gerade auch im semiprofessionellen und im Breitensport ihren Beitrag leisten können, bietet sich im Bereich der Infrastruktur neben der Sicherung der finanziellen Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen beispielsweise der Bau der Leichtathletik- und Beachvolleyballhalle in Kiel an.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Außerdem ist uns wichtig, dass der inklusive Sport stets mitgedacht wird. Uns allen sind die erfolgreichen Special Olympics Deutschland in Kiel noch in sehr guter Erinnerung. Wenn die Coronapandemie wieder die Durchführung von größeren Sportwettbewerben zulässt, freuen wir uns über die Durchführung eines ähnlichen Wettbewerbs auf Landesebene - bestenfalls unter der Marke „Sportland Schleswig-Holstein“.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Lukas Kilian [CDU] und Barbara Ostmeier [CDU])

Auch wenn im Augenblick fast alles unter dem Schatten des bevorstehenden zweiten Wellenbrecher-Lockdowns steht, bitten wir die Landesregierung, sich konzeptionelle Gedanken zu machen, wie die Marke „Sportland Schleswig-Holstein“ möglichst schnell mit Leben gefüllt werden kann. So können auch wir als Landespolitik unseren Beitrag

(Burkhard Peters)

leisten, den Vereinen durch diese schwierige Zeit zu helfen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Corona hat es gezeigt: Sport ist wichtig für die Menschen. Können sie keinen Sport treiben, fehlt ihnen etwas. Vor den jetzigen Beschränkungen wurde deutlich, dass der Sport mit seinen verantwortungsvollen Hygienekonzepten vorbildlich unterwegs ist. Dafür danke ich der großen Familie des Sportes.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die aktuellen Beschränkungen sind hart, und sie sind sicherlich nicht leicht zu tragen. Mich persönlich schmerzt das auch sehr.

Aber trotz oder gerade wegen Corona dürfen wir das gerade beschlossene Ziel nicht aus den Augen verlieren. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag, wenn ich sage, wir „bekennen uns dazu, die landesverfassungsrechtliche Staatszielbestimmung der Förderung des Sports ernst zu nehmen“.

Mit dem Sportentwicklungsplan haben wir einen entscheidenden Wegweiser zur Sportentwicklung an die Hand bekommen. Vollkommen zu Recht wird er als Meilenstein auf dem Weg zum Sportland Schleswig-Holstein bezeichnet. Damit haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht.

Aber an Rast ist jetzt nicht zu denken. Es ist nun unerlässlich, den Schwung, die Dynamik und die gefasste Motivation mit Blick auf das Ziel aufrechtzuerhalten. Die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes zeigen sehr genau auf, was zu tun ist und wo wir anpacken müssen. Das Spiel muss am Laufen gehalten werden; denn die Entwicklung im Bereich Sport ist dynamisch. Wir dürfen deshalb den Zeitpunkt nicht verpassen, die gewonnenen Erkenntnisse zügig in die Umsetzung zu bringen, damit es zu bedarfsorientierten Lösungen kommt.

(Beifall FDP und CDU)

Der alte Spruch „Tue Gutes und rede darüber!“ ist genau jetzt richtig und notwendig. Wir wollen nicht, dass sich der Sport in seiner eigenen Blase

entwickelt. Dazu hat er viel zu viele Facetten. Wir wollen den Sport entwickeln und unterstützen. Damit möchten wir unter anderem auch das Ziel verfolgen, jede Frau, jeden Mann und auch die Kinder und Jugendlichen für den Sport zu gewinnen. Jede und jeden, nach seinen Interessen, wollen wir in diese große Familie aufnehmen.

Deshalb gilt es jetzt, ein strategisches Marketingkonzept für die Marke „Sportland Schleswig-Holstein“ auf die Beine zu stellen. Schleswig-Holstein wird Sportland. Das haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt und mit dem Sportentwicklungsplan den entscheidenden Startschuss gegeben. Dieser Optimismus muss jetzt genutzt und die Stärken und Chancen des Sportland Schleswig-Holstein müssen in die breite Fläche kommuniziert werden, zum Beispiel durch die Unterstützung von Starterprojekten im Leistungs- und Breitensport. Wir können stolz sein auf dieses Produkt, und das sollten wir auch zu Markte tragen.

Konsequenterweise müssen auf Worte auch Taten folgen. Es sollen konkrete Maßnahmen durchgeführt werden. Dabei wollen wir alle Zielgruppen ansprechen. Im Rahmen des Zukunftsplans wollen wir unseren Blick zu gleichen Teilen sowohl auf den Breiten- und Gesundheitssport als auch auf den Leistungs- und Spitzensport, insbesondere aber auch auf den inklusiven Sport richten. Denn Sport ist mehr als Wettbewerb, Erfolg und Gesundheitsförderung. Er ist vor allem ein ideales Instrument zur Förderung sozialen Zusammenhalts und der Teilhabe. Die Ausrichtung der Special Olympics Landesspiele 2021 ist ein klares Signal für die positive Entwicklung der sportlichen Inklusion in der Gesellschaft und in der Region.

Abschließend möchte ich noch ein Wort zum Redebeitrag von Frau Bockey sagen. Wenn Sie in Abrede stellen, dass Prioritäten gesetzt wurden, dann haben Sie die Starterprojekte gar nicht gelesen oder überlesen

(Zuruf Kathrin Bockey [SPD])

und haben den Fahrplan, den auch Burkhard Peters angesprochen hat, nicht recht durchdrungen.

(Zuruf SPD)

Deswegen startet der Heißluftballon wohl ohne Sie, obwohl gerade der Sport nicht zum Streit taugt. Das ist meine große Überzeugung als sportpolitischer Sprecher. Wir sollten hier den Schulterchluss üben. Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Sportentwicklungsplanung hat landauf, landab ein positives Echo hervorgerufen

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

im organisierten Sport, aber auch aus den Reihen dieses Hauses und der Wirtschaft. Ich freue mich, dass Sie nun unsere Vorarbeit mit Leben füllen wollen.

Die verschiedenen Expertenrunden haben aus den 118 Handlungsempfehlungen insgesamt 30 Starterprojekte ausgewählt. Diese Projekte können sowohl zeitlich als auch inhaltlich prioritär umgesetzt werden. Schon jetzt sind einige Vorhaben auf dem Weg zur Verwirklichung, zum Beispiel der Bewegungsscheck in den Schulen.

Insgesamt möchten wir aber nicht weniger als die Sportentwicklungsplanung zu einem Zukunftsplan Sportland ausbauen. Hierzu ist es sinnvoll und notwendig, die gesamte Bevölkerung mitzunehmen.

Viele unserer Empfehlungen richten sich an unsere Kommunen, ob Bolzplatz, Boulebahn, Laufbahn, Stadion oder Schwimmhalle. Unsere Städte und Gemeinden sind die Träger vieler Sportstätten in unserem Land. Deswegen macht es Sinn, die Kommunen und die politischen Gremien der Kreise, Städte und Gemeinden einzubinden.

Wir wollen den Zukunftsplan auf breiter Ebene bekanntmachen. Nur so können wir erreichen, dass sich alle Beteiligten in die Zukunft gemeinsam für den Sport aufmachen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des Sportlandprozesses steht die Frage: Wie können wir eine attraktive sport- und bewegungsorientierte Lebensführung in allen Lebenswelten und über alle Altersgruppen hinweg unterstützen? Es gilt aufzugreifen, welche grundlegenden Beiträge der Sport und seine Strukturen für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt leisten können. Hierzu müssen wir den Sport als Querschnittsaufgabe verstehen.

Vor allem müssen wir Sport als Politikfeld ressortübergreifend denken. Diese Herangehensweise ist auch im Leitbild unserer Planung dargestellt.

Ohne Frage: Wir müssen den Sport auch inklusiv denken. Wir streben an, dass alle Menschen nach ihren individuellen Wünschen und Voraussetzungen an Bewegung, Spiel und Sportangeboten teilhaben können. Wir folgen hiermit den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention. Ich bin sicher: Der organisierte Sport unterstützt uns auf diesem Weg.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich besonders, dass im Mai 2021 erstmals die Landesspiele der Special Olympics in Kiel stattfinden sollen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Als Landesregierung fördern wir die Spiele mit insgesamt 130.000 €

Wir nutzen natürlich auch dieses Forum und die öffentliche Aufmerksamkeit, um den Zukunftsplan vorzustellen. Darüber hinaus - das haben wir heute schon mehrfach gehört - brauchen wir ein Kommunikations- und Marketingkonzept. Ein Konzept eignet sich, die Botschaften unserer Planung bekannt zu machen. Es eignet sich, die Vorteile unserer Planung zu verdeutlichen und die Handlungsnotwendigkeiten zu beschreiben. Und es schafft ein Wiedererkennungsmerkmal. So können wir den Aufbruch im Sport, die Zukunftsfähigkeit unserer Sportorganisationen und den Geist des Leitbildes im ganzen Land bekannt machen.

Über Regionalkonferenzen kann es uns auch gelingen, die Menschen vor Ort mitzunehmen, wenn es denn wieder geht: die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die Sportvereine selbst, die Sponsoren vor Ort, die Politik und die Verwaltung.

Wie das alles im Detail aussehen kann, das muss jetzt das dazu beauftragte Marketingkonzept zeigen. Ich informiere Sie gern weiter, sobald es vorliegt.

Meine Damen und Herren, am Ende eine Bitte: Soweit es Ihnen im Moment möglich ist, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Präsident Klaus Schlie)

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2499 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, die Abgeordneten Schnurrbusch, Nobis und Schaffer von der AfD sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten Schnurrbusch, Nobis und Schaffer von der AfD. - Wer enthält sich der Stimme? - Die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 59 auf:

Palliativ- und Hospizsituation in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2308

Ich erteile dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gerade in der Coronakrise müssen Menschen darauf vertrauen können, in der letzten Phase ihres Lebens Pflege, Geborgenheit, Fürsorge und Zuwendung zu erhalten. Schwerst- und sterbenskranke Menschen haben auch jetzt in dieser schweren Situation ein Anrecht darauf, ihr Leben in Würde und in Selbstbestimmung beschließen zu dürfen.

Diese Menschen darf niemand zurücklassen, denn die Diagnose einer unheilbaren Krankheit ist für alle Menschen ein extremer Schicksalsschlag. Betroffene müssen sich mitunter ganz unvorhergesehen und plötzlich mit dem nahen Tod eines geliebten Menschen beschäftigen. Nicht nur für Betroffene selbst stellt diese Situation eine unvergleichbare oder unvorstellbare Belastung dar. Auch für die Angehörigen ist der sich abzeichnende Tod eines ihnen

nahestehenden Menschen eine emotionale Ausnahmesituation.

Für diese Menschen brauchen wir ein umfassendes Hospiz- und Palliativangebot. Deshalb ist die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hospiz- und Palliativversorgung von unschätzbarem Wert. Lassen Sie mich ihnen allen von Herzen danken.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer einmal oder auch öfter in einem Hospiz gewesen ist, der hat eine Ahnung davon, mit welchem Engagement, mit welcher Empathie diese Menschen, übrigens fast immer mit einem Lächeln im Gesicht, versuchen, Menschen in ihrer letzten Lebensphase nicht nur zu begleiten, zu pflegen und zu umsorgen, sondern versuchen, ihnen diese letzte Lebensphase so schön und so menschenwürdig wie nur irgend möglich zu gestalten.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hospizbewegung wird heute wesentlich von der Überzeugungskraft zahlreicher freiwillig engagierter Bürgerinnen und Bürger getragen. Jahr für Jahr sind in Schleswig-Holstein immer mehr von ihnen dazugekommen. Rund 2.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Hospiz- und Palliativbewegung in Schleswig-Holstein tätig. Dieses Engagement ist durch die Coronakrise nicht abgerissen. Im Gegenteil, es sind neue Wege gegangen und digitale Möglichkeiten genutzt worden, um Menschen in ihrer letzten Lebensphase zu begleiten.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen sehr deutlich: Wer von uns - mir geht es auf jeden Fall gelegentlich so - schon manchmal genug davon hat, mit sogenannten Telefonspinnen oder in der Videoschaltung zu telefonieren, sodass wir uns nur auf Leinwänden sehen, der kann sich vorstellen, wie das eigentlich auf Menschen wirkt, die sich in einer so unglaublich schwierigen Situation befinden, und zwar sowohl Betroffene als auch deren Angehörige. Umso höher ist das Engagement all derjenigen einzuschätzen, die trotzdem versuchen, mit den Menschen in Kontakt zu bleiben und ihnen Kraft, Mut und Hoffnung zu geben.

(Beifall FDP, CDU und SPD)

Im Bericht der Landesregierung zur Hospiz- und Palliativsituation wird deutlich, dass Schleswig-Holstein bereits über ein verhältnismäßig dichtes

(Minister Dr. Heiner Garg)

Versorgungsnetz stationärer und ambulanter Hospiz- und Palliativangebote verfügt. Seit dem letzten Hospizbericht aus dem Jahr 2014 ist die Zahl der palliativmedizinischen Planbetten von 57 auf 115 nahezu verdoppelt worden. Hierbei ist mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen, da weitere Anträge wie beispielsweise die von der inland Klinik Rendsburg vorliegen.

Angesichts des demografischen Wandels, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist und bleibt die Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung ein zentrales Anliegen dieser Landesregierung. Ich will aber auch ausdrücklich sagen, dass dies bereits in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Sie haben damit angefangen, entsprechend aufzustocken und die Situation zu verbessern. Wir führen das weiter. Ich finde es gut so, dass hier das Parlament an einem Strang zieht.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Jamaika-Koalition hat dieses Ziel in den Koalitionsvertrag aufgenommen, und wir setzen das auch konsequent um. Ich hoffe, das zeigt der Bericht der Landesregierung auch.

Für die Bauförderung von stationären Hospizen stellen wir für den Zeitraum 2018 bis 2022 jährlich Mittel in Höhe von einer halben Million Euro bereit. Für die Förderung von Hospizplätzen ist geplant, dass mein Haus bis zum Jahr 2024 jährlich ebenfalls 500.000 € zur Verfügung stellt. Das Ziel der Landesförderung ist dabei klar und eindeutig. Wir wollen damit einen bedarfsgerechten Ausbau von Hospizplätzen in Schleswig-Holstein mit einer ausgewogenen regionalen Verteilung sicherstellen. Diesem Ziel kommen wir zum Glück alle gemeinsam immer näher. So ist die Zahl der Hospizplätze in diesem Jahr von 66 auf 93 Plätze gestiegen, die sich landesweit auf acht Hospize verteilen. Zwei weitere Einrichtungen werden in Kürze eröffnet, sodass wir Anfang kommenden Jahres über 119 Plätze verfügen. Eine Einrichtung mit zwölf weiteren Plätzen in Itzehoe befindet sich im Bau und wird im Jahr 2021 ihren Betrieb aufnehmen.

Der bedarfsgerechte Ausbau nimmt also in dieser Legislaturperiode, wie Sie das im Übrigen auch erwarten können, weil vereinbart und zugesagt, Formen an.

Die Hospiz- und Palliativarbeit lebt aber neben diesen Investitionen vor allem vom ehrenamtlichen Engagement. Wir brauchen ein eng verzahntes aufeinander abgestimmtes Versorgungsnetz und eine gute Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlich

Tätigen. Deshalb hat das Land 2017 die Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit Schleswig-Holstein eingerichtet. Für den Betrieb der Koordinierungsstelle haben wir die Mittel in diesem Jahr auf knapp 900.000 € aufgestockt, sodass bis zum Jahr 2023 dafür etwas mehr als 1,5 Millionen € zur Verfügung stehen.

Das finanzielle Engagement dient dazu, die Bildungs- und Qualifikationsarbeit sowie das Ehrenamt zu stärken.

Ein sehr ähnliches Ziel verfolgen wir mit der Förderung des Neumünsteraner Modells. Dort werden Ehrenamtliche durch die Hospizinitiative eng begleitet und weiter qualifiziert. Auch die Pflegekräfte erhalten regelmäßige „Impuls“-Schulungen. Hierzu haben sich die Palliativstationen des Friedrich-Ebert-Krankenhauses in Neumünster, die spezialisierte ambulante Palliativversorgung Neumünster und die Hospizinitiative Neumünster im November 2017 zusammengeschlossen. Das Land fördert das Projekt mit über 110.000 € aus dem Versorgungssicherungsfonds.

Solche vernetzten Modelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigen, dass es gelingen kann und wie es gelingt, das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Hospizarbeit für die Menschen noch gewinnbringender einzusetzen. Ich würde mich über weitere erfolgreiche Beispiele im Sinne der Menschen freuen. - Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Der Herr Minister hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese steht nun zusätzlich auch allen Abgeordneten, die reden wollen, zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Andrea Tschacher das Wort.

Andrea Tschacher [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war der 15. November 2017 - ein Tag, den ich nicht vergessen werde. Landtagspräsident Klaus Schlie hat mich als Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages vereidigt, ich hatte meine Premiere als Schriftführerin im Präsidium und hielt hier im Hohen Haus meine erste Rede zu dem Antrag „Wohnortnahe stationäre Hospizplätze weiter ausbauen“. Das war ein besonderer Tag für mich.

(Andrea Tschacher)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Danke.

Ich begann meine Rede mit einem sehr persönlichen Erlebnis, einer netten und liebenswerten Nachbarin, zu der ich ein freundschaftliches Verhältnis pflegte. Sie erzählte mir eines Tages, dass es ihr gesundheitlich nicht gut gehe und sie Magenprobleme habe. Sie ließ sich schließlich untersuchen, und dann ging alles ganz schnell. Sie kam in ein Krankenhaus und von dort direkt in ein Hospiz, in dem ich sie besuchte. In tiefer, positiver Erinnerung ist mir geblieben, wie fürsorglich die Menschen auf ihrem letzten Lebensweg in einem Hospiz betreut werden.

Heute, fast genau drei Jahre später, spreche ich zu dem Bericht der Landesregierung zur Palliativ- und Hospizversorgung in Schleswig-Holstein, und es hat sich viel getan. Dafür gilt mein und unser ausdrücklicher Dank Minister Dr. Heiner Garg und Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialministerium für das bislang gemeinsam Erreichte.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand beschäftigt sich gern mit dem Tod, schon gar nicht mit dem Tod nahestehender Menschen. Die Palliativ- und Hospizarbeit leistet in diesen Fällen wertvolle Arbeit. Diejenigen, die haupt- und ehrenamtlich in gemeinnützigen Vereinen und Organisationen, in Kirchen und Stiftungen und weiteren Einrichtungen für die Palliativ- und Hospizarbeit tätig sind, verdienen unsere Aufmerksamkeit und Anerkennung. Ohne sie wäre eine Palliativ- und Hospizversorgung nicht möglich. Sie widmen sich den Angehörigen der Erkrankten, sie unterstützen diese, geben ihnen Zeit für kleine Verschnaufpausen und spenden Fürsorge. Ihnen gilt unser uneingeschränkter Dank und unser Respekt für ihre Arbeit und ihr Engagement.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Wie ist nun aber die derzeitige Situation in Schleswig-Holstein? Was bringt der Bericht im Wesentlichen hervor? Derzeit stehen uns 83 stationäre Hospizplätze zur Verfügung. Weitere 48 Plätze befinden sich in der Bauphase und werden bis zum Jahr 2022 zur Verfügung stehen. Entsprechend des Koalitionsvertrages wird bis 2024 der Bau von stationären Hospizplätzen gefördert. Für diese Bauförderung stellen wir jährlich jeweils Mittel in Höhe von bis

zu 500.000 € zur Verfügung. Ziel der Landesförderung ist die Unterstützung eines bedarfsgerechten Ausbaus von Hospizplätzen in Schleswig-Holstein mit einer ausgewogenen regionalen Verteilung. So werden voraussichtlich bis zum Jahr 2024 insgesamt 152 stationäre Hospizplätze in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen. Damit wird die in der Bertelsmann-Studie genannte Anzahl an Hospizplätzen nach derzeitigem Stand deutlich erreicht werden. In der ambulanten Hospizversorgung befinden wir uns derzeit mit 55 Diensten auf dem dritten Platz unter allen Bundesländern.

Anfang des Jahres wurde dem Land Schleswig-Holstein vom Deutschen Hospiz- und Palliativverband e.V. der Ehrenpreis in der Kategorie „Strukturen und Rahmenbedingungen“ verliehen. Das ist ein Kompliment und eine Motivation zugleich.

Danken möchte ich ebenso der Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit Schleswig-Holstein e.V. und ihrem Team für die bislang geleistete Arbeit, ihr Engagement, die gute Zusammenarbeit und die Art des offenen Austausches.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Viel wurde schon erreicht. Uns liegt es aber weiterhin sehr am Herzen, Menschen am Ende ihres Lebens die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Besonders hervorheben möchte ich den Einsatz, die Hilfsbereitschaft, Fürsorge und Herzenswärme von Menschen, die während der Coronapandemie Schwerstkranke nicht allein lassen und im Rahmen der jetzigen Möglichkeiten Beistand in Zeiten des Abschieds leisten. - Danke!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und vereinzelt SPD)

Neue Schwerpunkte im sozialen Miteinander wurden gesucht und gefunden. Die Begründerin der Hospizbewegung, Cicely Saunders, drückte das Gebot der Humanität prägnant aus:

„Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben!“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion für den vorgelegten Bericht beim Ministerium, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und beim Minister. Nicht alleine sein, sich geborgen und sicher fühlen, respektvoll angenommen in Stärke und in Schwäche, in Angst und Zuversicht unter Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche, Persönlichkeit, Herkunft und Weltanschauung und ohne Schmerzen - das wünschen sich wohl die meisten Menschen für ihr Lebensende, und die meisten Menschen wünschen sich auch, dass sie in ihrer vertrauten Umgebung sterben können.

Das wird ihnen durch den fachlichen, hochqualifizierten und zutiefst menschlichen Einsatz der derzeit 55 ambulanten Hospizdienste im Land ermöglicht, die neben dem so wichtigen Ehrenamt zunehmend durch Palliativ Care erfolgen. Die Versorgung der letzten Lebensphase erfolgt durch interdisziplinäre Teams, in denen Ärzte, Pflegefachpersonen, Psychologen, Sozialarbeiter, Seelsorger, Pflegedienste und Ehrenamt den Wünschen der Menschen gerecht werden. Der Einsatz der regional verteilten zwölf Teams der Spezialisierten Ambulanten Palliativmedizinischen Versorgung, den sogenannten SAPV-Teams, lindert individuelle Symptome und Leiden und sichert Selbstbestimmung und Menschenwürde auch in der letzten Lebensphase.

Nicht immer aber ist dieser letzte Weg zu Hause möglich oder erwünscht. Dafür haben wir zurzeit 83 stationäre Hospizbetten, 48 Plätze kommen demnächst dazu, und 21 befinden sich in der Planung. Hinzu kommen aber auch 115 Palliativbetten. Grundlage dafür ist der Beschluss der Küstenkoalition, den Ausbau der stationären Hospizplätze bedarfsgerecht und wohnortnah mit der Bereitstellung von 500.000 € jährlich voranzutreiben.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine es ganz ernst und ehrlich, wenn ich sage, dass wir uns sehr freuen, dass die jetzige Regierung diesen Weg konsequent weitergeht.

Das gilt auch für die Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit Schleswig-Holstein. Diese Einrichtung ist auch 2017 auf den Weg gebracht worden. Sie hat sich mit dem hochmotivierten Team sehr bewährt. Die organisierte Unterstützung, Beratung und Koordination wird sehr gut angenommen, denn sie erleichtert die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort ungemein. Der Umzug in größere Räumlichkeiten

macht die Nachfrage deutlich. Als Symbol, dass der Tod zum Leben gehört, befindet sich die neue Geschäftsstelle in freundlichen, hellen Räumen mitten in der Innenstadt Kiels.

Meine Damen und Herren, während der ersten Monate der Pandemie war die gewünschte Nähe oft nicht möglich oder sehr begrenzt. Ich bete zu Gott, dass sich das, was sich in Teilen dort abgespielt hat, bitte nicht wiederholen möge.

Getreu dem Motto „Niemand soll alleine sterben“ hat der Hospiz- und Palliativverband in Zusammenarbeit mit vielen Spendern den Einrichtungen 300 Tablets zur Verfügung gestellt, sodass eine visuelle Kontaktaufnahme unter den Zugehörigen, die nicht in die Einrichtungen konnten, möglich war. Dafür wurde der Palliativverband im September 2020 mit einem zweiten Platz des Anerkennungs- und Förderpreises der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin ausgezeichnet. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Claudia Ohlsen und ihrem Team und gratuliere ganz herzlich zu diesem hochaktuellen, spannenden Projekt, das es ermöglicht, in diesen schwierigen Zeiten Kontakt zur Familie zu sichern.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wenn wir im Land dank des hohen fachlichen und ehrenamtlichen Engagements vieler Menschen ein tolles Angebot der hospizlichen Versorgung haben, bleiben noch Aufgaben, wie zum Beispiel das mangelnde Angebot verschiedener Zusatz- und Fachausbildungen. Mein Wunsch wäre die zusätzliche Etablierung von noch mehr Palliativkräften in stationären Pflegeeinrichtungen. Das würde den Pflegeeinrichtungen in der Versorgung in der Endphase der Menschen ungemein helfen. Auch für die Betreuung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, Menschen aus anderen Kulturen und Menschen in prekären Lebenslagen braucht es noch weitere individuelle Angebote.

Alleine sterben - schmerzlich mussten Menschen besonders während der ersten Phase der Pandemie erleben, was das bedeutet; ich habe das eben schon angesprochen. Wir müssen alles dafür tun, dass sich das jetzt nicht wiederholt, und vor allen Dingen dürfen wir die Einrichtungen diesbezüglich nicht allein lassen.

Ein nicht nachholbarer Moment, keine tröstende Hand, kein letztes Wort - dieser bleibende Gedanke ist für die Familie und Freunde eine quälende Erfahrung.

(Birte Pauls)

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich bei allen Mitarbeitenden, bei Pflegenden, bei Ärzten, Fördervereinen und Ehrenamtlichen dafür bedanken, dass sie auch in dieser ganz besonderen, herausfordernden Zeit in den letzten Wochen, Tagen und Stunden immer an der Seite der Menschen sind und für sie alles möglich machen, was möglich zu machen ist.

(Beifall SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

Ihre psychische Belastung im ständigen Umgang mit Tod und Sterben ist schon in normalen Zeiten enorm, und sie ist jetzt noch sehr viel größer geworden. Wir danken ihnen herzlich für diese unverzichtbare Arbeit.

Ich freue mich auf die Beratung des Berichts im Sozialausschuss. An vielen Stellen können wir noch gute Ideen einfließen lassen und auf den Weg bringen. Ich freue mich auch sehr, dass wir als Parlament an dieser Stelle in dieselbe Richtung gehen. Das ist das, was Hospiz- und Palliativarbeit von uns erwartet. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Schleswig-Holstein - das haben wir eben gehört - ein gutes Angebot an Plätzen im Hospizbereich. Das ist eine gute Nachricht. Wir können aber noch besser werden.

Die Kollegin Pauls hat es eben gesagt: Eine Koordinierungsstelle haben wir als Küstenkoalition auf den Weg gebracht. Das ist gut, und das zeigt deutlich, dass eine Entscheidung der Politik, ein Haushaltsantrag, ein guter Antrag, mit dem wir eine Mehrheit aus dem Sozialbereich haben, einen Riesenunterschied für so viele Menschen in Schleswig-Holstein machen kann. Ich bin im Nachhinein noch einmal froh und dankbar dafür, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen konnten. Das war eine gute Entscheidung. Ich freue mich, dass das etwas ist, was hier offensichtlich fraktionsübergreifend Thema ist. Vielen Dank dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Wir Grüne gehen diesen Weg in der Jamaika-Koalition konsequent weiter. Wir fördern den Bau - das hat Minister Heiner Garg eben vorgetragen - mit jährlich etwa 500.000 €. Das ist richtig, das ist sinnvoll. Gucken Sie sich an, wie viel Engagement zum Beispiel in Norderstedt vor Ort entstanden ist! Das ist ein tolles Beispiel dafür, wie es vor Ort mit etwas Unterstützung, etwas Rückenwind vom Land und viel Herzblut vor Ort und tollen Akteuren, die das vor Ort begleiten, gelingen kann. Ich nenne einmal Anette Reinders, die einige von Ihnen kennen werden, die das vor Ort mit Herzblut vorantreibt. Das ist ein gutes Beispiel. Wir können alle froh und dankbar sein, dass es diese Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen gibt, die die Palliativmedizin voranbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe die große Freude, allen demokratischen Fraktionen ganz herzliche Grüße von der Koordinierungsstelle zu überbringen. Sie freuen sich sehr darüber - Claudia Ohlsen und ihr Team, Professor Repp -, dass wir bei diesem Thema an einem Strang ziehen. Da sehen Sie, dass es eine Wirkung nach außen hat, wenn wir uns alle einig sind, wenn wir sagen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag geschlossen hinter dieser Arbeit steht. Das macht einen Unterschied. Ich freue mich sehr, dass das bei diesem Thema - das hat selbst die Kollegin Pauls zugegeben - der Fall ist. Diesen Weg sollten wir miteinander weitergehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Ich sage an dieser Stelle aber auch einmal etwas Nachdenkliches. Ich habe in meiner Klinikzeit erlebt, wie Patienten auf dem Flur gestorben sind. Das hat mit Menschenwürde gar nichts mehr zu tun. Das sind Situationen, die für die Angehörigen, für die Patientinnen und Patienten selbst und für das ganze Team sehr belastend sind. Ich bin froh und dankbar, dass diese Zeiten in den Krankenhäusern vorbei sind.

Wir sollten alle ein großes Interesse daran haben, dass das nicht nur unseren Angehörigen nicht passiert, sondern dass alle Menschen, die sich einen Platz auf einer Palliativstation wünschen, ihn auch bekommen. Da sind wir noch lange nicht. Ich freue mich, wenn wir diesen Weg weitergehen können.

Wir müssen auch noch ein bisschen mehr darauf achten, was mit den Angehörigen passiert. Die Angehörigen können nicht jeden Tag mit Bus und Bahn irgendwo hinkommen. Deswegen ist es so wichtig, im Hospizbereich keine Zentralisation

(Dr. Marret Bohn)

durchzuführen. Wir brauchen die verschiedenen Angebote vor Ort, damit die Angehörigen zu den Patientinnen und Patienten kommen können, für sie da sein und sie begleiten können.

Im vorliegenden Bericht - vielen Dank für den Bericht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium - gibt es einige Punkte, die wir im Ausschuss weiter beraten sollten: Die kultursensible Hospizarbeit, Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen brauchen besondere Unterstützung, auch die Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Die Familien brauchen da mehr Unterstützung.

Um am Ende meiner Rede eine Perspektive aufzuzeigen: Die Digitalisierung kann immer nur unterstützen, sie kann nie das Menschliche, Herzblut und Herzenswärme ersetzen. Die Digitalisierung kann allerdings helfen und für bessere Strukturen sorgen.

Ich freue mich, dass wir bei dem Thema in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg sind. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an Herrn Minister Garg und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für die Erstellung des Berichts zur Palliativ- und Hospizsituation in Schleswig-Holstein. In Deutschland redet man generell eher ungern über den Tod. Deshalb erfährt die Palliativmedizin selten eine breite Debatte in der Gesellschaft. Häufig wird die Palliativarbeit verkürzt als Sterbebegleitung verstanden. Dabei ist sie viel mehr als das. Sie ist eine Medizin des Lebens, denn Palliativmedizin hat das Ziel, die Schmerzen und Einschränkungen einer unheilbaren Erkrankung zu lindern und somit mehr schöne Tage erlebbar zu machen.

Hospize sind ganz besondere Orte, mit hohem Engagement, hoher Empathie und hoher Kompetenz. Für Familien und Freunde ist es gut zu wissen, dass sich um die Liebsten gekümmert wird, dass alles getan wird, um ihnen die Schmerzen zu nehmen und die letzten Wünsche zu erfüllen.

Wenn man selbst hilflos und mit der eigenen Trauer überfordert ist, tut es gut zu wissen, dass der Angehörige professionell und liebevoll umsorgt wird. Viel lieben Dank für diese Arbeit!

(Beifall)

Es ist eine Erleichterung in einer so traurigen Zeit. Gute Pflege führt häufig dazu, dass Menschen länger leben und es ihnen über eine gewisse Zeit wieder besser gehen kann. Sie erleben das, was Palliativmedizin erreichen will: leben statt leiden.

Um eine solche Betreuung zu gewährleisten, brauchen wir eine gut ausgebaute und flächendeckende Versorgung mit Hospiz- und Palliativangeboten, nicht nur im Sinne einer stationären und ambulanten Versorgung, sondern auch mobile Angebote. Die derzeit 83 in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Plätze in stationären Einrichtungen reichen nicht aus. Kürzlich sind in Gettorf zehn Plätze hinzugekommen, und Norderstedt, das morgen eröffnet wird, folgt mit weiteren 14 Plätzen. Itzehoe und Schleswig sind im Bau. Im nördlichen Ostholstein, wo noch ein weißer Fleck ist, hat sich gerade ein Förderverein gegründet, um bald mit einem Bau beginnen zu können.

Auch der HPVSH geht davon aus, dass wir voraussichtlich Ende 2024 die Ziele der Bertelsmann-Studie erreichen werden. Das ist ein sehr gutes Signal.

Viele Fortschritte hat es in den vergangenen Jahren gegeben. Es wurde gerade angesprochen, dass vieles von der Küstenkoalition fortgeführt und von uns verbessert wird. Neue Formen der Zusammenarbeit von ambulanter und stationärer Begleitung, der ehrenamtlichen und professionellen Kooperation wurden erprobt und etabliert. Die Koordinierungsstelle hat erfolgreich ihren Dienst aufgenommen. Ich soll ganz ausdrücklich von der Koordinierungsstelle den Dank für die neuen Räumlichkeiten ausrichten, die sie haben und in denen sie auch unter Coronabedingungen die Möglichkeit hatten, ihre Arbeit fortzusetzen. Diesen Dank soll ich hier ausrichten.

(Beifall FDP, Anette Röttger [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wurden einige Modellprojekte auf den Weg gebracht, und weitere sind geplant. So wird derzeit an einem Tageshospiz gearbeitet, wie es das in Österreich bereits gibt - als Bindeglied zwischen ambulanter und vollstationärer Versorgung. Wir haben gestern im Landtag über ein digitales Kurzzeitpflegeportal gesprochen.

(Dennys Bornhöft)

Digitalisierung ist ein Instrument, welches mal im Kleinen, mal im Größeren in allen Lebenslagen helfen kann. So hatte sich - ein Stück weit auch aus der Not heraus entstanden - von März bis Mai 2020 die Idee einer digitalen Sterbebegleitung entwickelt. Frau Pauls hat es gerade auch schon erwähnt. Der Gedanke hierbei war natürlich, dass man Abschied nehmen möchte, am besten von Angesicht zu Angesicht. Aber was tut man, wenn die persönliche Nähe nicht möglich ist? - Wenn dann nur die Alternative ist, gar nicht Abschied zu nehmen, muss man andere Wege beschreiten, und dann ist im Zweifelsfall eine Videoschleife und ein Tablet immer noch deutlich besser, als es gar nicht zu können.

So hochsensibel das Thema ist - natürlich hat es auch Diskussionen in den Einrichtungen dazu gegeben -, so ist es dennoch eher als positive Ergänzung zu sehen. So wurde das auch in den Hospizen aufgenommen.

Es gab zahlreiche Spenden und Unterstützung von Institutionen und Unternehmen dazu. Von den 300 Tablets wurde gerade schon gesprochen. Die Informatik der CAU Kiel hat daran gearbeitet. Der Sparkassen- und Giroverband hat noch einmal 30.000 € in die Hand genommen, und auch Private wie die Vater Unternehmensgruppe haben Tablets und Geld dafür gespendet. Eine wirklich gute Sache. - Vielen Dank dafür.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Zeiten im Frühjahr, in denen alle Einrichtungen für Besucher geschlossen waren, waren wirklich besonders schwer. Vom HPVSH kam die Rückmeldung - das sollte ich hier auch noch einmal erwähnen -, dass die Absprachen zwischen Landesregierung und den Hospizen sehr eng und sehr vertrauensvoll gewesen sind, was auch dazu geführt hat, dass in Schleswig-Holstein deutlich früher Besuch zugelassen wurde. Manch andere Bundesländer haben deutlich länger Regelungen gehabt, dass man die Angehörigen nicht besuchen konnte.

Das sollte ich auch noch sagen: Es gab nach Wissen der Hospize keinerlei Coronafälle in den stationären Hospizen, weder bei den Bewohnern noch bei den Mitarbeitern oder den Angehörigen. Es hat also gut geklappt.

Ebenso konnte durch das landeseigene Pflegebonusprogramm dafür gesorgt werden, dass die SAPV-Teams eine Geldleistung erhalten können.

Einen Menschen in den Tod zu begleiten, ist eine anspruchsvolle und schwierige Aufgabe, die Kraft kostet und jede Anerkennung verdient. Daher

möchte ich zum Abschluss denjenigen herzlich danken, die all dies möglich machen, den Menschen, die in den Hospizen und in der Palliativmedizin hauptamtlich arbeiten. Das gilt aber natürlich auch für die über 2.000 ehrenamtlich Tätigen, ohne die diese Arbeit so nicht möglich wäre. Dazu gehören natürlich auch die Familien, Freunde und Angehörigen der Schwerstkranken. Sie alle helfen, ein Sterben in Würde zu ermöglichen, sei es zu Hause, sei es in der Palliativstation oder im Hospiz. - Danke für Ihre Kraft, danke für Ihr Engagement, das Sie Tag für Tag für unsere Schleswig-Holsteiner aufbringen! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2308 dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Die parlamentarischen Geschäftsführungen haben vereinbart, dass wir noch den Tagesordnungspunkt 60 behandeln:

Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 09/2017 bis 03/2020

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2350

Ich erteile der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schönste an der Rede ist, dass ich einmal kurz meine Maske absetzen darf.

Schätzungen zufolge beträgt das Geldwäschevolumen in Deutschland bis zu 100 Milliarden € im Jahr. Das entspricht ungefähr dem Achtfachen des kompletten schleswig-holsteinischen Landeshaushaltes. Diese Dimension zeigt, mit was für einer gigantischen Herausforderung wir es zu tun haben, und es zeigt, dass wir nur gemeinsam mit Ländern, Bund, aber auch auf internationaler Ebene erreichen können, effektiv gegen die Geldwäsche vorzugehen.

(Ministerin Monika Heinold)

In Schleswig-Holstein haben wir die Arbeit in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Wie der Bericht zeigt, haben wir erstens das Personal in der Geldwäscheaufsicht für den Nichtfinanzsektor in zwei Schritten aufgestockt, nachdem 2017 die Zuständigkeit auf das Finanzministerium übergegangen ist. Wir haben zweitens die Vor-Ort-Kontrollen bei den Unternehmen deutlich ausgeweitet und drittens eine hohe Anzahl schriftlicher Prüfungen von Unternehmen durchgeführt.

Mit diesen Maßnahmen erfüllt die Geldwäscheaufsicht ihre Aufgabe zur Überwachung der Einhaltung des 2017 novellierten Geldwäschegesetzes. Darin sind Auflagen verankert, die insbesondere Unternehmen aus bargeldintensiven Bereichen verpflichten, bestimmte Maßnahmen zu treffen, um der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorzubeugen. Dazu zählen beispielsweise die Bestellung einer oder eines Geldwäschebeauftragten, die transparente Dokumentation von Geschäftsbeziehungen, Schulungen und Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Neben der Kontrolle zur Einhaltung dieser Maßnahmen besteht die zweite und ebenso wichtige Aufgabe der Geldwäscheaufsicht darin, Unternehmen über Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufzuklären, welche rechtlichen Vorgaben es bei der Geldwäschebekämpfung gibt, welche Pflichten für Unternehmungen und wie und wann Verdachtsmeldungen notwendig sind. Diese und weitere Fragen werden durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls im Rahmen der Vor-Ort-Termine beantwortet. Darüber hinaus haben unsere Referentinnen und Referenten zu Aufklärungszwecken an Informationsveranstaltungen mitgewirkt und viele wichtige Informationen auf der Internetseite der Landesregierung zusammengestellt.

Im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit steht die Kooperation mit den Unternehmen; denn nur im Schulterschluss kann es gelingen, Kriminellen die Geschäfte mit illegal erworbenem Geld so schwer wie möglich zu machen.

Der Bericht liefert eine Reihe von Beispielen aus der Praxis, wo aus Sicht der Aufsichtsbehörde Veranlassung bestand, das Vorliegen eines Verstoßes gegen das Geldwäschegesetz - insbesondere die Verdachtsmeldepflicht - zu prüfen. Das führt uns noch einmal anschaulich vor Augen, dass Geldwäsche nicht etwa irgendetwas irgendwo ist, was in weiter Ferne passiert, sondern ganz konkret hier in Deutschland und auch hier in Schleswig-Holstein.

Im Berichtszeitraum September 2017 bis März 2020 lag der Schwerpunkt der Prüfungen durch die Geldwäscheaufsicht insbesondere auf Unternehmungen der Schmuck- und Edelmetallbranche und auf Immobilienmaklerinnen und Immobilienmaklern. Im kommenden Berichtszeitraum wird die Geldwäscheaufsicht ihren Fokus auf den Kfz- und Bootshandel legen, da auch diese Branchen ein erhöhtes Risiko für Missbrauch durch Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufweisen.

Meine Damen und Herren, im Land haben wir uns inzwischen deutlich besser aufgestellt. Deutlichen Verbesserungsbedarf gibt es aber bei der Zusammenarbeit mit der Financial Intelligence Unit des Bundes, FIU genannt. Denn von den Ländern übermittelte Verdachtsmeldungen müssen zügig bearbeitet werden, und die Ergebnisse müssen dann an die Länder kommuniziert werden. Hier ist Geschwindigkeit gefragt, hier ist noch viel zu tun. Deshalb appelliere ich erneut an den Bundesfinanzminister, Ausstattung und Abläufe seiner Behörde weiter zu verbessern. Nur so können wir erfolgreich gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorgehen.

Wenn wir uns über die Finanzierung unseres Staates unterhalten, muss es auch immer darum gehen, auf der einen Seite Steuerschlupflöcher zu schließen, aber auf der anderen Seite vor allem auch das Geld reinzuholen, was nach Recht und Gesetz dem Staat zusteht. Geldwäsche muss bekämpft werden. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Jeder, der mithelfen kann, muss dieses auch tun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürst von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geldwäsche - alle kennen den Begriff. Aber worum geht es eigentlich? Das Geldwäschegesetz versteht darunter das Einschleusen von illegal erwirtschafteten Vermögensgegenständen in den legalen Wirtschaftskreislauf mit dem Ziel, die wahre Herkunft zu verschleiern. Doch was bedeutet das? Ziel ist es, dass die tatsächliche Herkunft von illegal erworbenem Geld, zum Beispiel aus Drogenhandel, illegaler

(Ole-Christopher Plambeck)

Prostitution oder Erpressung, nicht bekannt wird. Die Herkunft des Geldes soll also unkenntlich gemacht werden, um das Geld anschließend in unseren legalen Wirtschaftskreislauf einzuschleusen. Organisierte Kriminalität und auch Terrorismus nutzen die Geldwäsche, um sich zu finanzieren.

Berühmt wurde die Geldwäsche durch Al Capone, der in den 20er- und 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts in den USA sein illegal erworbenes Geld mithilfe von Waschsalons in den legalen Geldkreislauf überführte, um damit Immobilien und Unternehmensanteile zu erwerben. Daher der Begriff der Geldwäsche.

Wer nun glaubt, Geldwäsche wird nur von weltweit agierenden Banden betrieben, den muss ich leider enttäuschen. Geldwäsche wird auch mitten in unserer Gesellschaft betrieben. Erpressung, insbesondere von mittelständischen Unternehmen, nachdem zum Beispiel Daten abgegriffen wurden, sind leider auch hier an der Tagesordnung. Die gezahlten Gelder werden oftmals ins Ausland transferiert und dort über verschiedene Konten so verschleiert, dass nicht mehr erkennbar ist, wo sie herkommen.

Da Deutschland als Hochpreisland für Geldwäsche attraktiv ist, wird oft auch illegales Geld aus dem Ausland bei uns „sauber“ gewaschen. Wenn zum Beispiel durch diese Banden ein Restaurant mit wenigen Besuchern betrieben wird, das eigentlich schlecht läuft und plötzlich Gewinne erwirtschaftet, wenn Beratungen verkauft werden, die gar nicht stattgefunden haben, oder wenn Wertgegenstände vielfach überbeuert verkauft werden, wird versucht, das schmutzige Geld in den normalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf einzuspeisen.

Das beste Mittel gegen Geldwäsche ist eine genaue Prüfung der Geschäftspartner. Es ist also naheliegend, dass die Personenidentifizierung eines der wesentlichen Merkmale der Geldwäschebekämpfung ist. Ferner bedient man sich bestimmter Schwellenwerte, deren Überschreitung mit einer sofortigen Meldepflicht bei der Aufsicht verbunden ist.

So sind beispielsweise Immobilienmakler bei Miet- und Pachtverträgen bei einer monatlichen Nettomiete oder Pacht jenseits der Grenze von 10.000 € zur Beachtung der Kundensorgfaltspflichten angehalten. Beim An- und Verkauf von Edelmetall gilt dies bereits ab einer Grenze von 2.000 € Banken schauen bei Bargeldeinzahlungen von mehr als 9.999,99 € genauer hin.

Ich sage ganz deutlich, dass die Verpflichtung aus dem Geldwäschegesetz kein bürokratisches Übel

ist. Sie dient vielmehr dem Selbstschutz, dem Schutz davor, Opfer von kriminellen Machenschaften zu werden, und dem Schutz vor finanziellen Parallelwelten. Genau darum halte ich diese Verpflichtung für absolut notwendig. Genauso halte ich es für richtig, dass das Finanzministerium und die zuständigen Kammern verstärkt auf Aufklärung und Information setzen, um für das Thema Geldwäsche zu sensibilisieren.

Wenn Sie ihr Haus oder Ihr Auto verkaufen wollen und die Geldübergabe in bar - wie man das manchmal im TV sieht - unter einer Autobahnbrücke erfolgt oder wenn der Käufer das Geld von verschiedenen Konten aus dem Ausland bezahlen möchte, dann sollte man schon misstrauisch werden und gegebenenfalls Behörden einschalten.

Bei Rechtsanwälten, Notaren, Steuerberatern, Banken oder Maklern ist diese Sensibilität da, weil sie direkt der Aufsicht unterliegen. Mein Eindruck ist aber, dass das Thema bei vielen Unternehmen nicht so präsent ist, wie es vielleicht sein müsste. Daher beschreibt der Bericht als ein Ziel der Aufsicht, einen höheren Bekanntheitsgrad des Geldwäschegesetzes zu erreichen. Bei der Vermittlung seiner Inhalte und Notwendigkeiten setzt die Aufsicht nicht nur auf Publikationen, sondern vor allem ganz klar auf Vor-Ort-Kontrollen. Dieses Vorgehen ist sinnvoll und absolut notwendig.

Seit Anfang dieses Jahres sind im Finanzministerium vier Vollzeitäquivalente in diesem Bereich tätig. Wir sollten allerdings genau prüfen, ob das ausreichend ist - insbesondere, weil die Geldwäsche immer stärker digital und international erfolgt. So werden zum Beispiel immer mehr Kryptowährungen eingesetzt.

Meines Erachtens fristet das Thema Geldwäsche immer noch ein zu großes Schattendasein. Wir dürfen nicht vergessen, dass vor allem Terror und organisierte Kriminalität, die eine ernsthafte Bedrohung darstellen, von der Geldwäsche leben. Daher bitte ich das Plenum, diesen Bericht für weitere intensive Beratungen in den Finanzausschuss zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ist es Ihnen vielleicht auch schon einmal so gegangen? Bei einem Restaurantbesuch finden Sie ein qualitativ hochwertig bestücktes Büfett vor, im Lokal sehen Sie viele leere Stühle und Tische und viel Personal, Ihre Rechnung ist trotzdem unangemessen niedrig. Kennen Sie so ein Restaurant? Es könnte sein, dass dort Geld gewaschen wird, denn dies ist eine der gängigen Methoden. Wie man Geldwäsche definiert, hat der Kollege Plambeck schon perfekt zitiert. Genau das steht auch in meinem Manuskript.

Um Geldwäsche zu verhindern, haben sich Bund und Länder im Juni 2017 auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, mit dem die europäische Geldwäscherichtlinie umgesetzt werden soll. Damit will der Gesetzgeber auch verhindern, dass Unternehmen für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung missbraucht werden. In Deutschland werden jährlich Milliarden an Schwarzgeld gewaschen, denn Bargeld hinterlässt nun einmal keine Spuren. Zu einem Gesamtkonzept im Kampf gegen Geldwäsche, Kriminalität und Terrorismus gehören deshalb auch Regelungen zur Kontrolle des Bargeldverkehrs.

Zur Verhinderung der Geldwäsche müssen Unternehmen in bestimmten Branchen deshalb Informationen über die Identität ihrer Vertragspartner einholen. Sie müssen ihre Geschäftsbeziehung auf Auffälligkeiten überwachen und interne Sicherungsmaßnahmen treffen, um Anhaltspunkte für Geldwäsche zu erkennen. Das kontrolliert nun die Geldwäschaufsicht im Finanzministerium, die dafür seit 2017 zuständig ist.

Ein neues Thema ist Geldwäsche eigentlich nicht. Als Steuerprüferin musste ich mich schon vor 20 Jahren mit dem Thema auseinandersetzen und melden, wenn ich merkwürdige Geschäftsvorfälle sah. Aber gut, dass jetzt auch noch andere hingucken.

Das Personal für die Geldwäschaufsicht wurde im Finanzministerium verdoppelt. Nach sieben Vor-Ort-Prüfungen in 2018 konnte die Zahl in 2019 auf 69 erhöht werden. Auch die Zahl der schriftlichen Prüfungen hat sich deutlich erhöht. Das ist gut. Es darf nämlich nicht sein, dass mit Betrug Kasse gemacht wird. Alle, die ihre Betriebe ehrlich führen und korrekt abrechnen, haben Nachteile gegenüber jenen, die die Umsätze entweder kleinrechnen, um Steuern zu sparen, oder Umsätze künstlich hochrechnen, um Geld zu waschen. Jedes Jahr entgehen dem Staat, also uns Bürgerinnen und Bürgern, da-

durch Milliardenbeträge. Das dürfen wir nicht zulassen.

Entschuldigung, wenn ich es immer wieder sage: Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. - Wir müssen sehr streng dagegenhalten.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Liebe Frau Finanzministerin Heinold, ein paar Angaben fehlen mir in Ihrem Bericht doch noch. Wie viele Betriebe in Schleswig-Holstein fallen denn überhaupt unter die Regelung des Geldwäschegesetzes? Nur wenn ich die Anzahl kenne, kann ich beurteilen, ob die Arbeit der Behörde effektiv ist. Ich habe die Zahl in dem Bericht nicht gefunden.

In der statistischen Übersicht über die Prüfung - Entschuldigung, da kommt jetzt meine Betriebsprüfungserfahrung durch - fehlt das Ergebnis. Wie viele Prüfungen erfolgten ohne Beanstandungen? Diese Zahl ist mindestens genauso wichtig wie die Zahl der Verstöße. Wenn Verstöße festgestellt wurden: Wie viele wurden mit Sanktionen belegt?

Für das Jahr 2019 liefert zumindest die Internetseite des Ministeriums Hinweise: Ganze sieben Maßnahmen hat die Geldwäschestelle veranlasst. - Na gut.

Die absoluten Zahlen - das wird daraus deutlich - helfen nur bedingt, wenn die Bezugsgrößen fehlen. Die Quoten rechne ich mir zur Not noch allein aus - mithilfe des Taschenrechners und Herrn Dr. Dolgners.

Positiv finde ich den risikoorientierten Prüfungsansatz und die Schwerpunktsetzung, aber weniger zielführend ist, diese in einer öffentlichen Landtagsdrucksache anzukündigen.

Wenig sagt der Bericht zu den ministeriellen Aufgaben. So vermisse ich Ausführungen zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden, etwa mit der Steuer- und der Zollverwaltung, aber auch mit der Staatsanwaltschaft. Wie sind denn die Erfahrungen mit der FIU? Ein Verweis auf einen NDR-Fernsehbeitrag ist hilfreich, aber allein nicht ausreichend. Da brauchen wir noch etwas mehr Butter bei die Fische.

Frau Ministerin, ich habe mich auch über die Formulierung im Teil „H“ geärgert, das ist der Teil „Ausblick“. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich:

„Die Anstrengungen müssen deshalb darauf gerichtet sein, bestehende Schlupflöcher, die Geldwäsche ermöglichen, zu schließen. Dies erfordert ... gesetzgeberische Maßnahmen

(Beate Raudies)

und wird in der Umsetzung auch die mit dem Vollzug des Geldwäschegesetzes betrauten Behörden vor ... Herausforderungen stellen.“

Frau Ministerin, da frage ich mich dann doch: Welche Schlupflöcher sind es denn? Welche gesetzgeberischen Maßnahmen braucht es nach Auffassung Ihres Hauses? Und vor welchen Herausforderungen beim Gesetzesvollzug stehen wir? Wenn wir das nämlich nicht wissen, können wir es nicht ändern.

Hinweise bekommen wir dann hoffentlich im Finanzausschuss, denn ich kann Ihnen versichern: Zumindest die SPD-Fraktion hat kein Problem damit, gesetzgeberisch tätig zu werden, wenn es denn nötig ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Jede Form der organisierten Kriminalität ist auf Geldwäsche angewiesen, und zwar wirklich jede. Es gibt kein wirklich funktionierendes System der organisierten Kriminalität, ohne dass man aus illegalem Geld irgendwie legales Geld machen muss. Und wir in Deutschland sind als Land mit einer sehr starken Wirtschaft und einem sehr regen Bargeldverkehr deswegen ein beliebter Standort für Geldwäsche und Terrorfinanzierung.

Das größte Problem ist dabei unbenommen die Finanzbranche. Auch die FinCEN-Files, die Ende September 2020 veröffentlicht wurden und leider nur sehr wenig Aufmerksamkeit erhalten haben, haben gezeigt, wie auch deutsche Großbanken zum Helfer organisierter Kriminalität werden. Hier muss die Kontrolle besser werden, aber hier muss auch der Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern deutlich besser werden.

Der Fall Wirecard hat beispielhaft gezeigt, wie die BaFin sich gegen Journalistinnen und Journalisten gewendet hat, statt ihren Job zu machen. Das bleibt bis heute ein Skandal.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Auch Mitverantwortliche müssen in den Fokus geraten. Damit sind neben den Banken mit Sicherheit auch Prüfungsgesellschaften gemeint. Wir müssen also in der Finanzbranche einiges auf Bundesebene

und bundesweit tun. Auf der anderen Seite können wir natürlich feststellen, dass in Schleswig-Holstein die Finanzbranche doch sehr übersichtlich ist.

Allerdings haben auch wir hier unsere Risikobereiche wie zum Beispiel den Bootshandel oder den Klassiker, den es in allen Bundesländern gibt, nämlich die Immobilienwirtschaft. Auch hier wäre eine Ausweitung der Anzeigepflichten für den Fall, dass einem einmal etwas komisch vorkommt, mit Sicherheit sinnvoll.

Geldwäsche ist in Deutschland ein wachsendes Problem. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich die polizeilichen Fälle verdoppelt. Der Bericht macht oft deutlich, dass diese Vor-Ort-Besuche so wahnsinnig wichtig sind. Geldwäsche im digitalen Raum ist ein unfassbar schwierig zu kontrollierender Bereich. Es ist aber ein ganz großer lukrativer Bereich. Denken wir gerade an Bitcoin. Große illegale Geschäfte laufen online nun einmal über Bitcoin. Da hilft auch dieser ganze - ein bisschen romantisierte - Online-Aktivismus rund um Bitcoin - so finde ich - nicht weiter. Das ist meiner Auffassung nach auch gar nicht so sehr die innovative Währung, als die sie gern verkauft wird.

Ich will Bitcoin nicht als irgendeine Währung verschreien, die nur dazu da wäre, um illegale Geschäfte zu machen. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall. Aber sie wird gern dafür genutzt. Mit der Realität müssen wir uns auseinandersetzen. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass Bitcoin ein erneutes Währungssystem ist, dessen Wertschöpfung letztendlich nur aus Energieverbrauch besteht. Auch das ist nicht besonders innovativ. Wir müssen digitale Geldwäsche insbesondere über Bitcoin und andere Kryptowährungen stärker in den Blick nehmen.

Wer Menschenhandel, Drogenhandel, Waffenhandel, Erpressung, Betrug und so weiter wirksam bekämpfen will, der braucht eine wirksame Strategie gegen Geldwäsche. Dort gibt es viele Konzepte und viele Diskussionen. Die Diskussionen sind nicht ganz neu. Ich freue mich sehr, diese Diskussionen auch im Finanzausschuss weiterzuführen. Dieses Thema ist nicht immer das beliebteste, aber es ist eines der wichtigsten, um all diesen Kriminalitätsfeldern entgegenzuwirken. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Die FDP-Abgeordnete Annabell Krämer hat sich dazu entschlossen, ihre vollständig ausgearbeitete Rede zu Protokoll zu geben.

(Präsident Klaus Schlie)

(Vereinzelter Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2350, an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass wir morgen unsere Tagung um 10 Uhr fortsetzen und ohne Mittagspause tagen werden. Bis dahin unterbreche ich die Tagung und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. Bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:55 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 09/2017 bis 03/2020

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2350

Annabell Krämer [FDP]:

Herr Präsident! Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sind kriminelle Akte, die auch bei uns in Schleswig-Holstein stattfinden. Aufgrund seiner Stabilität und wirtschaftlichen Stärke wird Deutschland als idealer Dreh- und Angelpunkt für die international organisierte Kriminalität angesehen, um sogenannte inkriminierte Vermögenswerte zu platzieren. Das ist ein durchaus erschreckender Befund, der vielfach unbekannt sein mag, weil die Handlungen - anders, als dies bei der Gewaltkriminalität der Fall ist - im Verborgenen stattfinden.

Für unsere Sicherheitsbehörden bedeutet dies einen hohen Aufwand zur Ahndung und Verfolgung dieser Straftaten. Deshalb ist es bei Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umso wichtiger, der Prävention einen hohen Stellenwert beizumessen. Als wichtiger Präventionsbaustein verpflichtet das Geldwäschegesetz privatrechtliche Unternehmen dazu, bei der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mitzuwirken.

Die für den Finanzsektor wichtigste Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein ist das Finanzministerium. Seitdem das Finanzministerium die Aufgabe im Jahr 2017 übernommen hat, ist es als Aufsichtsbehörde für die Einhaltung der Rechtsvorgaben zur Geldwäschebekämpfung zuständig. Durch verstärkte Kontrollen und Aufklärungsarbeit muss es das Ziel sein zu verhindern, dass Banken und andere privatrechtliche Akteure für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung missbraucht werden. Wichtig ist es hier, darauf hinzuweisen, dass nach § 43 Absatz 1 GwG in vielen Fällen die Verpflichtung zur Abgabe einer Verdachtsmeldung gegenüber der beim Zoll angesiedelten Anti-Geldwäsche-Einheit des Bundes - der FIU - besteht.

Zur Veranschaulichung: Bei der FIU wurden beispielsweise mehr als 2.000 Verdachtsmeldungen in Zusammenhang mit der inzwischen insolventen Wirecard AG verzeichnet. Der Bundesrechnungshof attestiert der Anti-Geldwäsche-Einheit des Bundes allerdings „erheblichen Verbesserungsbedarf“. Immer wieder würden Meldungen von der FIU nicht

schnell genug an die zuständigen Behörden in den Ländern weitergeleitet.

Die internationale Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen gegen Geldwäsche, kurz FATF, hat für dieses Jahr eine sogenannte Deutschlandprüfung angekündigt. Unsere Landesbehörde wird ihren Teil dazu beitragen und notwendige Zuarbeiten für diese Prüfung leisten. Vom Prüfungsergebnis wird abhängig sein, ob Deutschland als Staat eingestuft wird, der seine Verpflichtung zur Geldwäscheverfolgung ernstnimmt.

Seit 2018 wurden die Vor-Ort-Kontrollen sukzessive ausgedehnt. Durch Erstellung eines Risikoprofils von Unternehmen lassen sich diese Kontrollen gezielt durchführen. Der vorliegende Präventionsbericht der Landesregierung führt Beispiele für Verstöße gegen das Geldwäschegesetz in Schleswig-Holstein an. Solche Verstöße geschehen in der Praxis etwa durch nicht zuordenbare Immobilienerwerbe oder durch Stückelung von Geldbeträgen, um unter der meldepflichtigen Grenze von 10.000 € zu bleiben.

Geldwäsche wird zu Recht streng geahndet. Es ist eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen sogar von bis zu zehn Jahren möglich. 69 Vor-Ort-Kontrollen allein im letzten Jahr haben verschiedene Verstöße ans Licht gebracht. Viele Verstöße ließen sich vermutlich verhindern, wenn die Verpflichtung zur Mitwirkung an der Verhinderung von Geldwäsche noch bekannter und nachdrücklicher verlautbart würde. Aus diesem Grund ist die Aufklärungsarbeit der Behörde ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Ich danke der Finanzministerin und ihren Mitarbeitern für die Erstellung dieses wichtigen Berichts.